

HIS
Hochschul-
Informations-
System
GmbH

**Hochschul-
planung 81**

Foad Kazemzadeh

Gebühren und Entgelte für Weiterbildungsangebote der Hochschulen

**Eine Untersuchung zur Finanzierung
der wissenschaftlichen Weiterbildung an Hochschulen**

HIS GmbH Hannover 1990

Hochschulplanung · Band 81

Herausgegeben von der
HIS Hochschul-Informationssystem GmbH

Foad Kazemzadeh

unter Mitwirkung von
Bernhard Hartung

Gebühren und Entgelte für Weiterbildungsangebote an Hochschulen

Eine Untersuchung zur Finanzierung
der wissenschaftlichen Weiterbildung an Hochschulen

HIS GmbH
Hannover 1990

Die Untersuchung ist mit Mitteln
des Bundesministers für Bildung
und Wissenschaft gefördert worden.

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Kazemzadeh, Foad:
Gebühren und Entgelte für Weiterbildungsangebote der
Hochschulen: eine Untersuchung zur Finanzierung der
wissenschaftlichen Weiterbildung an Hochschulen /
Foad Kazemzadeh. [Hrsg. von d. HIS Hochsch.-Informations-System
GmbH]. — Hannover: HIS, 1990
(Hochschulplanung; Bd. 81)
ISBN 3-922901-59-X
NE: GT

© 1990 by HIS GmbH, Gosseriede 9, 3000 Hannover 1
Printed in the Federal Republic of Germany
Druck: HIS GmbH
ISBN 3-922901-59-X

INHALTSVERZEICHNIS	Seite
1. ZUSAMMENFASSUNG	1
2. BEGRIFFLICHE ERLÄUTERUNGEN	7
3. ANLASS, ZIEL UND DURCHFÜHRUNG DER UNTERSUCHUNG	9
3.1 Anlaß und Ziel	9
3.2 Durchführung der Untersuchung	10
4. REGELUNGEN ZUR ERHEBUNG VON GEBÜHREN UND ENTGELTEN - EINE LÄNDERÜBERSICHT	13
4.1 Baden-Württemberg	14
4.2 Bayern	16
4.3 Berlin	17
4.4 Bremen	19
4.5 Hamburg	21
4.6 Hessen	23
4.7 Niedersachsen	25
4.8 Nordrhein-Westfalen	26
4.9 Rheinland-Pfalz	28
4.10 Saarland	30
4.11 Schleswig-Holstein	31
4.12 Tabellarische Übersicht über Landesregelungen für Gebühren und Entgelte	33
5. GEBÜHREN UND ENTGELTE IN DER FINANZIERUNGSPRAXIS VON HOCHSCHULWEITERBILDUNG - EINE DARSTELLUNG VON "MODELLEN"	37
5.1 Modellbildung	37
5.2 Das Modell der Hochschul-Finanzierung	39
5.3 Das Modell der Finanzierung über Teilnehmerbeiträge	45
5.3.1 Angebote in der Trägerschaft der Hochschule	45
5.3.2 Externe Einrichtungen der Hochschule	47
5.4 Das Modell der Mischfinanzierung	52
6. ERFAHRUNGEN MIT BESTEHENDEN REGELUNGSSITUATIONEN	59
6.1 Rechtssicherheit und Überreglementierung	59
6.2 Anreize zur Weiterbildungs-Beteiligung	62
6.3 Fazit	64
7. LITERATURLISTE	67

8.	MATERIAL-ANHANG	69
8.1	(Landes-)Regelungen der Erhebung von Teilnehmergebühren/-entgelten (alphabet. Reihenfolge nach Ländernamen)	
8.2	Verfahrensgrundsätze, Kalkulationsbeispiele	

1. ZUSAMMENFASSUNG

Anlaß, Ziel und Durchführung der Untersuchung

Die Erfüllung der Weiterbildungsaufgabe der Hochschule erfordert noch vielfältige Förderungsmaßnahmen, darunter vordringlich die Sicherung ihrer Finanzierung. Der Weg der ausschließlichen staatlichen Finanzierung über Hochschulhaushalte erweist sich sowohl wegen der begrenzt verfügbaren Mittel als auch aus wettbewerbsrechtlichen Gründen als nicht gangbar. Daher gewinnen Teilnehmerbeiträge in Form von Gebühren und Entgelten als eine Finanzierungsquelle zunehmend an Bedeutung.

Um eine Übersicht über Regelungen und Verfahren der Erhebung von Teilnehmerbeiträgen als eine Quelle der Finanzierung wissenschaftlicher Weiterbildung an den Hochschulen zu gewinnen, ist im Auftrage des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft die vorliegende Untersuchung durchgeführt worden. Die Untersuchungsschritte bestanden in der Auswertung von einschlägigen Regelungswerken, in einer nicht standardisierten kurzen Umfrage bei den Mitgliedshochschulen der Westdeutschen Rektorenkonferenz sowie in "Experteninterviews" mit Vertretern zuständiger Ministerien und Senatsbehörden und mit Hochschulangehörigen.

Regelungen zur Erhebung von Gebühren und Entgelten - eine Länderübersicht

a) *Rechtliche Grundlagen*

Im Vergleich der Bundesländer zeigt sich in bezug auf geltende landeseinheitliche Rechtsgrundlagen für die Finanzierung der wissenschaftlichen Weiterbildung an den Hochschulen ein deutliches Nord-Süd-Gefälle: Schleswig-Holstein und Bremen haben Entgeltregelungen für die Teilnahme an Veranstaltungen der Weiterbildung erlassen, Hamburg eine Gebührenordnung. Durch Novellierung des Hochschulgebührengesetzes hat Nordrhein-Westfalen "Besondere Gasthörergebühren" für die Teilnehmer an Hochschulveranstaltungen der Weiterbildung eingeführt. Von Regelungen zur Erhebung von Gasthörergebühren abgesehen, existieren keine weiteren landeseinheitlichen Rechtsgrundlagen.

Der Minister für Wissenschaft und Kunst des Landes Baden-Württemberg hat mit Zustimmung des Ministerrats in allgemeiner Form die Erhebung von Teilnehmerentgelten empfohlen. In Bayern wird z. Zt. der Entwurf einer Entgeltordnung beraten, während im Rahmen der Novellierung des Hochschulrechts in Schleswig-Holstein die derzeit bestehenden Entgeltregelungen durch eine im Gesetz verankerte Gebührenverordnung ersetzt werden sollen.

In Berlin und Saarland sind die Hochschulen nach geltendem Hochschulrecht ermächtigt, durch Satzung (Berlin) bzw. nach Maßgabe von Ordnungen, die der ministeriellen Zustimmung bedürfen (Saarland), Gebühren bzw. Beiträge zu erheben. Während Berlins Hochschulen jede für sich Gasthörergebühren beschlossen haben, die z.T. auch auf Teilnehmer von Weiterbildungsveranstaltungen Anwendung finden, enthalten die Hochschulordnungen im Saarland keine Gebührentatbestände für Veranstaltungen der Weiterbildung. Die Erhebung von Gasthörergebühren schreibt auch die Gebührenordnung für Studierende des Landes Hessen vor.

Zusätzlich zu den geltenden Gebühren- bzw. Entgeltregelungen für die Teilnehmer an expliziten Weiterbildungsveranstaltungen existieren in Bremen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen Vorschriften über Gasthörergebühren bei Teilnahme an regulären Lehrveranstaltungen des Ausbildungsstudiums.

b) Teilnehmerstatus

Besondere formelle Regelungen des Status von Weiterbildungsteilnehmern sind die Ausnahme. In Hamburg hat sich der Begriff "Kontaktstudent" eingebürgert. Ansonsten wird relativ häufig die Kategorie des Gasthörers auch auf Weiterbildungsteilnehmer angewandt, sofern nicht auf eine Bezeichnung, wie bei Teilnehmern an punktuellen Einzelveranstaltungen, verzichtet wird. Der Teilnehmerstatus ist nur in den seltenen Fällen, in denen die Teilnehmer ordentlichen Studierenden gleichgestellt sind und Gebührenfreiheit genießen, für die Erhebung von Teilnehmerbeiträgen von Belang.

c) Teilnehmerbeiträge

Soweit vorhanden, schreiben die geltenden bzw. im Entwurf vorliegenden Regelungen vor, daß bei der Festlegung der Gebühren bzw. Entgelte von der Bemessungsgrundlage der Kostendeckung i. S. von Deckung zusätzlicher weiterbildungsbezogener Ausgabe auszugehen sei. Nur die Hamburger Gebührenordnung für das Hochschulwesen verzichtet auf explizite Festlegung auf kostendeckender Bemessungsgrundlage und läßt eine relativ große Spannweite von Gebührensätzen (2 bis 12,50 DM pro Teilnehmerstunde) zu, die zusätzlich zu einer Grundgebühr zu erheben ist.

Auch nach der Bremer Entgeltordnung ist Variationsmöglichkeit bei der Festlegung der Entgelthöhe gegeben, weil hier, ausgehend von einem Mindestsatz von 3 DM je Teilnehmerstunde (6 DM bei drittmittelfinanzierten Angeboten), eine nach oben offene Bandbreite genutzt werden kann.

Im Vergleich zu den Hamburger und Bremer Modellen lassen die nordrhein-westfälischen und die schleswig-holsteinischen Regelungen nur wenig Spielraum zu. Hier werden die Beiträge nicht über Teilnehmerstunden, sondern über die Gesamtkosten eines Angebots, dividiert durch die Zahl der Teilnehmer, errechnet. Dabei ist der ausschlaggebende Kostenfaktor mit 160 DM je Unterrichtsstunde zur Deckung der Personalausgaben einheitlich vorgegeben. Variabel sind dann nur noch die ebenfalls zugrundezulegenden Sachkosten, welche jedoch nur in Ausnahmefällen die Höhe der Teilnehmerbeiträge entscheidend mitbestimmen.

d) Ausnahmeregelungen

Alle Regelungen enthalten Ausnahmeklauseln, um in begründeten Fällen auch nicht kostendeckende Teilnehmerbeiträge erheben zu können. Üblich sind Ermäßigungen bzw. Befreiungstatbestände aus sozialen Gründen der Teilnehmer. Von entscheidender Bedeutung im Rahmen des nordrhein-westfälischen Hochschul-Gebührengesetzes ist außerdem der Tatbestand des öffentlichen Interesses, das "im Hinblick auf Zielgruppe und den angestrebten Erfolg" eines Weiterbildungsangebots vom zuständigen Fachminister festgestellt werden kann. In diesem Fall kann die "Besondere Gasthörergebühr" ggfs. erheblich, nämlich bis auf 75 DM ermäßigt werden. "Öffentliches Interesse" als Ermäßigungsgrund wird auch in den Empfehlungen des baden-württembergischen Ministers für Wissenschaft und Kunst sowie im Entwurf der bayerischen Entgeltregelung genannt.

Eine Art der gegenseitigen Deckungsfähigkeit lassen die schleswig-holsteinischen Entgeltregelungen zu, um bei bestimmten Angeboten nicht voll kostendeckende Teilnehmerbeiträge erheben zu können unter der Bedingung, daß bei anderen Angeboten entsprechend höhere Entgelte erhoben werden.

e) Verwendung von Einnahmen aus Weiterbildungsveranstaltungen

Die Verwendung der Einnahmen aus Weiterbildungsveranstaltungen durch die Hochschulen selbst ist nur in einigen Ländern rechtlich verankert. In Nordrhein-Westfalen und Bremen ist dies uneingeschränkt und mit der Maßgabe der Verwendung der Einnahmen für Zwecke der Weiterbildung der Fall, während Niedersachsen und Schleswig-Holstein für einzelne Hochschulen entsprechende Vorkehrungen in den Landeshaushalten getroffen haben. Nach einer Mitteilung des hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst können die Hochschulen des Landes seit 1988 die Einnahmen für Weiterbildungszwecke ausgeben. Hamburg hat dies der Universität zugestanden, während die Fachhochschule, deren Institut für Kontaktstudien institutionelle Förderung genießt, die Einnahmen an das Land abführen muß.

Rechtlich unverbindlich ist die Empfehlung in dem vom Minister für Wissenschaft und Kunst in Baden-Württemberg herausgegebenen Memorandum "Grundsätze wissenschaftlicher und künstlerischer Weiterbildung an den Hochschulen des Landes", die Hochschulen sollten Verfügungsgewalt über die Einnahmen aus Weiterbildungsveranstaltungen haben.

Finanzierungspraxis von Hochschul-Weiterbildung

In einer modellhaften Darstellung werden Praxis-Beispiele der

- vollständigen Finanzierung aus Mitteln des Hochschulhaushalts
- vollständigen Finanzierung über Teilnehmerbeiträge sowie
- Mischfinanzierung

erörtert.

Explizit als Weiterbildungsangebot konzipierte Veranstaltungen der Hochschulen weisen fast ausnahmslos auch berufsqualifikatorische Bezüge auf. Vor diesem Hintergrund ist es wenig sinnvoll, das Modell der Finanzierung aus dem Hochschulhaushalt tendenziell auf "allgemeine/politische" wissenschaftliche Weiterbildungsangebote anzuwenden, die im Gegensatz zu berufsbezogenen, daher über Teilnehmerbeiträge zu finanzierenden Angeboten unentgeltlich wären. Die angeführten Beispiele zeigen vielmehr, daß ein Zusammenhang zwischen Art des Angebots und Finanzierungsmodell eher durch Differenzierung nach Zielgruppe, Thema und Umfang einer Hochschulveranstaltung der Weiterbildung herzustellen wäre.

So betrachtet, überwiegt naturgemäß das Modell der vollständigen Finanzierung aus dem Hochschulhaushalt bei Zielgruppen, deren Bereitschaft bzw. Fähigkeit zur Zahlung von Teilnehmerbeiträgen als gering eingeschätzt werden muß bzw. bei Veranstaltungen, welche mit ihren eher auf sozial-kulturelle/pädagogische denn auf wirtschaftlich-industrielle Berufsfelder zielenden Akzenten den Teilnehmern keine allzu lukrative finanzielle Entschädigung ihres Aufwands in Aussicht stellen. Allerdings ist bei den Hochschulen eine Tendenz erkennbar, auch bei derartigen Veranstaltungen, die ja traditionell unentgeltlich angeboten wurden, Teilnehmerbeiträge zu erheben. Es ist abschbar, daß der Anteil von ausschließlich aus

Mitteln des Hochschulhaushalts finanzierten, für die Teilnehmer unentgeltlichen Angebote (derzeit auf etwa ein Drittel zu schätzen) allmählich auf eine vernachlässigbare Größe zurückgehen wird. Umso wichtiger ist es, daß die normativen Regelungen zur Weiterbildungsfinanzierung flexible und leicht handhabbare Instrumente der zielgruppen- und themenspezifischen Festsetzung von Teilnehmerbeiträgen vorsehen, damit sich bestimmte Kategorien wissenschaftlicher Weiterbildung, z.B. das meiste aus dem geisteswissenschaftlichen Bereich, aber auch aus den Naturwissenschaften manche forschungsnahen, aber nicht unmittelbar anwendungsorientierten Angebote, nicht zurückentwickeln.

Auch bei einem Rückgang ausschließlich hochschulfinanzierter Weiterbildung ist nicht zu erwarten, daß vollständig über Teilnehmerbeiträge finanzierte Angebote in der Trägerschaft der Hochschulen einen erheblich größeren Umfang annehmen werden. Schon die notwendigen Vorleistungen der Hochschule bis zum Zustandekommen eines Weiterbildungsangebots, welche u. a. wegen ihrer Verflechtung mit der regulären Lehre und Forschung in der Regel kaum als Weiterbildungskosten auf Teilnehmer abgewälzt werden dürften, machen eine andere Perspektive wenig wahrscheinlich. Für Hochschulen völlig kostenneutrale Veranstaltungen in ihrer Trägerschaft dürften, von Ausnahmen abgesehen, auf punktuelle Spezialveranstaltungen beschränkt bleiben. Bezieht man allerdings das Angebot der externen Weiterbildungseinrichtungen der Hochschulen in die Betrachtung mit ein, so erreicht der Umfang voll kostendeckend kalkulierter Veranstaltungen der wissenschaftlichen Weiterbildung eine andere Dimension.

Das vom Wissenschaftsrat empfohlene Modell der Mischfinanzierung aus Teilnehmerbeiträgen und Mitteln des Hochschulhaushalts beruht nicht zuletzt auf der Einsicht, daß bei voll kostendeckenden Teilnehmerbeiträgen umfänglichere weiterbildende Studien entweder überhaupt nicht zustandekämen oder nur noch in Einzelfällen für eine exklusive Klientel durchgeführt werden könnten. Die Praxis belegt dies durch viele Beispiele: Bei entsprechenden Angeboten wird häufig zur Vermeidung unzumutbarer Teilnehmerbeiträge entweder von der unteren Grenze vorgeschriebener Bemessungsgrundlage ausgegangen oder nach den Ausnahmeklauseln der geltenden Vorschriften verfahren. Allerdings ist mit der abstrakten Modellbezeichnung "Mischfinanzierung" noch keine konkrete Aussage über die angemessene Dosierung von Hochschulmitteln und Teilnehmerbeitrag verbunden. In seiner Offenheit umfaßt der Begriff eine Spannweite von Teilnehmerbeiträgen in Höhe von 75 DM (bei Anwendung der nordrhein-westfälischen Ausnahmeklausel) bis knapp 4.000 DM (bei einem Angebot auf privatrechtlicher Vertragsbasis). Auch wenn es sich bei den extremen Beispielen um unterschiedliche weiterbildende Studienangebote handelt, weist doch die große Diskrepanz zwischen den Teilnehmerbeiträgen auf die Notwendigkeit näherer inhaltlicher Bestimmung der Bedingungen des Mischmodells der Finanzierung. Zu denken ist z. B. an flexibel auszugestaltende Orientierungsvorgaben im Hinblick auf angemessene Anteile der Teilnehmerbeiträge an den weiterbildungsbezogenen Kosten. Nur so kann das Modell der Mischfinanzierung tatsächlich als Ausgangsbasis für im einzelnen zu regelnde Finanzierungskonzepte der wissenschaftlichen Weiterbildung an Hochschulen dienen.

Erfahrungen mit bestehenden Regelungssituationen

Ausgehend von der Überlegung, daß Regelwerke zur Finanzierung der Hochschul-Weiterbildung nicht nur rechtlichen und wirtschaftlichen Anforderungen zu genügen haben, sondern auch einen Anreiz zur verstärkten Weiterbildungsbeteiligung der Hochschulen darstellen sollten, wird die Wirkung der geltenden Regelungen zur Erhebung von Teilnehmerbeiträgen untersucht. Auf der Habenseite ist die Schaffung von mehr Rechtssicherheit in bezug auf Weiterbildungsfinanzierung und, damit einhergehend, eine Zunahme von "Statussicherheit" für die Weiterbildungsaufgabe der Hochschulen zu verbuchen.

Als problematisch wird am meisten die, je nach Angestaltung der Regeln in unterschiedlichem Maße wahrgenommene, Rigidität der Vorschriften beklagt. In einigen Fällen, so ist zu hören, seien sie eher geeignet, die Weiterbildungsaktivitäten der Hochschulen zu behindern denn zu fördern. Diese Kritik richtet sich weniger gegen die Hamburger und Bremer Regelungen, die trotz einiger beklagter Mängel insgesamt als flexibel handhabbar und den Erfordernissen hochschulischer Weiterbildung angepaßt bezeichnet werden. In stärkerem Maße Gegenstand der Kritik ist die nordrhein-westfälische Regelung der "Besonderen Gasthörergebühr" nach dem Hochschulgebührengesetz.

Es wird zwar durchaus anerkannt, daß mit dieser Regelung ein wichtiger Schritt gemacht worden ist, daß die Zeit seit ihrer Anwendung noch zu kurz ist, um abschließend urteilen zu können und daß durch bevorstehende weitere Verfahrensrichtlinien des zuständigen Fachministers die Entwicklung noch offen sei. Dennoch überwiegen die kritischen Stimmen, die das Instrument als zu starr für die Anwendung in der Praxis bezeichnen. Die Rigidität des Instruments besteht nach Ansicht der Kritiker in der undifferenzierten Vorschrift für den Regelfall, "kostendeckende" Teilnehmergebühren für jegliches Angebot, ob kurzzeitige Spezialveranstaltung oder umfängliches weiterbildendes Studium, zu erheben, wobei einheitlich 160,- DM je Unterrichtsstunde zur Deckung der Personalausgaben zugrunde zu legen sei. Bei Angeboten mit 100 und mehr Stunden könnten auf diese Weise ermittelte Gebühren kaum noch von den Teilnehmern privat aufgebracht werden. Dies habe zur Folge, daß bei größeren Veranstaltungen von der Ausnahmeklausel Gebrauch gemacht wird, die allerdings ein umständliches Anerkennungsverfahren vorschreibe.

Einhellig positiv wird dagegen vermerkt, daß im Anschluß an die Novellierung des nordrhein-westfälischen Hochschulgebührengesetzes Vorkehrungen getroffen wurden, damit die Hochschulen über die Einnahmen aus Weiterbildungsveranstaltungen verfügen und diese für Zwecke der Weiterbildung verwenden können. In der entsprechenden rechtlichen Absicherung, die es auch in einigen anderen Bundesländern gibt, wird das unbedingt notwendige Minimum an finanziellem Anreiz für die Hochschulen gesehen. Als weiteren Anreiz wird häufig auch gefordert, die rechtlichen Voraussetzungen für die persönliche Vergütung von Hochschullehrern für ihre zusätzlichen Lehrleistungen in der Weiterbildung zu schaffen.

Fazit

Das Modell der Mischfinanzierung kann als das den Erfordernissen hochschulischer Weiterbildung am weitesten angepaßte Finanzierungsmodell bezeichnet werden. Daneben behalten die Modelle der vollständigen Finanzierung aus Haushaltsmitteln der Hochschule bzw. durch Teilnehmerbeiträge ihre Berechtigung für besondere Fälle. Die komplexe Sachlage erfordert flexibel anwendbare Regelwerke der Weiterbildungsfinanzierung. Ein Mindestmaß an bindenden Vorschriften sowie Handlungsspielraum bei der Auflage, "kostendeckende" Teilnehmerbeiträge zu erheben, würden den Anreizwert von Finanzierungsregelungen erhöhen, geschlossene, starre Systeme sich kontraproduktiv auswirken.

Wo dies noch nicht der Fall ist, sollten Vorkehrungen im Haushaltsrecht oder andere Maßnahmen sicherstellen, daß Einnahmen aus Weiterbildungsveranstaltungen hochschulintern für Zwecke der Weiterbildung ausgegeben werden können. Nur so wäre der hochschulischen Weiterbildung eine Finanzierungsquelle erschlossen, die sich motivierend auswirkt, wenngleich anzumerken ist, daß damit in manchen Fächern die Anreizschwelle noch nicht überschritten sein dürfte. Vor allem in Fachgebieten, die in der wissenschaftlichen Weiterbildung besonders gefragt sind, müßten, um mit außerhochschulischen Angeboten konkurrieren zu können, für die zusätzliche Lehrleistung der Hochschullehrer eine Lehrvergütung (etwa nach § 50 Bundesbesoldungsgesetz) vorgesehen werden.

Nicht zuletzt wegen der rechtlich problematischen Vergütung zusätzlicher Lehrleistungen der Hochschuldozenten sind inzwischen eine Vielzahl externer, aber mit Hochschulen mehr oder weniger stark verbundener Einrichtungen gegründet worden, um frei von Haushaltsrestriktionen der Hochschulverwaltung Weiterbildungsveranstaltungen anbieten zu können. Solange durch Aufgabenstellung und Organisation eine allzu große Verselbständigung derartiger Einrichtungen vermieden und eine eindeutige Lenkung durch die Hochschule gewährleistet ist, wäre gegen eine solche Verlagerung hochschulischer Weiterbildung in einen privatrechtlichen Rahmen mit den dadurch sich eröffnenden Finanzierungsmöglichkeiten wenig einzuwenden.

Die für die Hochschulen noch weitgehend neue Weiterbildungsaufgabe erfordert u.a. eine Infrastruktur im organisatorischen Bereich. Hierfür bieten sich Zentrale Einrichtungen für Weiterbildung an, die bereits an einigen Hochschulen bestehen. Eine zunehmend wichtige Aufgabe der Zentralen Einrichtungen wäre u.a., Pilotprojekte der Weiterbildung zu konzipieren und die notwendigen Mittel für die Vorfinanzierung einzuwerben.

Es ist nicht sachgerecht, Teilnehmer an weiterbildenden Studienangeboten als "Gasthörer" zu bezeichnen. Sie sind nicht Gäste, sondern reguläre Teilnehmer von speziell für sie entwickelten wissenschaftlichen Veranstaltungen. Für sie ist das häufig nebenberufliche weiterbildende Studium in der Regel auch mit erheblichem Aufwand verbunden. Hieraus hat man in Hamburg die Konsequenz gezogen und die Teilnehmer von weiterbildenden Studien "Kontaktstudierende" genannt. Für eine angemessene Bezeichnung der Teilnehmer - z.B. "Weiterbildungsstudent" - spricht u.a., daß auch auf diese Weise die Bedeutung der Weiterbildung als genuine Hochschulaufgabe unterstrichen wird.

Nicht zuletzt finanzielle Anreize gehören zu den Förderungsmaßnahmen, durch welche das vorhandene beträchtliche Potential der Hochschulen für die wissenschaftliche Weiterbildung aktiviert werden kann. Realistischerweise muß jedoch davon ausgegangen werden, daß die Hochschulaufgabe der Weiterbildung erst dann auf breiter Basis angenommen wird, wenn die Kapazitätsverhältnisse es zulassen, daß sie als Dienstaufgabe im Hauptamt erfüllt werden kann.

2. BEGRIFFLICHE ERLÄUTERUNGEN

Weiterbildung

Die vorliegende Untersuchung befaßt sich mit den Regelungen und der Praxis eins Teilbereichs der Finanzierung von Hochschulangeboten zur wissenschaftlichen Weiterbildung, nämlich mit Gebühren und Entgelten für die Teilnahme an Veranstaltungen der Weiterbildung. Das weiterbildende Studium sowie andere Veranstaltungen der Weiterbildung sind als Hochschulaufgabe in § 2 Abs. 4 HRG benannt, und im § 21 HRG ist das weiterbildende Studium näher erläutert. Durch im Gesetz gesonderte Erwähnung und Behandlung von Zusatz-, Ergänzungs- und Aufbaustudium (vgl. § 10 Abs. 5 HRG) ist eine Trennungslinie zwischen diesen, heute allgemein als Graduiertenstudien bezeichneten Angeboten einerseits und der Weiterbildung andererseits gezogen worden. Auch der Wissenschaftsrat hat in seinen "Empfehlungen zur Weiterbildung an den Hochschulen" die Graduiertenstudien, "...die in der Regel im Anschluß an Erststudien begonnen werden - wie z. B. Aufbau-, Zusatz- und Ergänzungsstudien ..." (1983:9)¹, nicht zur Weiterbildung gezählt.

Dieser begrifflichen Differenzierung wird allerdings in der Rechts- und Hochschulpraxis nicht durchgängig gefolgt. Das Universitätsgesetz des Landes Baden-Württemberg (vom 30.10.87) z. B. behandelt Zusatz-, Ergänzungs- und Aufbaustudien unter "§ 48 Weiterbildendes Studium", unter welchem auch das "Kontaktstudium" (das Äquivalent zum weiterbildenden Studium nach HRG) beschrieben ist.

Die vorliegende Untersuchung erstreckt sich ausschließlich auf das weiterbildende Studium und sonstige Veranstaltungen der Weiterbildung im engeren Sinne; Graduiertenstudien werden nicht berücksichtigt. Dies gilt vor allem für die Darstellung von in der Praxis vorfindlichen Modellen der Weiterbildungsfinanzierung. Sofern jedoch bei der Zitierung von normativen Regelungen Begriffe wie "Aufbaustudium" etc. nicht ausgeblendet werden, geschieht dies im Interesse der Wahrung der in den Regelungen selbst bestehenden Bezüge.

Finanzierung

Der Begriff der Finanzierung wird hier im Sinne von Deckung der "Kosten" eines Weiterbildungsvorhabens, welche auf der Seite der Hochschule als Anbieter tatsächlich entstehen und/oder zur Berechnung von zu erhebenden Teilnehmerbeiträgen angenommen werden, gebraucht. Entsprechend der ungeklärten Lage in der Praxis wird bei der Anwendung des Begriffs nicht in jedem Fall deutlich, ob überhaupt und ggfs. in welchem Maße Gemeinkosten einbezogen sind. In der Regel ist von Finanzierung im Sinne von Deckung zusätzlicher Kosten eines Bildungsangebots auszugehen.

Grundsätzlich bleiben die "indirekten Kosten", der Aufwand der Teilnehmer einer Bildungsmaßnahme bzw. der sie entsendenden Einrichtungen (Firmen, Behörden etc.), sofern sie über den Beitrag zur Deckung der "Betriebskosten" einer Bildungsmaßnahme hinausgehen (z. B. Reise- und Aufenthaltskosten auswärtiger Teilnehmer, entgangenes Einkommen bzw. zusätzliche Personalkosten bei entsendenden Firmen), unberücksichtigt.

¹

Die zitierte Literatur ist mit vollständigen bibliographischen Angaben im Literaturverzeichnis aufgeführt. Die im Text in Klammern hinter dem Doppelpunkt angegebene Ziffer gibt die Seitenzahl an.

Einnahmen und Ausgaben - haushaltsrechtliche Rahmenbedingungen

Hinter der Formel "Finanzierung der wissenschaftlichen Weiterbildung durch Hochschulen" verbergen sich zwei zu unterscheidende Sachverhalte. Zum einen geht es um die Beschaffung der Finanzmittel, die zur Deckung des durch Weiterbildungsmaßnahmen erzeugten Aufwands erforderlich sind. Gemeint ist die Erschließung von außerhalb der Hochschule liegenden Finanzierungsquellen. Zum anderen geht es um die hochschulinterne Bereitstellung der verfügbaren Mittel für Zwecke der wissenschaftlichen Weiterbildung.

Die interne Bereitstellung der der Hochschule verfügbaren Mittel zur Deckung des Aufwandes für Weiterbildungsveranstaltungen geschieht auf der Basis des Haushaltsrechts des Sitzlandes der Hochschule. Daher werden Einnahmen und Ausgaben nach den allgemeinen haushaltsrechtlichen Grundsätzen des Landes in voller Höhe und getrennt voneinander veranschlagt (§ 15 der Landeshaushaltsordnung) (Bruttoprinzip). Einnahmen werden grundsätzlich nach ihrem Entstehungsgrund (nicht nach ihrem Zweck) und die Ausgaben nach ihrem Zweck getrennt veranschlagt (Grundsatz der Einzelveranschlagung). Nach dem Grundsatz der Gesamtdeckung (§ 8 LHO) dienen alle Einnahmen als Deckungsmittel für alle Ausgaben. Die Beschränkung von Einnahmen zur Verwendung für bestimmte Zwecke ist nur als Ausnahmefall zugelassen, wenn dies durch Gesetz vorgeschrieben ist, die Mittel von anderer Seite zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden oder eine Ausnahme im Haushaltsplan ausdrücklich zugelassen worden ist. Ist für Einnahmen eine zweckgebundene Verwendung vorgeschrieben, sind diese nach § 19 LHO übertragbar.

Dies bedeutet, daß Einnahmen, die Hochschulen durch die Erhebung von Entgelten von Teilnehmern an Weiterbildungsveranstaltungen erzielen, grundsätzlich als Deckungsmittel für alle Ausgaben und nicht nur zweckgebunden für Weiterbildungsmaßnahmen einzusetzen sind, es sei denn, das Haushaltsgesetz oder ein anderes Gesetz schreibt eine Zweckbindung vor bzw. der Haushaltsplan läßt dies zu. Einnahmen und Ausgaben, die für einen gemeinsamen Zweck vorgesehen sind, sich aber aus Einzelbeträgen mit verschiedenen Entstehungsgründen (Zuschüsse, Entgelte) und unterschiedlichen Ausgabezwecken (Personal-, Sachkosten) zusammensetzen, können in Titelgruppen zusammengefaßt werden. Um die Einnahmen aus Weiterbildungsveranstaltungen im tatsächlich erzielten Umfang verausgaben zu können bzw. um Ausgaben nur im Rahmen der aus Weiterbildungsmaßnahmen erzielten Ist-Einnahmen zu ermöglichen, werden bei den zweckgebundenen Titeln korrespondierende Einnahmen- und Ausgabevermerke ausgebracht. Einnahmen und Ausgaben werden mit gleichem Ansatz veranschlagt. Der Einnahmetitel erhält den Vermerk "Die Ist-Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei Titel (Ausgabentitel)". Bei den Ausgabentiteln wird beispielsweise folgender Vermerk ausgebracht: "Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel ... geleistet werden" oder "Ausgaben dürfen bis zur Höhe der veranschlagten Mittel geleistet werden, wenn bei Titel (Einnahmetitel) entsprechende Ist-Einnahmen gegenüberstehen".

Gebühr/Entgelt

Die Verwendung der Begriffe "Gebühr" bzw. "Entgelt" erfolgt nicht willkürlich abwechselnd, sondern in Abhängigkeit von der Art der Rechtsbeziehung, die zwischen der Hochschule als Anbieter einer Weiterbildungsveranstaltung und den Teilnehmern dieser Veranstaltung zustandekommt. Gebühren und Gebührenordnungen stehen im Zusammenhang mit öffentlich-rechtlich gestalteten Beziehungen, Entgelte mit privatrechtlichen Beziehungen. Bei undefinierten Rechtsbeziehungen werden beide Begriffe verwendet, als Sammelkategorie auch der Begriff "Teilnehmerbeitrag".

3. ANLASS, ZIEL UND DURCHFÜHRUNG DER UNTERSUCHUNG

3.1 Anlaß und Ziel

Die Aufgabe der Weiterbildung ist vom Gesetzgeber den Hochschulen in einer Zeit zugewiesen worden, in der die Expansion der Hochschulkapazitäten weitgehend abgeschlossen war, während die der Studentenzahlen noch lange anhalten sollte. Es vergingen Jahre, bevor dieses neue Tätigkeitsfeld die Aufmerksamkeitsschwelle einer breiten Öffentlichkeit überwand und als Aufgabe der Hochschule in Konkurrenz mit drängenden Problemen, wie die Gewährleistung der Lehrversorgung zunehmender Studentenzahlen und der Übergang der Hochschulabsolventen in das Beschäftigungssystem, einen gewissen Stellenwert errang. Jetzt, da kaum noch jemand daran zweifelt, daß Hochschulen einen wesentlichen Beitrag zur wissenschaftlichen Weiterbildung zu leisten haben, da es bereits zahlreiche Tagungen und Publikationen zu diesem Thema gibt und die Wichtigkeit der Sache bei unzähligen Gelegenheiten betont worden ist, stellt sich immer drängender die Frage, auf welche Weise und mit welchen Mitteln ein verstärktes Engagement der Hochschulen in der wissenschaftlichen Weiterbildung gefördert werden kann. Hierauf allein mit dem Hinweis auf die notwendige Finanzierung zu antworten, wäre zwar kurzschlüssig, weil so vielfältige andere Probleme vernachlässigt würden, welche sowohl mit dieser weitgehend noch wenig vertrauten Aufgabe als auch mit der allgemeinen Engpaßsituation in vielen Hochschulfächern verbunden sind. Andererseits jedoch ist kaum zu bestreiten, daß der Finanzierungsfrage eine Schlüsselstellung unter den Förderungsmaßnahmen zukommt. Die Bereitstellung bzw. die Erschließung der notwendigen Mittel bedeutet mehr als nur die Sicherung der materiellen Basis für die Durchführung der Weiterbildungsaufgabe. Von ihr geht auch ein deutliches Anerkennungssignal aus.

Hier könnte zunächst an die Bereitstellung der benötigten Mittel aus den öffentlichen Haushalten gedacht werden, um Veranstaltungen der wissenschaftlichen Weiterbildung wie die des Ausbildungsstudiums unentgeltlich anzubieten. Dies würde jedoch nicht nur wegen begrenzt verfügbarer staatlicher Mittel auf Schwierigkeit stoßen, sondern mit Rücksicht auf außerhochschulische Anbieter wissenschaftlicher Weiterbildung auch aus wettbewerbsrechtlichen Gründen als generelles Verfahren nicht zu realisieren sein.² Daher gewinnen Gebühren bzw. Entgelte für die Teilnahme an Hochschul-Veranstaltungen der Weiterbildung als eine Finanzierungsquelle zunehmend an Bedeutung.

Im Rahmen einer HIS-Untersuchung über die Einstellung von Hochschullehrern zur Weiterbildung wurde festgestellt, daß über neunzig Prozent der befragten Hochschullehrer (aus zehn universitären und fünf Fachhochschul-Fächern) Gebühren/Entgelte als ausschließliche oder ergänzende Finanzierungsquelle als für die Weiterbildung der Hochschulen angebracht bezeichnen und dabei überwiegend die die Teilnehmer zur Weiterbildung entsendenden Firmen und Institutionen an den Teilnehmerbeiträgen beteiligt wissen möchten (Kazemzadeh: 48ff.) Seit längerer Zeit schon nutzen Hochschulen diese Einnahmequelle und erheben, ob auf öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Basis, Teilnehmerbeiträge.

2

In einem kürzlich für den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft erstatteten Rechtsgutachten haben Mestmäcker und Veelken festgestellt, daß "... sowohl das Bundeshaushaltsrecht wie die Landeshaushaltsordnungen wie die Landesgebührengesetze vor(sehen), daß Vermögensgegenstände, wozu auch Dienstleistungen gehören, grundsätzlich nur zu ihrem vollen Wert abgegeben werden dürfen" (Mestmäcker/Veelken: 75). Mit dieser Feststellung weisen Mestmäcker /Veelken darauf hin, daß Hochschulen ihre Weiterbildungsveranstaltungen nicht grundsätzlich unentgeltlich anbieten dürfen. Zuvor ist in dem Gutachten dargelegt worden, daß Hochschulen mit ihrem Angebot an berufsbezogener wissenschaftlicher Weiterbildung unternehmerisch tätig werden können (und zwar unabhängig davon, ob Gewinnerzielung intendiert ist oder nicht) und sich damit im Wettbewerb mit anderen Trägern wissenschaftlicher Weiterbildung befinden.

Die rechtlich geregelten Voraussetzungen dieser Praxis sind von Bundesland zu Bundesland verschieden, und in Ländern ohne einheitliche Regelungen unterscheidet sich die Praxis teilweise von Hochschule zu Hochschule. Um wenigstens über die grundlegenden Strukturen informiert zu werden, hat der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft ein entsprechendes Forschungsprojekt ausgeschrieben. In der Ausschreibung wird festgestellt, daß es "...gegenwärtig keine zusammenfassende Übersicht über den aktuellen Stand der Gebührenlösung einschließlich des Verbleibs der Einnahmen aus solchen Gebühren in den einzelnen Ländern (gibt und daß) ... ein großes Interesse daran (besteht), über den gegenwärtigen Stand zu dieser Frage in den verschiedenen Ländern der Bundesrepublik umfassend unterrichtet zu werden."

Im Mittelpunkt der Untersuchung sollten also die geltenden rechtlichen Grundlagen und praktizierte Modelle der Erhebung von Gebühren bzw. Entgelten für die Teilnahme an Hochschulangeboten der wissenschaftlichen Weiterbildung stehen. Im einzelnen sollten auch die Bemessungsgrundlagen für die Festlegung der Gebühren/Entgelte (z.B. Prinzip der vollen Kostendeckung bzw. der Kostenbeteiligung), dabei der Aspekt der Staffelung der Teilnehmerbeiträge zur Vermeidung von sozialen Härten, Formen der Mischfinanzierung sowie die Verwendung von Einnahmen aus Veranstaltungen der Weiterbildung untersucht werden.

Die Untersuchung sollte sich auf die wissenschaftliche Weiterbildung an Universitäten und Fachhochschulen beziehen und auch einige Beispiele externer Weiterbildungseinrichtungen der Hochschulen mit einschließen.

3.2 Durchführung der Untersuchung

Das Projekt, mit dessen Durchführung HIS beauftragt wurde, war nicht als eine statistisch-repräsentative Untersuchung auf der Basis von zu erhebenden quantitativen Daten konzipiert, sondern als eine Fallstudie mit modellhaft verallgemeinerbaren Aussagen deskriptiver Art über den Ist-Zustand, Entwicklungstendenzen - soweit erkennbar - eingeschlossen. Der zeitliche Rahmen war mit vier Monaten relativ eng begrenzt. Nach einigen explorativen Recherchen, die im September 1989 durchgeführt wurden, begann im Oktober 1989 die Projektarbeit in vollem Umfang.

1) Untersuchung der rechtlichen Grundlagen

Dieser Arbeitsschritt bestand weitgehend in der Auswertung von Gesetzes- und Verordnungstexten, Erlassen und Entwürfen für künftige bzw. inzwischen aufgegebene Landesregelungen sowie von Landeshaushalten. Von Interesse waren dabei unmittelbar die Finanzierung der Hochschul-Weiterbildung betreffende Regelungen, insbesondere zur Bemessung und Erhebung von Teilnehmerbeiträgen, sowie zur Verwendung von Einnahmen aus Weiterbildungsveranstaltungen. Darüberhinaus wurden z.T. die Weiterbildungsfinanzierung betreffende allgemeine Landeskostengesetze, Gebührenverordnungen und Gebührenverzeichnisse herangezogen. Aus den Landes-Hochschulgesetzen waren überwiegend nur Bestimmungen über den Status von Teilnehmern der Weiterbildungsveranstaltungen zu entnehmen.

2) Umfrage bei den Hochschulen

Um festzustellen, ob Hochschulen in Ermangelung von einheitlichen Landesregelungen bzw. als Ergänzung geltender Landesvorschriften eigene Verfahren der Berechnung und Erhebung von Teilnehmerbei-

trägen entwickelt haben, wurde im November 1989 mit einem formlosen Schreiben eine Umfrage unter allen Mitgliedshochschulen der Westdeutschen Rektorenkonferenz durchgeführt. Mit dem Schreiben, das an die Kanzler bzw. an die Verwaltungsleiter gerichtet war, wurde um Information über Richtlinien zur

- Ermittlung von Kosten des Weiterbildungsangebots,
- Deckung dieser Kosten, insbesondere durch Erhebung von Teilnehmergebühren/-entgelten,
- Verwendung von Einnahmen aus Weiterbildungsveranstaltungen

gebeten.

Von insgesamt 189 angeschriebenen Hochschulen haben 102 schriftlich geantwortet. Von etwa 10 weiteren Hochschulen wurden entsprechende Informationen bei den "Experteninterviews" (s. unten) bezogen. Im Ergebnis ist festzustellen, daß nur wenige Hochschulen eigene Regelungen und Verfahren zur Finanzierung der Weiterbildung, insbesondere zur Erhebung von Teilnehmerbeiträgen entwickelt haben. Entsprechende Fehlanzeigen sind in vielen Fällen auch auf eine noch schwach entwickelte Weiterbildungstätigkeit zurückzuführen. Von unerwartet vielen Hochschulen wird Zusammenarbeit mit externen Einrichtungen gemeldet; auf diese Weise werden frei von vor allem finanziellen Restriktionen der Hochschulverwaltung und gestützt auf eine in den Hochschulen selbst nicht immer vorhandene Infrastruktur i.d.R. kurzzeitige Spezialveranstaltungen der Weiterbildung durchgeführt.

3) Experteninterviews

Um die Problematik der Finanzierung der Hochschul-Weiterbildung, den Stellenwert von Teilnehmergebühren bzw. -entgelten, die dafür erforderlichen Regelungen sowie die Bedingungen der Förderung der Weiterbildung an den Hochschulen mit Hilfe des Finanzierungsinstruments mit Sachkundigen zu erörtern, wurden insgesamt 29 sog. Experteninterviews durchgeführt. Die Interviews fanden mit Vertretern von Ministerien, Senatsbehörden sowie mit Hochschulangehörigen statt. Einbezogen wurden die zuständigen Behörden aller Bundesländer, wobei mit Vertretern der Ministerien bzw. der Senats-Behörde in Berlin, Niedersachsen, Saarland und Schleswig-Holstein telefonische Gespräche stattfanden.

Die Interviews an den Hochschulen wurden in der Regel mit für die Organisation der Weiterbildungsaufgabe generell bzw. für einzelne Weiterbildungsprojekte Verantwortlichen geführt, z.T. auch auf zentraler Leitungs- und Verwaltungsebene der Hochschule. Folgende Hochschulen wurden einbezogen:

- Freie Universität Berlin (2 Interviews, darunter mit Vertreter des weiterbildenden Studiums "Technischer Vertrieb")
- Technische Fachhochschule Berlin (Institut für Technische Weiterbildung e.V.)
- Technische Universität Berlin (Verteter des wb. Stud. "Energieberatung/Energiemanagement")
- Universität Bielefeld
- Technische Universität Braunschweig
- Universität Bremen
- Universität Frankfurt (2 Interviews, darunter mit Vertreter des wb. Stud. "Psychologie in Organisationen")
- Universität Hamburg
- Universität Hannover
- Fachhochschule Kiel (Institut für Weiterbildung an der FH Kiel)

- Fachhochschule Köln
- Technische Fachhochschule Mannheim
- Fachhochschule München
- Technische Universität München
- Universität München
- Erziehungswissenschaftliche Hochschule Rheinland-Pfalz

4. REGELUNGEN ZUR ERHEBUNG VON GEBÜHREN UND ENTGELTEN - EINE LÄNDER-ÜBERSICHT

Die Hochschul- und Universitätsgesetze der Länder enthalten nur vereinzelt Bestimmungen zum Erlaß von Gebühren- und Entgeltordnungen, so das Berliner Hochschulgesetz (§ 2 Abs. 7), das Bremische Hochschulgesetz (§ 109 Abs. 3 ff.) und das Saarländische Universitätsgesetz (§ 8 Abs. 2). Die Hochschulgesetze des Landes Baden-Württemberg verweisen lediglich generell auf das Landesgebührengesetz. Die allgemeinen Gebührengesetze der Länder dienen bis auf eine Ausnahme nur als Grundlage zur Erhebung allgemeiner Verwaltungsgebühren auch für den Bereich der Hochschulen. Lediglich Hamburg hat das Landesgebührengesetz als Ermächtigung zum Erlaß von Gebührenordnungen für Gasthörer und Teilnehmer an Kontaktstudien genutzt.

Nordrhein-Westfalen verfügt über ein eigenes Hochschulgebührengesetz, in dem einschlägige Gebühren- und Entgeltbestände geregelt sind. Schleswig-Holstein plant im Rahmen einer Novellierung des Hochschulrechts eine Novellierung des Gesetzes über die Beiträge und Gebühren an den wissenschaftlichen Hochschulen, in dem Gebühren für Weiterbildungsveranstaltungen festgelegt werden sollen. Zur Zeit existieren lediglich Entgeltordnungen, durch die das Ministerium für Bildung und Wissenschaft, Jugend und Kultur die Erhebung von Teilnehmerentgelten bei Weiterbildungsveranstaltungen auf dem Erlaßwege geregelt hat.³

In Baden-Württemberg hat der Minister für Wissenschaft und Kunst eine Empfehlung zur Erhebung von Teilnehmergebühren erarbeitet. In Bayern schließlich wird zur Zeit der Entwurf einer Entgeltordnung beraten.

In der folgenden Länderübersicht werden in schematischer Gliederung nach

- a) Rechtliche Grundlagen für Gebühren und Entgelte
- b) Teilnehmerstatus
- c) Teilnehmerbeiträge
- d) Ausnahmeregelungen
- e) Verwendung von Einnahmen aus Weiterbildungsveranstaltungen (haushaltsrechtliche und besoldungsrechtliche Regelungen)

die interessierenden Merkmale der in den Bundesländern geltenden bzw. geplanten Vorschriften dargestellt. In die Ausführungen über die Länder, in denen keine einheitlichen Regelungen bestehen, werden - soweit möglich - kurze Darstellungen von Finanzierungsbeispielen einzelner Hochschulen aufgenommen. Die Darstellung schließt mit einer tabellarischen Übersicht.

³ Nach einer Mitteilung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur, die den Autor unmittelbar vor Drucklegung der Studie erreichte, ist die Novellierung des Hochschulgesetzes im Februar 1990 erfolgt.

4.1 Baden-Württemberg

a) Rechtliche Grundlagen

Die Hochschulgesetze des Landes verweisen bezüglich der Gebühren und Auslagen auf das Landesgebührengesetz (§ 120 UG, § 85 PHG, § 86 FHG, § 86 KHSchG). Das Landesgebührengesetz⁴ ermächtigt zur Erhebung von Verwaltungsgebühren für Amtshandlungen (§ 1 Abs. LGebG). Für Prüfungen, die der beruflichen Aus- und Fortbildung dienen, werden keine Gebühren erhoben (§ 1 Abs. 2 LGebG).

Für die Benutzung öffentlicher Einrichtungen, zu denen die Hochschulen zu zählen sind, können Benutzungsgebühren erhoben werden (§ 24 Abs. 1 LGebG). Ermächtigt zum Erlass des allgemeinen Gebührenverzeichnisses als Rechtsverordnung ist die Landesregierung (§ 2 LGebG). Für die Benutzungsgebühren kann der zuständige Fachminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister eine Gebührenordnung erlassen (§ 24 Abs. 2 LGebG).

Nach der allgemeinen Gebührenverordnung⁵ besteht kein Gebührentatbestand für Teilnehmer- oder Studiengebühren für Weiterbildungsmaßnahmen. Gleichfalls besteht keine Gebührenordnung, wonach Benutzungsgebühren als Studien- oder Teilnehmergebühren für weiterbildende Maßnahmen der Hochschulen zu erheben wären.

Die vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst veröffentlichten "Grundsätze wissenschaftlicher und künstlerischer Weiterbildung an den Hochschulen des Landes" (Az. II-030.41/175) enthalten Richtlinien zur Finanzierung der Hochschulweiterbildung. Ausgehend von der Definition der Weiterbildung als "... die Wiederaufnahme organisierten Lernens nach einer Phase der Berufstätigkeit ..." und der Ergänzung, daß Weiterbildung auch von denjenigen in Anspruch genommen werden kann, "... die einen ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluß erworben haben", wird eine breite Palette verschiedener Formen der Weiterbildung aufgezählt. "Sie reichen z. B. vom Zusatz-, Vertiefungs-, Erweiterungs- und Ergänzungsstudium bis zum Aufbau- und Kontaktstudium".⁶

b) Teilnehmerstatus

Ausgehend vom oben auszugsweise wiedergegebenen Weiterbildungsbegriff können Weiterbildungsteilnehmer den Status "ordentlicher Student", z. B. bei einem Aufbaustudium⁷, und den Status "Gasthörer", z. B. bei Kontaktstudien, haben. Als ordentliche Studenten sind Weiterbildungsteilnehmer Mitglieder der öffentlich-rechtlichen Körperschaft Hochschule, während sie als Gasthörer lediglich Angehörige der Hochschule mit eingeschränktem Rechten- und Pflichtenkreis sind. Die "Grundsätze" gehen davon aus, daß das Verhältnis zu Weiterbildungsteilnehmern auch auf privatrechtlicher Basis geregelt werden kann (z. B.

⁴ vom 21.03.1961, GBl. S. 59, zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.07.1983, GBl. S. 265

⁵ vom 16.12.1985, GBl. S. 429, zuletzt geändert durch VO vom 24.10.1988, GBl. S. 334

⁶ Zu diesem von der üblichen Terminologie abweichenden umfassenden Begriff von weiterbildendem Studium vgl. auch die für die vorliegende Untersuchung im Kap. 2 unter dem Stichwort "Weiterbildung" vorgenommene begriffliche Abgrenzung.

⁷ § 48 Abs. 2 UG regelt: "Für Zusatz-, Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge gelten die Bestimmungen für Studiengänge, die zu einem ersten Abschluß führen, entsprechend."

Kursteilnehmerstatus). Generell wird den "... Trägern und Veranstaltern von Angeboten wissenschaftlicher und künstlerischer Weiterbildung insoweit Gestaltungsfreiheit" konzidiert.

c) Teilnehmerbeiträge

Für eingeschriebene Studenten, also auch für Teilnehmer an Aufbaustudiengängen, besteht Gebührenfreiheit; anders bei berufsbegleitenden Kontaktstudien, von deren Teilnehmern nach der Empfehlung der "Grundsätze" Entgelte in privatrechtlicher Form erhoben werden sollen. Bei der Bemessung der Höhe der Entgelte sollen die Kosten der Weiterbildungsangebote zugrundegelegt werden.

Von Gasthörern werden keine Beiträge erhoben.

d) Ausnahmeregelungen

Bei der Bemessung des Teilnehmerentgelts soll nach der Empfehlung der "Grundsätze" zusätzlich zum Kostenfaktor auch berücksichtigt werden, ob an der Durchführung eines Weiterbildungsangebots ein öffentliches Interesse besteht. In diesem Fall kann das Entgelt ermäßigt werden. Darüber hinaus "... sind Befreiungstatbestände vorzusehen", um im Einzelfall soziale Härten zu vermeiden.

e) Verwendung von Einnahmen; haushaltsrechtliche Regelungen

Im Haushalt des Landes Baden-Württemberg steht für Maßnahmen zur Weiterbildung an den Hochschulen unter dem Kapitel 1402 - Allgemeine Bewilligungen - ein Haushaltsansatz in der Titelgruppe 75 zur Verfügung. Laut Erläuterung dient diese Position der wissenschaftlichen und künstlerischen Weiterbildung an den Hochschulen gem. § 3 Abs. 2 UG. Auf Antrag stehen diese Mittel den Hochschulen insbesondere zur Finanzierung von Weiterbildungsveranstaltungen zur Verfügung, für die keine Entgelte oder Gebühren erhoben werden können.

Die Etats der Universitäten enthalten keine gesonderten Titel für Einnahmen oder Ausgaben im Rahmen von Weiterbildungsveranstaltungen der Universitäten. Sie gleichen im wesentlichen den im folgenden dargestellten Titeln aus den Haushalten der Universität Freiburg und der Pädagogischen Hochschule Freiburg.

Im Kapitel 1410 - Universität Freiburg - werden in der Einnahmetitelgruppe 86 (Lehrgänge, Vorträge, sonstige Veranstaltungen) Gebühren und sonstige Entgelte sowie Zuwendungen Dritter vereinnahmt. Die Einnahmen erhöhen oder vermindern die Ausgabeermächtigung der korrespondierenden Ausgabebetitelgruppe 86 nach den tatsächlichen Mehr- oder Mindereinnahmen.

In der Einnahmetitelgruppe 71 korrespondieren die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 111 71 (Benutzungs-, Untersuchungsgebühren, sonstige Entgelte) mit der Ausgabeermächtigung der Ausgabebetitelgruppe 71 (Lehre und Forschung). Inwieweit hier Teilnehmerentgelte und Einnahmen aus Weiterbildungsveranstaltungen zu verbuchen wären, wird aus den Haushaltsplänen nicht ersichtlich.

Im Kapitel 1426 (Pädagogische Hochschule Freiburg) sind im Titel 111 86 Einnahmen aus "Lehrgängen, Vorträgen und sonstigen Veranstaltungen" der PH zu verbuchen. Laut Haushaltserläuterung handelt es

sich um Einnahmen aus Studientagen und sonstigen weiterbildenden Veranstaltungen. Die Mehr- oder Mindereinnahmen erhöhen oder vermindern die Ausgabeermächtigung der Ausgabetitelgruppe 86 (Lehrgänge, Vorträge, sonstige Veranstaltungen).

Angesichts der von den Hochschulen zu tragenden Überlast im Rahmen des Erststudiums und der damit verbundenen Belastung für die Hochschullehrer wird in den "Grundsätzen" die Schaffung von finanziellen Anreizen für die Lehrtätigkeit betont, "... die über das Deputat hinaus in der Weiterbildung der Hochschule geleistet wird...". Die rechtliche Basis hierfür wird in § 50 Bundesbesoldungsgesetz gesehen, der jedoch noch den Erlaß einer entsprechenden Rechtsverordnung durch den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern und mit Zustimmung des Bundesrates erfordert⁸.

Nach den "Grundsätzen" sollen die Entgelte der Teilnehmer der Hochschuleinrichtung, die die jeweilige Weiterbildungsveranstaltung durchführt, für Hochschulaufgaben zur Verfügung stehen, soweit die Entgelte nicht zur Finanzierung von Weiterbildungsangeboten benötigt werden. (Siehe auch Anhang 8.1)

4.2 Bayern

a) Rechtliche Grundlagen

Artikel 85 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. Dezember 1988 (GVBl S. 399) regelt, daß für das Studium, die Hochschulprüfungen und die staatlichen Prüfungen von den Studierenden Gebühren und Auslagen nicht erhoben werden; das gleiche gilt auch für das Zusatz-, Ergänzungs- und Aufbaustudium.

Das weiterbildende Studium ist nicht ausdrücklich in diese Gebührenbefreiung einbezogen worden. Dies läßt Raum für die Auslegung, daß Gebühren- oder Entgelterhebung in diesem Bereich für die Zukunft nicht ausgeschlossen ist (vgl. Reich: 246, Rn 2). Das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst hatte zum Sommersemester 1989 eine Entgeltregelung für das weiterbildende Studium geplant. Der Entwurf einer entsprechenden Regelung, der die Erhebung von Entgelten für das weiterbildende Studium auf vertraglicher Basis vorsah, stieß bei den Hochschulen jedoch auf erheblichen Widerstand und löste neue Überlegungen aus, die noch nicht abgeschlossen sind. Derzeit ist noch ungewiß, ob eine solche Regelung in Kraft gesetzt wird.

b) Teilnehmerstatus

Teilnehmer am weiterbildenden Studium werden derzeit, soweit es sich um einen weiterbildenden Studiengang handelt, als (Voll-)Studenten, im übrigen als Gaststudierende eingeschrieben.

⁸ In der Ständigen Kultusministerkonferenz wird z. Zt. eine Vorlage für die entsprechende Verordnung erarbeitet.

c) Teilnehmerbeiträge

Die Teilnahme am weiterbildenden Studium ist derzeit gebührenfrei; die Finanzierung erfolgt teilweise über Haushaltsmittel, teilweise über Spenden. Von Gasthörern werden keine Beiträge erhoben.

d) Ausnahmeregelungen

- entfällt -

e) Verwendung der Einnahmen; haushaltsrechtliche Regelungen

Die bayerischen Hochschulen verfügen über Titellansätze zur Vereinnahmung von Gebühren, Beiträgen und von tariflichen oder gebührenartigen Entgelten (Titel 111 01). Korrespondierende Ausgabetitel für Weiterbildungszwecke bestehen hierzu nicht. Sie müßten ggfs. an geeigneter Stelle geschaffen werden.

4.3 Berlin

a) Rechtliche Grundlagen

Eine landeseinheitliche Verordnung über Benutzungsgebühren im Hochschulbereich besteht seit der Aufhebung der Hochschulgebührenordnung vom 18.07.1973⁹, in der Gebühren für Gasthörer geregelt waren, nicht mehr.

Nach dem Berliner Hochschulgesetz können die Hochschulen durch Satzung Gebühren für besondere Aufwendungen, die im Rahmen des Unterrichts entstehen und für die Benutzung ihrer Einrichtungen erheben (§ 2 Abs. 7 BerlHSchG). Über diese generelle Ermächtigung der Hochschulen hinaus existiert keine landeseinheitliche Regelung zur Finanzierung der Hochschul-Weiterbildung, insbesondere zur Erhebung von Gebühren bzw. Entgelten. Eine derartige Regelung ist nach Auskunft der Senatsbehörde für Wissenschaft und Forschung auch für die Zukunft nicht geplant. Nach einer Mitteilung der Freien Universität Berlin ist es allerdings nicht ausgeschlossen, daß die Universität selbst nach einer eventuellen Novellierung des Hochschulgesetzes und im Rahmen der Universitätsordnung Regelungen für Teilnehmerbeiträge vorsieht. Diesem Beispiel könnten evtl. andere Berliner Hochschulen folgen.

b) Teilnehmerstatus

Während das Berliner Hochschulgesetz vom 30.07.1982 in § 31 Abs. 5 vorsah, daß die Hochschulen im Rahmen besonderer Studienordnungen für das weiterbildende Studium u. a. auch den Status der Teilnehmer regeln, enthält das Gesetz in seiner Fassung vom 13.11.1986 insoweit keine Regelung mehr. Faktisch haben die Teilnehmer an Weiterbildungsveranstaltungen, die die Hochschulen im öffentlich-rechtlichen Rahmen durchführen, Gasthörerstatus.

⁹ aufgehoben durch VO vom 24.11.1987, GVBl. S. 2682

c) Teilnehmerbeiträge

Nach § 2 Abs. 7 BerlHG haben Berliner Hochschulen per Satzung gestaffelte Gasthörergebühren beschlossen. § 8 Abs. 3 des Gesetzes über Gebühren und Beiträge wird in den Satzungen der Hochschulen für entsprechend anwendbar erklärt. Danach ist die Höhe der Benutzungsgebühren so zu bemessen, daß alle Kosten der Einrichtungen mit Ausnahme von Eigenkapitalzinsen gedeckt sowie Rücklagen für die wirtschaftliche und technische Entwicklung gebildet werden können und der Schuldendienst gesichert ist.

Nach den Gebührensatzungen sind i. d. R. 20 DM beim Belegen von nicht mehr als 2 Semesterwochenstunden und 35 bzw. 50 oder 60 DM beim Belegen von darüber hinausgehenden Semesterwochenstunden als Teilnehmergebühr pro Semester zu erheben.

Auf der Basis dieser Regelung erhebt z. B. die Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik für das 4-semestrige Weiterbildungsstudium "Psychosoziale Arbeit" eine Gasthörergebühr von 50 DM pro Semester. Allerdings stellt dieses Weiterbildungsangebot für die FHSS Berlin insofern eine Ausnahme dar, als sie ihre Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen kostenlos anbietet und hieran auch "aus grundsätzlichen Erwägungen" keine Änderungen vorzunehmen beabsichtigt. Sie stellt hierfür jährlich ein Gesamtstundenkontingent von 182 Semesterwochenstunden zur Verfügung. Die 4-semestrige Fortbildung zum Sozialberater/-beraterin für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien wird vollständig durch Zuschüsse der Ausländerbeauftragten des Senats von Berlin finanziert (Mitteilung der Hochschule).

Bei anderen Angeboten werden - zum Teil zusätzlich zur Gasthörergebühr - deutlich höhere Beiträge zur Deckung von Zusatzkosten des jeweiligen Angebots erhoben, so z. B. 3.850 DM für das Weiterbildungsprogramm "Energieberatung/Energiemanagement", das von der TU Berlin angeboten wird.

d) Ausnahmeregelungen

- entfällt -

e) Verwendung von Einnahmen; haushaltsrechtliche Regelungen

Die Etats der Technischen Fachhochschule, der Fachhochschule für Wirtschaft und der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik sehen in dem Titel 111 52 die Verbuchung von Verwaltungsgebühren und Gasthörergebühren nach den Gebührenordnungen der Hochschulen vor. Korrespondierende Ausgabetitel bestehen nicht.

Das Kapitel 0890 (Leistungen für die Universitäten und Hochschulen) führt die Zuschußbeträge des Landes Berlin für die FU Berlin, TU Berlin und Hochschule der Künste auf.

Der Haushalt der FU Berlin enthält zur Zeit keine gesonderten Einnahmetitel für die Vereinnahmung von Entgelten/Gebühren aus Weiterbildungsveranstaltungen. Personalkosten für im Rahmen von Weiterbildungsveranstaltungen verpflichtete externe Referenten werden aus Titel 427 01 bestritten. Ein entsprechender Untertitel ist eingerichtet. Aus einem weiteren Untertitel werden die Personalkosten für gemeinsam mit Volkshochschulen veranstaltete Maßnahmen der Erwachsenenbildung finanziert.

Der Haushalt der TU Berlin verfügt auf der Einnahmenseite über den Titel 111 20 (Teilnehmergebühren für Veranstaltungen des weiterbildenden Studiums) und auf der Ausgabenseite über Titel 427 01 (Ausgaben für freie Mitarbeiter des weiterbildenden Studiums) sowie Titel 525 02 (Ausgaben für Geschäftsbedarf, Lehrmittel, Reisen, Veröffentlichungen und dergleichen für Weiterbildungsveranstaltungen). Ein Haushaltsvermerk, der die Verstärkung der Ausgabemittel durch Mehreinnahmen ermöglicht, ist nicht ausgebracht. Einnahmen und Ausgaben für Weiterbildungsveranstaltungen, die im Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltes nicht berücksichtigt wurden, werden analog den Gepflogenheiten für Drittmittel verwaltet.

4.4 Bremen

a) Rechtliche Grundlagen

Nach § 109 Bremisches Hochschulgesetz findet für die Erhebung von Gebühren und Entgelten der Hochschulen das Bremische Gebühren- und Beitragsgesetz Anwendung. Studien- und Prüfungsgebühren werden für das Studium einschl. des Aufbaustudiums nicht erhoben. Studienbewerber, immatrikulierte Studenten, Nebenhörer und Teilnehmer an angegliederten Bildungsgängen sind von Verwaltungsgebühren der Hochschule befreit (§ 109 Abs. 2 HSG). Es können jedoch Gebühren und Entgelte von Gasthörern in der Weiterbildung einschl. des Kontaktstudiums für die Benutzung des Bibliothekssystems, die Teilnahme am Hochschulsport und für die Bereitstellung von Lernmitteln erhoben werden (§ 109 Abs. 3 HSG). Auf der Grundlage des § 109 Abs. 3 ff. HSG ergingen die Entgeltordnung für Veranstaltungen der wissenschaftlichen und künstlerischen Weiterbildung vom 04.01.1985 und die Entgeltordnung für Gasthörer an bremischen Hochschulen vom 21.03.1985. Die Entgelte fließen gem. § 107 Abs. 2 BremHG den Mitteln für Lehre und Forschung zur Deckung von Mehrausgaben zu.

b) Teilnehmerstatus

Nach § 42 Abs. 2 BremHG können Bewerber, die nicht Studierende sind, zu Maßnahmen und Veranstaltungen der Weiterbildung oder jeweils für die Dauer eines Semesters zu einzelnen Lehrveranstaltungen zugelassen werden. Den Gasthörerstatus haben i. d. R. jedoch nur Fernstudienteilnehmer der Fernuniversität Hagen aus der Region, die von der Universität Bremen betreut werden sowie nicht als Studierende immatrikulierte Teilnehmer an regulären Veranstaltungen des Erststudiums zum Zwecke der Weiterbildung. Teilnehmer an sonstigen Weiterbildungsveranstaltungen der Universität Bremen haben keinen formal geregelten Status.

c) Teilnehmerbeiträge

Die Entgeltordnung für Veranstaltungen der wissenschaftlichen und künstlerischen Weiterbildung, die auf Teilnehmer ohne Gasthörerstatus anzuwenden ist, sieht vor, daß das Entgelt aufzuschlüsseln ist nach dem Grundentgelt für Personalkosten und einem Kostenbeitrag für Sachkosten. Das Grundentgelt für Personalkosten beträgt regelmäßig 6 DM pro Teilnehmer und Stunde. Personalkosten- und Sachkostenbeiträge sind zu erhöhen, wenn die jeweils entstehenden Kosten nicht abgedeckt werden können.

Nach der Entgeltordnung für Gasthörer an bremischen Hochschulen vom 21.03.1985 werden nach Semesterwochenstunden gestaffelte Gasthörerentgelte von 75 DM bei 2 Semesterwochenstunden bis zu 125 DM bei bis zu 6 Semesterwochenstunden erhoben. Werden die tatsächlichen Kosten nicht abgedeckt, Verbrauchsmittel in Anspruch genommen oder besondere Einrichtungen benutzt, ist das Entgelt zu erhöhen.

d) Ausnahmeregelungen

Die Entgeltordnung für Gasthörer an bremischen Hochschulen vom 21.03.1985 sieht vor, daß das Entgelt aus sozialen Gründen der Bewerber reduziert oder ganz erlassen werden kann. Die Entgeltordnung für Veranstaltungen der wissenschaftlichen und künstlerischen Weiterbildung vom 04.01.1985 sieht dies ebenfalls vor.

Andere Ermäßigungs- oder Verzichtsründe stellen Pilotmaßnahmen, besondere Drittmittelprojekte oder ein besonderes öffentliches Interesse daran dar. Bei Veranstaltungen, die im Auftrag eines Drittmittelgebers, z. B. eines Arbeitgebers, eines Verbandes oder der Arbeitsverwaltung durchgeführt werden, wird das Entgelt aufgrund einer Vereinbarung festgesetzt, wobei das reguläre Grundentgelt von 6 DM pro Teilnehmer und Stunde nicht unterschritten werden darf. In anderen Fällen kann das Grundentgelt bis auf mindestens 3 DM pro Teilnehmer und Stunde reduziert werden.

e) Verwendung von Einnahmen; haushaltsrechtliche Regelungen

Nach Ziff. 4.1 der Entgeltordnung für Veranstaltungen der wissenschaftlichen und künstlerischen Weiterbildung sind die in diesem Rahmen erzielten Einnahmen der jeweils zuständigen mittelbewirtschaftenden Stelle zweckgebunden für Ausgaben der wissenschaftlichen und künstlerischen Weiterbildung zur Verfügung zu stellen. Nach Ziff. 4 der Entgeltordnung für Gasthörer fließen Gasthörerentgelte den Mitteln für Lehre und Forschung zur Deckung von Mehrausgaben zu.

Die hinter diesen Regelungen stehenden Motive werden aus dem vom Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst am 12.04.1984 verabschiedeten Grundsatzpapier deutlich (vgl. Der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst). Darin wird festgestellt, daß zur Finanzierung wissenschaftlicher und künstlerischer Weiterbildung in den Haushalten der Hochschulen nur geringfügige Mittel bereitgestellt werden können. Daher müßten die anfallenden Kosten in der Hauptsache durch Teilnehmerentgelte und -kostenbeiträge sowie einzuwerbende Drittmittel gedeckt werden. Alle Einnahmen aus Entgelten und Kostenbeiträgen sollten für Zwecke der Weiterbildung verausgabt werden.

In dem Grundsatzpapier wird weiterhin festgestellt, daß Weiterbildung zu den Dienstaufgaben des Hochschullehrers gehört. Um die Hochschullehrer zur Beteiligung an Weiterbildung zu motivieren, werden folgende Anreize vorgeschlagen:

- a) Entlastung im Hauptamt dergestalt, daß eine Weiterbildungsstunde mit 1,3 Stunden auf das Pflichtdeputat angerechnet wird;
- b) Finanzierung eines kompensatorischen Lehrauftrags dergestalt, daß für in die Weiterbildung eingebrachte Unterrichtsstunden ein den Lehrausfall ausgleichender Lehrauftrag finanziert wird;

- c) Zahlung einer zusätzlichen (Mehrarbeits-)Vergütung, wenn ein Ausgleich nach a) und b) nicht möglich ist " (a.a.O.: 7).

Nach einer öffentlichen Anhörung hat der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst entschieden, daß bei entsprechenden kostendeckenden Einnahmen "... für Weiterbildungstätigkeit von Hochschullehrern in Mehrarbeit ein Stundensatz von 38 bis 48 DM gem. Ziff. 4.2.3 bzw. 4.2.4 der Verordnung über die Vergütung von Nebentätigkeiten vom 28.06.1983 gezahlt werden kann..." (a.a.O.: 8).

Die zuvor geschilderte Regelungslage spiegelt sich im Haushalt des Landes Bremen sowie in den Etats der Bremer Hochschulen wider. Im Kapitel 0273 (Allgemeine Bewilligungen für Hochschulen) dienen die bei Titel 111 10 (Entgelte für wissenschaftliche Weiterbildung) zu vereinnahmenden Beträge zweckgebunden der Deckung des Titels 532 10 (Sachkosten der Koordinierungsstelle für wissenschaftliche Weiterbildung). Außerdem können die Einnahmen über die Ausgabetitel 98010 (Personalkosten) und 98011 (Sachkosten) auf korrespondierende Einnahmetitel der Haushalte der Hochschule Bremen, der Hochschule für Künste und der Hochschule Bremerhaven zugewiesen werden. Im Haushalt der Universität Bremen ist bei den Titeln 111 17 (Einnahmen aus Weiterbildungsseminaren) und 11120 (Entgelte von Gasthörern) ein Verstärkungsvermerk zu Gunsten des Ausgabetitels 52414 (Lehre und Forschung) ausgebracht. Die Mittel sind übertragbar. Eine vergleichbare Regelung findet sich in den Haushalten der Hochschule Bremen und der Hochschule für Künste.

4.5 Hamburg

a) Rechtliche Grundlagen

Die geltende Gebührenordnung für das Hochschulwesen i. d. F. vom 06.12.1988 erging auf der Grundlage der §§ 2, 5, 6, 10, 12, 15 und 17 des Hamburgischen Gebührengesetzes vom 05.03.1986. Neben den nach § 1 Abs. 1 GebO zu erhebenden allgemeinen Verwaltungskosten für Amtshandlungen der Hochschulen unterscheidet § 1 Abs. 2 GebO bei der Erhebung von Benutzungsgebühren zwischen den Teilnehmern an Veranstaltungen des Kontaktstudiums nach § 51 HmbHG und den an regulären Lehrveranstaltungen teilnehmenden Gasthörern.

b) Teilnehmerstatus

Nach § 39 HmbHG können die Hochschulen Gasthörer, insbesondere Teilnehmer an Fortbildungsveranstaltungen, an der Benutzung ihrer Einrichtungen teilnehmen lassen. Obwohl das Gesetz den Status des Gasthörers für Weiterbildungsteilnehmer nahelegt, hat man sich nicht für diesen, sondern für den des "Kontaktstudenten" entschieden. Die Universität Hamburg erklärt diese Entscheidung damit, daß Weiterbildungsteilnehmer keine Gäste in Lehrveranstaltungen sind, wie dies auf Teilnehmer ohne Studentenstatus in Lehrveranstaltungen der Erstausbildung zutrifft, sondern reguläre Teilnehmer an eigens für Weiterbildungszwecke konzipierten Veranstaltungen. Andererseits habe man sich gescheut, den Status des ordentlichen Studenten zu vergeben, weil mit diesem soziale Vergünstigungen verbunden seien, die hier

nicht angebracht wären. Inhaltlich impliziert der Begriff des Kontaktstudenten in Hamburg den Anspruch, an der Gestaltung des Kontaktstudiums beteiligt zu werden¹⁰.

c) Teilnehmerbeiträge

Die Anlage B zur GebO setzt unter Nr. 1.8 als Gebührentatbestand für die Teilnahme an Lehrveranstaltungen als Gasthörer je Semester pauschal 75 DM an. Die Benutzungsgebühr für das Kontaktstudium schreibt zunächst eine Grundgebühr je Teilnehmer und Semester von 25 DM vor. Je Unterrichtsstunde sind zusätzlich Gebühren in Höhe von 2 bis 10 DM, bei Veranstaltungen mit beschränkter Teilnehmerzahl in Höhe von 2,50 bis 12,50 DM zu entrichten. Hinzu kommen Zuschläge für die Mitwirkung zusätzlicher Dozenten, sonstiger Bediensteter und für Experimentalvorlesungen und Laboratoriumsübungen (Anlage B der GebO Nr. 1.1 bis 1.4.3.).

Ob und in welchem Umfang diese Gebühren zur Deckung von Personal- und/oder Sachkosten kalkuliert sind, läßt sich aus der Gebührenordnung nicht entnehmen. Sachkostenbeiträge sind gewiß in den Zuschlägen für Experimentalvorlesungen und Laboratoriumsübungen zu sehen. Diese decken allerdings keine Kosten, die z. B. für Kopien, besondere Skripten und die Nutzung von DV-Anlagen entstehen.

Kostendeckung schreibt die Gebührenordnung - zumindest ausdrücklich - nicht vor. Dies wird von Vertretern der Hochschulen als ein Vorteil gegenüber Regelungen anderer Länder, die eindeutig Kostendeckung vorsehen, bezeichnet. Auf diese Weise sei es möglich, zielgruppenspezifisch in einem Fall mehr als kostendeckende Gebühren zu erheben, um in einem anderen Fall notwendigerweise von vornherein einzukalkulierende Defizite decken zu können. Nach einer Mitteilung der Fachhochschule Hamburg weist der jährlich in Hamburg zu erstellende Gebührenbericht aus, daß der Kostendeckungsgrad der Weiterbildungsveranstaltungen insgesamt gesehen bei etwa 50 Prozent liege.

d) Ausnahmeregelungen

Für sozialschwache Personengruppen ermäßigen sich die Teilnehmergebühren (ebenso ggf. die Prüfungsgebühr) auf einen Pauschalbetrag von 15 DM. Von Studenten einer Hamburger Hochschule werden keine Gebühren erhoben (Anlage B, 1.5.1 und 1.5.2 GebO). Für die Teilnehmer am Kontaktstudium "Kriminologie" war während der, inzwischen abgelaufenen, Erprobungsphase eine Ermäßigung der Gebührensätze um 50 % vorgesehen.

e) Verwendung der Einnahmen; haushaltsrechtliche Regelungen

In den Einzelplänen der Universität Hamburg und der Hochschule für Wirtschaft und Politik sind Einnahmetitel für Benutzungsgebühren für Kontaktstudien vorgesehen, die zweckgebunden zur Deckung des Aufwandes für Kontaktstudien (Titelgruppen 64) zu verausgaben sind.

¹⁰

Der Gesichtspunkt der aktiven Beteiligung der Kontaktstudenten an der Gestaltung der Studienangebote ist auch in den entsprechenden Ordnungen geregelt. Vgl. z. B. die Bestimmungen über die Teilnahme an Veranstaltungen des Instituts für Kontaktstudien der Fachhochschule Hamburg, abgedruckt im Verzeichnis 89/90, S. 210 f.

Die Hochschule für Musik und darstellende Kunst verfügt zwar über einen Einnahmetitel für Benutzungsgebühren für den Kontaktstudiengang Populärmusik. Eine Zweckbindung dieser Einnahmen für korrespondierende Ausgaben sieht der Haushalt nicht vor. Zuwendungen Dritter zum Kontaktstudium Populärmusik dienen allerdings zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 71 (Lehre und Fachaufgaben). In den Haushalten der Fachhochschule und der Hochschule für Bildende Kunst sowie der Technischen Universität bestehen keine gesonderten Einnahme- oder Ausgabetitel für Weiterbildungsveranstaltungen.

An der Fachhochschule Hamburg besteht das Institut für Kontaktstudien, das in der bis ins Jahr 1910 zurückreichenden Tradition der Ingenieur-Fortbildung (Technischer Vorlesungsverein) eingebettet ist. Das Institut wird durch die Freie und Hansestadt Hamburg institutionell gefördert. Aus diesem Grund fließen die Einnahmen des Instituts in den Landeshaushalt.

5.6 Hessen

a) Rechtliche Grundlagen

Das Gesetz über Unterrichtsgeld- und Lernmittelfreiheit regelt in § 1 Abs. 1, daß Unterrichtsgeld, Aufnahme- und Studiengebühren an Hochschulen nicht erhoben werden. Gemäß § 1 Abs. 2 gelten Prüfungs-, Promotions-, Institutsgebühren sowie Zuschläge und Beiträge für besondere Veranstaltungen nicht als Unterrichtsgeld. Ein Zweitstudium ist nach § 2 Abs. 2 nur unterrichtsgeldfrei, wenn es für den erstrebten Beruf eine sinnvolle Ergänzung bedeutet. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Kultusministers.

Gemäß der Verordnung über die Ausführung des Gesetzes über Lernmittelfreiheit trifft die Entscheidung, ob ein zweites Studium unterrichtsgeldfrei ist, auf Antrag der Präsident oder Rektor der Hochschule (§ 2 VO). Gasthörern steht Unterrichtsgeldfreiheit nicht zu (§ 3 Abs. 2 VO).

Das Hessische Verwaltungskostengesetz sieht die Erhebung von Verwaltungsgebühren für einzelne Amtshandlungen oder die Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen vor. Nach § 21 Abs. 1 des Gesetzes kann die Landesregierung durch Rechtsverordnung die Erhebung von Gebühren und Erstattungen von Auslagen regeln. Die auf der Grundlage des HVwKostG ergangene allgemeine Verwaltungskostenordnung vom 17.12.1985 enthält keinen Gebührentatbestand für Teilnehmergebühren für Weiterbildungsangebote der Hochschulen. Die Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Kultusministers sieht lediglich unter Nr. 421 ff. die Erhebung von Gebühren für die Teilnahme an Veranstaltungen des Sigmund Freud-Instituts vor, welches allerdings keine inneruniversitäre Einrichtung ist.

Die Gebührenordnung für Studierende des Landes Hessen vom 10. April 1984 (GVBl. 1984, S. 125) schreibt für Gasthörer eine Gebühr von 60 DM je Semester vor (§ 2 Abs. 1).

b) Teilnehmerstatus

Das Hochschulgesetz sieht den Status des Gasthörers vor (§ 36 Abs. 7 HHG). Nach Auskunft des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst haben Teilnehmer an Veranstaltungen, die explizit als Weiterbildung definiert sind, in der Regel Gasthörerstatus.

c) Teilnehmerbeiträge

Sofern Weiterbildungsteilnehmer als Gasthörer eingeschrieben sind, entrichten sie die einheitliche Gasthörergebühr von 60 DM je Semester. An einigen Hochschulen werden darüber hinaus Entgelte zur Deckung zusätzlicher Kosten erhoben.

Nach einer Mitteilung der Gesamthochschule Kassel werden hier die weiterbildenden Studiengänge, die den Schwerpunkt des Weiterbildungsprogramms dort bilden, wie grundständige Studiengänge behandelt. "Die Teilnehmer werden eingeschrieben wie 'normale' Studenten und werden auf die Kapazitäten angerechnet". Neben einem zweiten Bereich, der Kooperationsveranstaltungen mit anderen Erwachsenenbildungsträgern umfaßt und bei dem jeweils konkrete Konditionsabsprachen mit den Partnern getroffen werden, gibt es in Kassel einen dritten Bereich mit einzelnen Veranstaltungen, die kostendeckend kalkuliert werden. Dies geschieht, wie die Hochschule mitteilt, auf der Grundlage eines Erlasses vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst - Z II 1.2 - 094/24 - vom 21. Dezember 1987.

Von relativ umfassender Kalkulation zusätzlicher Kosten als Grundlage für zu erhebende Teilnehmerentgelte berichtet die Fachhochschule Frankfurt. Die Beteiligung der eigenen Dozenten an Weiterbildungsmaßnahmen der Hochschule erfolgt allerdings grundsätzlich im Hauptamt. Daher entstehen i. d. R. keine zusätzlichen Personalkosten. Sofern auswärtige Dozenten (Praktiker) einbezogen werden, fließen deren Honorare genauso in die Kalkulation der Teilnehmerentgelte ein wie die Nutzungsgebühren nach den Vermietungsrichtlinien der Liegenschaftsabteilung. "Hinzu kommt eine Gemeinkosten- bzw. Bearbeitungsgebühr, wie sie an Hochschulen für Drittmittel-, Forschungs- und Entwicklungsprojekte bzw. Technologie- und Wissenschaftstransfer üblich sind" (Mitteilung der Hochschule).

d) Ausnahmeregelungen

- entfällt -

e) Verwendung der Einnahmen; haushaltsrechtliche Regelungen

Die Etats der Hochschulen des Landes verfügen über Einnahmetitel (Titel 111 22), auf denen Studiengebühren für Gasthörer vereinnahmt werden. Nach einer Mitteilung des Ministers für Wissenschaft und Kunst besteht für die Hochschulen des Landes seit 1988 die Möglichkeit, die vereinnahmten Entgelte zweckgebunden für Weiterbildung zu verausgaben.

Nach Auskunft der Fachhochschule Frankfurt werden die eingenommenen Teilnehmerentgelte haushaltsrechtlich wie jedes Forschungs- und Entwicklungsprojekt bzw. wie jedes Wissens- und Technologietransferprojekt behandelt. Die eingehenden Mittel seien übertragbar und können sowohl für die Finanzierung von Personal als auch für die Beschaffung von Geräten verwendet werden.

4.7 Niedersachsen

a) Rechtliche Grundlagen

Die auf der Grundlage des Verwaltungskostengesetzes vom 07.05.1962 erlassene allgemeine Gebührenordnung enthält keine Gebührentatbestände für die Tätigkeit von Hochschulen. Auch die Gebührenordnungen für wissenschaftliche Hochschulen, für die staatlichen Fachhochschulen und für die Staatliche Hochschule für Bildende Künste Braunschweig enthalten keine Gebührentatbestände für Teilnehmergebühren.

Gasthörergebühren sowie Bestimmungen über zu erhebende Gebühren von Teilnehmern an berufsbegleitenden Weiterbildungs- und Kontaktstudien waren u. a. Gegenstand des Entwurfs eines Niedersächsischen Gesetzes über Gebühren an den Hochschulen des Landes. Kostendeckung sollte vorgeschrieben werden. Die Gebühren sollten jedoch mindestens 300 DM je Semester betragen. Ausnahmen sollten in begründeten Fällen zugelassen sein. Die Einzelheiten wären in Gebührenordnungen der Hochschulen zu regeln gewesen. Der Gesetzentwurf wurde zurückgezogen.

Eine besondere Form der universitären Beteiligung an Weiterbildung stellen die im Erwachsenenbildungsgesetz verankerten traditionsreichen niedersächsischen Seminarkurse dar. Von den Hochschulen wissenschaftlich verantwortet, finden diese Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit und in der Trägerschaft von Erwachsenenbildungseinrichtungen (i. d. R. Volkshochschulen) statt. An ihrer Finanzierung sind die Hochschulen nur indirekt, in relativ geringem Maße und insofern beteiligt, als sie die Organisation der Seminarkurse über ihre zentralen Einrichtungen für Weiterbildung abwickeln. Die Seminarkurse werden vom Land mit 70 % der Kosten subventioniert. Der Rest wird durch Teilnehmergebühren der Erwachsenenbildungseinrichtungen gedeckt. Die Hochschule stellt der jeweiligen Erwachsenenbildungseinrichtung pro Unterrichtsstunde 60 DM in Rechnung, damit werden Honorare und Reisekosten der Dozenten gedeckt.

b) Teilnehmerstatus

Ohne ausdrücklichen Bezug auf Veranstaltungen der Weiterbildung sieht das Niedersächsische Hochschulgesetz vor, daß zu bestimmten Lehrveranstaltungen nicht immatrikulierte Personen als Gasthörer zugelassen werden können, auch wenn sie die Hochschulzugangsberechtigung nicht nachweisen können (§ 38 Abs. 4 NHG).

c) Teilnehmerbeiträge

Nach einer Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst könnten die Hochschulen von Gasthörern Entgelte erheben; ob eine Hochschule von dieser Möglichkeit Gebrauch macht, war nicht bekannt. Nach Auskunft der Universität Hannover und der Technischen Universität Braunschweig werden keine Gasthörer-Entgelte erhoben.

Einige Beispiele aus der Praxis der Universität Hannover und der Technischen Universität Braunschweig sind in den Abschnitten 5.2, 5.3 und 5.4 dargestellt.

d) Ausnahmeregelungen

- entfällt -

e) Verwendung der Einnahmen; haushaltsrechtliche Regelungen

In den Haushalten der Mehrzahl der niedersächsischen Hochschulen ist die Einnahmetitelgruppe 74 für Einnahmen aus Veranstaltungen der Zentralen Einrichtungen für Weiterbildung, Teilnehmerentgelte und Zuschüsse Dritter eingerichtet. Die Mehr- oder Mindereinnahmen vermindern oder erhöhen den Ausgabensatz in der korrespondierenden Titelgruppe 74 (Ausgaben für Weiterbildungsveranstaltungen). Die Einnahmen sind übertragbar.

Im Haushalt der Universität Göttingen findet sich Titel 282 63 (Zuschüsse Dritter), in dem auch Zuschüsse für die Zentrale Einrichtung für Weiterbildung vereinnahmt werden. Ausgaben können bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titelgruppe 63 getätigt werden.

Im Haushalt der Universität Hannover ist ein Einnahmetitel für Zuschüsse des Bundes für die zentrale Weiterbildungseinrichtung vorgesehen, dem die Ausgabentitelgruppe 67 korrespondiert. Der Einnahmetitel 282 63 ist wie für die Universität Göttingen auch hier eingerichtet. (Die Mittel des Bundes dienen allerdings nur der Förderung von Modellversuchen und ähnlichen Vorhaben.)

Die Fachhochschulen des Landes verfügen über vergleichbare Titelsätze nicht.

4.8 Nordrhein-Westfalen

a) Rechtliche Grundlagen

Die Hochschulgesetze des Landes (Gesetz über die Wissenschaftlichen Hochschulen vom 20.11.1979, Gesetz über die Fachhochschulen vom 20.11.1979 und Gesetz über die Kunsthochschulen vom 20.10.1987) weisen der Hochschule zwar das Gebührenwesen als staatliche Angelegenheit zu (§ 107 Abs. 2 Nr. 5 WissHG, § 72 Abs. 2 Nr. 4 FHG, § 50 Abs. 2 Nr. 4 KunstHG). Eine Ermächtigung zum Erlass eigener Gebührenordnungen enthalten die Hochschulgesetze jedoch nicht. Die Gebührenerhebung erfolgt auf der Grundlage des Hochschulgebührengesetzes. Allerdings eröffnen die Hochschulgesetze den Hochschulen die Möglichkeit, das weiterbildende Studium mit Ausnahme eines zu einem berufsqualifizierenden Abschluß führenden Studiengangs und sonstige Veranstaltungen der Weiterbildung auch auf privatrechtlicher Grundlage anzubieten (§ 89 Abs. 7 WissHG, § 59 Abs. 7 FHG, § 41, Abs. 1 KunstHG).

Für die Teilnahme an weiterbildendem Studium und sonstigen Veranstaltungen der Weiterbildung sieht das Hochschulgebührengesetz (HSGebG) im § 2a die Erhebung einer "Besonderen Gasthörergebühr" vor. Unabhängig davon wird für die Teilnahme an regulären Lehrveranstaltungen der Hochschule, einschließlich an sog. Seniorenstudien, die "Allgemeine Gasthörergebühr" (§ 2 HSGebG) angewandt; sie beträgt 75 DM je Halbjahr.

b) Teilnehmerstatus

Nach den Hochschulgesetzen des Landes (z. B. § 89 Abs. 6 WisHG) sind Teilnehmer am weiterbildenden Studium und an sonstigen Veranstaltungen der Weiterbildung Gasthörer. Wird die Weiterbildungsveranstaltung auf privatrechtlicher Grundlage abgewickelt, ist der Status der Teilnehmer vertraglich zu bestimmen.

c) Teilnehmerbeiträge

Nach § 2 a Abs. 1 HSchGebG sind die Gebühren so zu bemessen, daß grundsätzlich die Kosten, die durch das jeweilige Weiterbildungsangebot entstehen, gedeckt werden.

In der Gesetzesbegründung zu § 89 WisHG ist ausgeführt, daß für privatrechtlich abgewickelte Veranstaltungen marktgerechte Entgelte vorzusehen sind. "Die Form des Privatrechts ermöglicht es den Hochschulen, Gewinne zu erzielen und sie für Hochschulzwecke zu verwenden" (Hammerstein: 26).

Nach § 2 a Abs. 2 HSchGebG ist die Besondere Gasthörergebühr auf der Grundlage der erforderlichen Personal- und Sachausgaben zu ermitteln und durch die Zahl der Teilnehmer zu teilen. Für die Personalausgaben sind 160 DM pro Stunde Lehrveranstaltung zugrunde zu legen¹¹. In der Gesetzesbegründung wird ausgeführt, daß die Pauschalierung zur Verminderung des Verwaltungsaufwandes erfolgte. Der Betrag orientiert sich an dem durchschnittlichen Personalaufwand des Landes bei der Lehrtätigkeit von Professoren. Mit ihm seien alle Personalausgaben abgegolten, also auch solche, die durch die Mithilfe weiteren Personals (Assistenten, wissenschaftliche Mitarbeiter und sonstiges Hilfspersonal) entstehen¹². Die Sachausgaben ergeben sich aus den zusätzlich entstehenden Ausgaben für Lernmittel, Verbrauchsmittel, Mieten, Bewirtschaftung und Beschaffungen.

d) Ausnahmeregelungen

Die untere Grenze der Besonderen Gasthörergebühr beträgt je Halbjahr 75 DM (§ 2a Abs. 3 HSchGebG). Bis auf diesen Betrag kann die Gebühr reduziert werden, "... wenn an dem Weiterbildungsangebot im Hinblick auf die Zielgruppe und den angestrebten Erfolg ein vom zuständigen Fachminister festgestelltes öffentliches Interesse besteht" (§ 2a Abs. 5 HSGebG). Darüber hinaus kann bedürftigen Teilnehmern die Gebühr bis zur Höhe von 10 % der Gebührensumme des jeweiligen Weiterbildungsangebots ermäßigt oder auch erlassen werden (§ 2a Abs. 4 HSchGebG).

e) Verwendung von Einnahmen; haushaltsrechtliche Regelungen

In den Einzelplänen der Hochschulen sind unter Einnahmetitelgruppen 21 und 22 Gasthörergebühren bzw. Entgelte für Weiterbildungsveranstaltungen zu vereinnahmen. Die Einnahmen aus der Erhebung der Besonderen Gasthörer-Gebühr können in ihrem tatsächlichen Aufkommen unter Titelgruppe 80 für Weiterbildungsveranstaltungen verausgabt werden. Die Ausgaben sind in der Titelgruppe übertragbar und

¹¹ Es ist darauf hingewiesen worden, daß die Bindung an den Kostenrechnungssatz von 160 DM pro Stunde bei externen Dozenten nicht besteht, solange die Ausgaben gedeckt werden (vgl. Vielhaber: 40)

¹² Drucksache 10/1.769 des Landtags NW, 10. Wahlperiode

gegenseitig deckungsfähig. Sie dienen zur Deckung der Ausgaben für Aushilfen, sächliche Verwaltungsaufwendungen und den Erwerb von Geräten. Nicht in der Titelgruppe 80 verbrauchte Mittel können der Verstärkung der Titelgruppe 94 (Ausgaben für Forschung und Lehre) und 95 (Hochschulbibliothek) und 96 (zentrale Datenverarbeitung) dienen.

4.9 Rheinland-Pfalz

a) Rechtliche Grundlagen

Das Landesgebührengesetz ermächtigt die Landesregierung zum Erlass eines allgemeinen Gebührenverzeichnisses und die Fachminister zum Erlass besonderer Gebührenverzeichnisse durch Rechtsverordnung (§ 2 Abs. 2, 3, 4 GebG). Das allgemeine Gebührenverzeichnis vom 06.04.1989 enthält keine einschlägigen Gebührentatbestände für Weiterbildungsangebote der Hochschulen.

Die Landesverordnung über Gebühren im Geschäftsbereich des Kultusministeriums enthält im Gebührenverzeichnis 1. Teil lediglich Gebührentatbestände für Verwaltungsgebühren (z. B. Zweitausstellung von Gasthörer-scheinen: 5 DM). Im zweiten Teil des Verzeichnisses werden Benutzungsgebühren für die Nutzung von Räumen, Turnhallen und Geräten der Hochschule in Höhe von 0,50 bis 1.200 DM pro Tag und für die Benutzung elektronischer Datenverarbeitungsanlagen je Stunde 50 DM bis 5.000 DM für die private Nutzung durch Schüler, Hochschulangehörige und Dritte erhoben.

Unmittelbar die Finanzierung von Hochschul-Veranstaltungen der Weiterbildung betreffende Regelungen auf Landesebene, insbesondere zur Erhebung von Teilnehmergebühren bzw. -entgelten, bestehen nicht. Es ist auch rechtlich nicht geregelt, daß Hochschulen über Einnahmen aus Weiterbildungsveranstaltungen verfügen können.

Das Fehlen von Regelungen über die Erhebung von Entgelten für Weiterbildungsveranstaltungen wird mit den relativ geringen Weiterbildungsaktivitäten der Hochschulen des Landes begründet. Angesichts der Überlast, die in vielen Bereichen des Erststudiums vorherrsche, sei es, so die Aussage des Kultusministeriums, derzeit auch nicht angebracht, die Hochschulen von dort aus zu mehr Engagement in der Weiterbildung anzuhalten. In der jetzigen Situation, in der die Aufrechnung der Lehrtätigkeit in der Weiterbildung gegen das Lehrdeputat nur in Ausnahmefällen in Betracht komme und die Rechtslage die besondere Honorierung zusätzlicher Lehrtätigkeit nicht gestatte, sei auch in der nächsten Zeit kaum mit zunehmenden Initiativen auf Seiten der Hochschulen zu rechnen. Daher würden Ansätze zu einer Regelung von Teilnehmerbeiträgen seit längerer Zeit nicht weiter verfolgt.

In dieser Lage greift z. B. die Erziehungswissenschaftliche Hochschule Rheinland-Pfalz, deren Studentenschaft zu einem erheblichen Teil aus Weiterbildungsteilnehmern besteht, zur Konstruktion eines Trägervereins, um kostendeckende Teilnehmerentgelte, z. B. für das Weiterbildungsstudium "Betriebspädagogik", zu erheben und so die Finanzierung des Weiterbildungsangebots auf privatrechtlicher Grundlage über den Verein abzuwickeln. Die Lehrtätigkeit der Dozenten im Rahmen des Weiterbildungsstudiums ist allerdings deputatsrelevant. Um für die Hochschule kostenneutrale Veranstaltungen der Weiterbildung durchführen zu können, arbeitet auch die Fachhochschule Rheinland-Pfalz mit einer außerhochschulischen Einrichtung, der Technischen Akademie Südwest, zusammen, die die Organisation und Finanzierung übernimmt und die Lehrtätigkeit der Dozenten auf privatrechtlicher Grundlage vergütet. Ausnahmefälle stellen die Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, die Evangelische Fachhochschule für

Sozialwesen Ludwigshafen und die Katholische Fachhochschule für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Praktische Theologie Mainz dar:

Die Hochschule für Verwaltungswissenschaften, die der Aufsicht der Staatskanzlei untersteht, hat einen Honorarraum für externe Dozenten zur Verfügung, der von der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen festgelegt wird. Die Evangelische Fachhochschule, die als kirchlich getragene Einrichtung nicht an die allgemeinen staatlichen Rahmenbedingungen gebunden ist, plant in absehbarer Zeit eigene Vorschriften zur Berechnung von Kosten und zur Verrechnung der Teilnehmerbeiträge. Eigene Regelungen zur Finanzierung der Fort- und Weiterbildung hat die Katholische Fachhochschule für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Praktische Theologie in Mainz bereits getroffen. Während die Kosten einer zentralen Einrichtung für Fort- und Weiterbildung aus Haushaltsmitteln getragen werden, sollen die veranstaltungsbezogenen zusätzlichen Kosten durch Teilnehmerbeiträge gedeckt werden.

b) Teilnehmerstatus

Eine explizit auf Weiterbildungsteilnehmer bezogene Statuszuweisung existiert nicht. In genereller Form jedoch werden Gasthörer sowohl in der Landesverfassung (Art. 39) als auch im Landesgesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen in Rheinland-Pfalz (§ 63 Abs. 3) erwähnt.

c) Teilnehmerbeiträge

Weder für Gasthörer noch für andere Teilnehmer an Weiterbildungsveranstaltungen der Hochschulen bestehen Regelungen zur Erhebung von Gebühren oder Entgelten. Soweit rheinland-pfälzische Hochschulen mit externen Weiterbildungsträgern zusammenarbeiten, werden die Teilnehmerbeiträge von diesen externen Einrichtungen nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen berechnet.

Zur Ermittlung der Kosten und zur Feststellung kostendeckender Teilnehmerbeiträge verfügt die Hochschule für Verwaltungswissenschaften über keine feststehenden Richtlinien. Die Kostenermittlung erfolgt aufgrund "langjähriger Erfahrungen" und die Festsetzung der Teilnehmerbeiträge und ggf. die Anpassung an veränderte Ausgaben im Einvernehmen mit dem Verwaltungsrat der Hochschule und der Staatskanzlei.

Die Höhe der Teilnehmerbeiträge der Katholischen Fachhochschule wird von Fall zu Fall berechnet und ist u. a. abhängig von Honoraren und Reisekosten der Referenten, von Mietkosten und von Kosten für die Erstellung von Unterlagen und Materialien für die jeweilige Veranstaltung. Die Vergütung der Referenten erfolgt nach einer Honorarordnung.

d) Ausnahmeregelungen

- entfällt -

e) Verwendung der Einnahmen; haushaltsrechtliche Regelungen

Die Haushalte der Hochschulen enthalten keine gesonderten Einnahme- oder Ausgabetitel für Weiterbildungsveranstaltungen. Im Ausgabenbereich werden in der Titelgruppe 89 Ausgaben für Modellversuche zur Verbesserung des Fernstudiums und des weiterbildenden Studiums (letzteres ohne eigenen Ansatz) veranschlagt. Mehrausgaben sind bis zur Höhe möglicher Zuweisungen des Bundes für Modellversuche im Hochschulbereich zulässig.

Weiterhin sind für die Lehrerfort- und -weiterbildung Einnahmen aus der Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen und der Inanspruchnahme von Personal (Gebühren für die Herstellung von Fotokopien, Druck- und Arbeitsmaterial gemäß Erläuterungen zu Titel 119 06) vorgesehen. Mehreinnahmen bei Titel 119 06 dienen der Verstärkung des Titels 511 01 (Geschäftsbedarf).

Im Haushalt der Hochschule für Verwaltungswissenschaft in Speyer können unter Titel 111 31 Benutzungsgebühren, Beiträge und andere Entgelte für die Teilnahme an berufsbegleitenden Fortbildungsveranstaltungen der Beamten des höheren Dienstes und der Teilnehmer der staatswissenschaftlichen Fortbildungen vereinnahmt werden. Mehreinnahmen auf diesem Titel gleichen Mehrausgaben unter Titel 427 34 (Honorare für die Vortragenden bei staatswissenschaftlichen Fortbildungstagungen sowie für die berufsbegleitende Fortbildung) und Titel 533 02 (staatswissenschaftliche Fortbildungstagungen, berufsbegleitende Fortbildung) aus. Außerdem vereinnahmt die Hochschule unter Titel 256 01 Erstattungen der Bundesanstalt für Arbeit für die Fortbildung von Nachwuchskräften.

4.10 Saarland

a) Rechtliche Grundlagen

Das Saarländische Universitätsgesetz vom 08.03.1989 eröffnet der Universität die Möglichkeit, Gebühren und Beiträge nach Maßgabe von Ordnungen, die der Zustimmung des Ministers für Kultus, Bildung und Wissenschaft bedürfen, zu erheben. Für das zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluß führende Studium werden keine Studiengebühren erhoben (§ 8 Abs. 2 UG).

Die auf der Grundlage des Saarländischen Gebührengesetzes erlassenen allgemeinen und besonderen Gebührenverzeichnisse enthalten keine Gebührentatbestände für die Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen der Hochschulen.

Nach Auskunft des Ministeriums für Kultus, Bildung und Wissenschaft wäre eine Zustimmung zu Gebührensatzungen der Hochschulen u. a. davon abhängig, wie in der Satzung zwischen unterschiedlichen Weiterbildungsangeboten differenziert würde, bei berufsbegleitenden, auf berufliche Weiterqualifizierung abzielenden Angeboten wäre Gebührenerhebung denkbar. Nicht ohne weiteres zugestimmt würde dagegen Teilnehmergebühren bei Veranstaltungen z. B. des Seniorenstudiums und bei Angeboten für tendenziell finanzschwache Zielgruppen.

b) Teilnehmerstatus

Nach den Gesetzen über die Fachhochschule bzw. die Musikhochschule nehmen die Hochschulen außer den Studenten auch Gasthörer bzw. Gaststudenten auf. § 85 UG in der Fassung vom 15.7.1987 kannte auch den Status "Studierende des Kontaktstudiums" sowie die Sammelkategorie "außerordentliche Studierende". In der geltenden Fassung des UG ist der entsprechende Passus nicht mehr enthalten. Auf "Gasthörer" wird indirekt und ohne Bezug auf Weiterbildung hingewiesen (§ 97 Abs. 6 UG).

c) Teilnehmerbeiträge

Die Weiterbildungsveranstaltungen der Universität des Saarlandes werden unentgeltlich angeboten. Außer einem geringfügigen Versicherungsbeitrag, den auch ordentliche Studierende zu entrichten haben, werden von Weiterbildungsteilnehmern keine Gebühren oder Entgelte erhoben. Auch von Gasthörern werden keine Beiträge erhoben.

d) Ausnahmeregelungen

- entfällt -

e) Verwendung der Einnahmen; haushaltsrechtliche Regelungen

Die Hochschulhaushalte der saarländischen Hochschulen enthalten keine speziellen Titel für Weiterbildungsveranstaltungen. Unter Titel 111 01 sind Verwaltungsgebühren zu verbuchen. Titel 119 22 (Einnahmen aus privater Mitbenutzung hochschuleigener Geräte und Einrichtungen) dient mit seinen Mehreinnahmen der Titelgruppe 81 (Lehre) bei Titel 524 81 (Geräte und Ausstattungen) als Verstärkung.

4.11 Schleswig-Holstein

a) Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 11 Nr. 3 HSG ist das Gebührenwesen als Landesaufgabe den Hochschulen zur Erledigung übertragen. Im Hinblick auf § 11 Nr. 3 und Nr. 4 HSG hat das Ministerium für Bildung und Wissenschaft, Jugend und Kultur Entgeltregelungen für die einzelnen Hochschulen in der Form ministerieller Erlasse vorgenommen, in denen die entgeltliche Inanspruchnahme und Überlassung von Grundstücken, Gebäuden und Einrichtungen der Hochschulen geregelt wird. Durch Ergänzung der Entgeltregelungen durch das Ministerium im Jahre 1988 ist die Erhebung von Teilnehmerentgelten für Einzel- und Blockveranstaltungen der Weiterbildung vorgeschrieben und geregelt worden. Für das weiterbildende Studium ist allerdings ausdrücklich Unentgeltlichkeit vorgeschrieben (vgl. z. B. § 3 a Abs. 1 bzw. § 3 b der Entgeltregelung für die Fachhochschule Kiel).

Im Rahmen der anstehenden Novellierung des Hochschulrechts in Schleswig-Holstein sind jedoch auch für den Bereich der Weiterbildung und für in diesem Zusammenhang vorgesehene Gebührenerhebungen

Veränderungen geplant¹³. So können Hochschulen nach dem neu aufzunehmenden § 85 b HSG Weiterbildungsveranstaltungen auch auf privatrechtlicher Grundlage anbieten. Daneben soll im Gesetz über die Beiträge und Gebühren an den wissenschaftlichen Hochschulen ein Gebührentatbestand geschaffen werden, wonach für die Teilnahme an weiterbildendem Studium und sonstigen Veranstaltungen der Weiterbildung eine Weiterbildungsgebühr, die grundsätzlich kostendeckend sein soll, erhoben werden kann.

b) Teilnehmerstatus

Das Gesetz über die Hochschulen im Lande Schleswig-Holstein (HSG) weist Gasthörern und Studierenden eines Studiums zum Zwecke der Weiterbildung den Status von Gaststudierenden zu (§ 78 HSG).

c) Teilnehmerbeiträge

Die Entgeltregelungen weisen einige Parallelen zu den entsprechenden Vorschriften des Hochschulgebührengesetzes Nordrhein-Westfalen auf.

Soweit nicht von Dritten getragen, berechnet sich die Höhe des Teilnehmerentgeltes durch Teilung der anzurechnenden Ausgaben durch die voraussichtliche Anzahl der Teilnehmer. Bei Mitwirkung eines Dozenten sind 160 DM (FH Kiel) bzw. 170 DM (PH Kiel) je Unterrichtsstunde anzusetzen. Dieser Betrag erhöht sich bei Mitwirkung weiterer Dozenten. Zusätzlich entstehende Sachkosten durch die Benutzung fremder Einrichtungen sind ebenfalls anzusetzen (§ 3a Abs. 2 Entgeltordnung).

Nach der novellierten Fassung des Gesetzes über die Beiträge und Gebühren an wissenschaftlichen Hochschulen soll sich künftig die Weiterbildungsgebühr pro Teilnehmer in der Weise berechnen, daß die Gesamtpersonal- und -sachausgaben durch die Teilnehmerzahl geteilt werden. Für die Personalausgaben ist ein Betrag von 160 DM je Stunde Lehrveranstaltung zugrunde zu legen, womit sämtliche Personalkosten abgegolten sind. Bei den Sachausgaben sind zusätzlich entstehende Ausgaben, insbesondere für Lern- und Verbrauchsmittel, Mieten, Bewirtschaftungen und Beschaffungen zu berücksichtigen. Die Weiterbildungsgebühr ist von der Hochschule für jedes Weiterbildungsangebot gesondert festzusetzen¹⁴.

Von Gasthörern werden keine Beiträge erhoben.

d) Ausnahmeregelungen

Nach den geltenden Entgeltregelungen können die Hochschulen die für bestimmte Weiterbildungsangebote zu erhebenden Entgelte unterschreiten, wenn sie in der Weise einen Ausgleich schaffen, daß sie die für ein anderes Weiterbildungsangebot zu erhebenden Entgelte überschreiten (§ 3 Abs. 3 der Entgeltregelung). Die Hochschule kann das Entgelt für bedürftige Teilnehmer oder im besonderen öffentlichen Interesse ermäßigen oder erlassen (§ 3 Abs. 4 Entgeltregelung).

¹³ Siehe Fußnote 3

¹⁴ Siehe Fußnote 3

Auch nach der geplanten Gesetzesnovellierung kann von der Erhebung einer Gebühr ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn dafür ein besonderes öffentliches Interesse besteht oder bei Bedürftigkeit der Teilnehmer. Das besondere öffentliche Interesse wird auf Antrag vom Kultusminister förmlich festgestellt.

e) Verwendung von Einnahmen; haushaltsrechtliche Regelungen

Im Etat der Fachhochschule Kiel dürfen in der Titelgruppe 64 (Institut für Fort- und Weiterbildung) Ausgaben bis 80 % der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 111 02 (Gebühren, Entgelte und sonstige Einnahmen des Instituts für Fort- und Weiterbildung an der Fachhochschule Kiel) geleistet werden. 20 % der Einnahmen bei Titel 111 02 fließen dem Landeshaushalt zur Deckung allgemeiner Kosten zu. Der Überschuß ist übertragbar.

Die übrigen Hochschulen verfügen nicht über derartige Titelansätze. Lediglich im Haushalt der Universität Kiel werden unter Titel 111 09 u. a. Teilnehmerbeiträge für Strahlenschutzseminare verbucht. Die in Titelgruppe 75 (Graduiertenkolleg für Betriebswirtschaft) veranschlagten Ausgaben können bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 111 04 (Teilnehmergebühren Graduiertenkolleg) überschritten werden.

4.12 Tabellarische Übersicht der Landesregelungen für Gebühren und Entgelte

Die Regelungsmerkmale werden in komprimierter Form für alle Bundesländer in einer tabellarischen Übersicht auf den folgenden drei Seiten dargestellt.

TABELLARISCHE ÜBERSICHT ÜBER LANDESREGELUNGEN FÜR GEBÜHREN UND ENTGELTE

Merkmale der Regulationssituation	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Bremen	Hamburg	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinl.-Pfalz	Saarland	Schlesw.-Holstein
a) Rechtl. Grundlagen	<ul style="list-style-type: none"> - Der zust. Fachmin. kann im Einv. mit Finanzmin. GebO erlassen (§ 24 Abs. 2 GebO). - GebO für Teiln. an HS-WB existiert nicht. - allg. Empfehl. d. MWK. Teiln. Entg. zu erheben 	<ul style="list-style-type: none"> - Gebührenfreiheit f. Studium n. Art § 5 Bay HSG erstreckt sich nicht auf WB. - Bayer. Kostengesetz: Der zust. Staatsmin. erläßt RechtsVO über Benutzungs- u. Entschädigungsordnung f. Inanspruchnahme öffentl. Einrich. (Art. 25 Abs. 1) - RechtsVO für HS-Bereich existiert nicht. - Entwurf einer Entgeltregel. für WB-Teiln. wird z.Z. beraten 	<ul style="list-style-type: none"> - HSn können nach § 2 Abs. 7 Berl. HSG durch Satzg. Geb. f. bes. Aufwend. beschließen - Auf dieser Basis haben HS'n Gasthör. Geb. beschl. - keine explizit auf WB bezogene Regelung - § 2 Abs. 7 Berl. HSG verweist auf § 8 Abs. 2, 3 Ges. über Geb. u. Beiträge. Danach sind voll kostendeckende Gebühren anzusetzen 	<ul style="list-style-type: none"> - Entgeldord. f. Veranst. d. wiss. u. künstl. WB. erlassen nach § 109 Abs. 3 BremHSG - ferner: Entgeltordnung f. Gasthörer an Bremer HS'n 	<ul style="list-style-type: none"> - GebO schreibt Erheb. von Benutzungsgeb. u. f. Teiln. an Veranst. d. Kontaktstud. vor. ferner: Gasthörergeb. f. Teilnehmer an regul. Lehrveranst. 	<ul style="list-style-type: none"> - Nach Verw. KG kann Landesreg. durch RechtsVO Erheb. v. Geb. u. Erstatt. v. Ausl. regeln. - GebO f. Studierenden d. Landes Hessen schreibt Gasthörergeb. vor. 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine allg. Regel zur WB-Finanz. - Regelung d. Finanz. v. "Seminar-kursen" durch Verordnung auf d. Basis d. Erwachs. bildungsges. 	<ul style="list-style-type: none"> - HSGebG NW. § 2a "Besondere Gasthörergeb.". § 2 "Allgem. Gasthörergeb." 	<ul style="list-style-type: none"> - LandesVO über Geb. im Geschäftsber. KM: Benutzungsgeb. f. Nutzung v. Räumen etc. d. HS'n - keine direkt auf HS-WB bezogene Regelung - HS-eigene Regelungen bei Verw.-HS Speyer und einzelnen FH'n in privater (kirchlicher) Trägerschaft 	<ul style="list-style-type: none"> - HS-Recht ermächtigt HS'n. mit Zustimmung d. zust. Min. nach Maßgabe v. Ordnungen Geb. und Beiträge zu erheben - Die existierenden Ordnungen enthalten keine Geb.-Patbestände für Teiln. an WB. 	<ul style="list-style-type: none"> - per Erlass ergangene Entgeltordn. f. einzelne HS'n regeln Entgelterh. f. Teiln. an Einzel- od. Blockveranst. d. WB (§ 3a) - Ausgenommen ist das weiterbildende Studium (§ 3b). - Im Rahmen d. Nov. d. HS-Rechts sollen WB-Geb. eingeführt werden. Nicht mehr ausgeschlossen sein soll das weiterb. Stud.
b) Teilnehmerstatus	<ul style="list-style-type: none"> - nicht zwingend vorgeschrieben; sowohl "Gasthörer" als auch privatrechtl. Regelung möglich 	<ul style="list-style-type: none"> - Art. 66 BayHSG erwähnte "Gaststudierende" ohne Hinweis auf WB - "Student" bei WB-Studiengang 	<ul style="list-style-type: none"> - Das novel. HS-Ges. enthält keinen Hinw. mehr auf Status v. WB-Teiln. 	<ul style="list-style-type: none"> - "Bewerber, die nicht Studierende sind" (§ 42 Abs. 2 BremHSG) - "Gasthörer" sind Teiln. an Begleitskursen f. Fernstudenten sowie an regul. Lehrveranstalt., sofern nicht als Studierende immatrikuliert 	<ul style="list-style-type: none"> - § 39 HambHSG: "Gasthörer" - Eingebürgert hat sich jedoch der Begriff "Kontaktstudent". 	<ul style="list-style-type: none"> - § 36 Abs. 7 HSG erwähnt "Gasthörer" ohne ausdrückl. Bezug auf WB - faktisch i.d.R. "Gasthörer" bei WB im öffentl.-rechtl. Rahmen 	<ul style="list-style-type: none"> - § 18 Abs. 4 HSG erwähnt "Gasthörer" ohne ausdrückl. Bezug auf WB 	<ul style="list-style-type: none"> - "Gasthörer" - Bei WB auf priv.-rechtl. Basis ist der Status der Teiln. vertragl. zu bestimmen. 	<ul style="list-style-type: none"> - keine spezifische Regelung, jedoch generell Gasthörer-Status nach Art. 39 Landesverfassung u. § 63 Abs. 3 HSG vorgesehen. 	<ul style="list-style-type: none"> - UG alte Fassung: "Studierende des Kontaktstud." Sammelkategorie: "außerordentliche Studierende" - UG neue Fassung: entspr. Passus gestrichen 	<ul style="list-style-type: none"> - "Gaststudierende" (§ 78 HSG)

Merkmale der Regulationssituation	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Bremen	Hamburg	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinl.-Pfalz	Saarland	Schlesw.-Holstein
c) Teilnehmerbeiträge	keine Gasthörer-Geb./Entgelte Empfehlung: - Teiln.-Entgelte auf privatrechtl. Basis erheben - Bemessungsgrundlage: Kosten d. jeweil. WB-Angebote	- keine Regelung - z.T. Zuschüsse Dritter zur teilw. Deckung zus. Kosten - keine Gasthörer-Geb./Entgelte	- nach SWS gestaffelte Gasthörer-Gebühren: i.d.R. 20,- bis 60,- DM - von Fall zu Fall unterschiedl. Teiln.-Beiträge zur (teilw.) Deckung zusätzl. Kosten	- nach Personal- u. Sachkosten zu bemessendes Entgelt - Mindestsatz f. Personalk.: 6,-DM je Teiln.-Std.; bei höheren Personalk. entspr. zu erhöhen - nach SWS gestaffelte Gasthörer-entgelte von 75,- bis 125,- DM	- Benutzungsgeb. f. Kontaktstud.: Grdgeb. 25,- DM je Semester, zusätzl. je Unterrichtsstd. 2,- bis 12,50 DM, div. Zuschläge - Gasthörer-Geb. 75,- DM je Semester	- von Fall zu Fall unterschiedl. Teiln.-Beiträge zur (teilw.) Deckung zus. Kosten - Gasthörer-Geb. 60,- DM je Semester	- keine Regelung - von Fall zu Fall unterschiedl. Teiln.-Beiträge zur (teilw.) Deckung zus. Kosten - i.d.R. keine Gasthörer-Geb./Entgelte	- kostendeckende Geb. nach Sach- u. Personalkost.: zusätzl. Sachkosten plus nach 160,- DM je Std. zu bemessende Personalkosten - allgem. Gasthörer-Geb. 75,- DM je Halbjahr	- keine Regelung - von Fall zu Fall unterschiedl. Teiln.-Beiträge zur (teilw.) Deckung zus. Kosten - keine Gasthörer-Geb./Entgelte	- keine Regelung - keine Gasthörer-Geb./Entgelte	- nach Personal- u. Sachkosten zu bemessendes Entgelt, soweit Ausgaben nicht von Dritten getragen werden - Personalausgaben: 170,-DM (FH Kiel) bzw. 160,- DM (FH Kiel) je Std. zu erhöhen bei Mitwirkung mehrerer Dozenten bzw. Assistenten - Nach den Novellierungsentwurf des HS-Rechts kosten-deckende WB-Geb.: zusätzl. Sachkosten plus nach 160,- DM je Std. zu bemessende Personalkosten - keine Gasthörer-Geb./Entgelte
d) Ausnahmeregelungen	Empfehlung: - Entgeltermäßigung bei öffentl. Interesse - Befreiungstatbestände	entfällt	entfällt	- Bei nicht von Dritten finanz. WB kann Grundentgelt f. Personalkosten auf 3,- DM je Teiln.-Std. ermäßigt werden. - Weitere Befreiungstatbestände sind vorgesehen.	- Aus sozialen Gründen d. Teiln. kann Teiln.-Geb. auf d. Pauschalbetrag von 15,- DM ermäßigt werden, wenn ein Student einer Hamburg. HS - keine Gebühren v. Studenten einer Hamburg. HS	entfällt	entfällt	- bei öffentl. Interesse Ermäßig. bis auf 75,- DM je Semester möglich - Im Rahmen v. 10 v. H. der Gebührensumme eines WB-Angebots kann bedürftigen Teilnehmern die Geb. erlassen werden.	entfällt	entfällt	- Teiln.-Entgelt kann niedriger als vorgeschrieben angesetzt werden, wenn bei einer anderen WB-Veranst. das Entgelt um entspr. Betrag höher angesetzt wird.

Merkmale der Regulationssituation	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Bremen	Hamburg	Hessen	Niedersachsen	Northrh.-Westfalen	Rheinl.-Pfalz	Saarland	Schlesw.-Holstein
e) Verwendung von Einnahmen aus WB-Veranstaltungen; haushaltsrechtl. Regelungen	<p>Empfehlung:</p> <p>- "Überschüsse" den an WB beteiligten HS-Eintr. f. HS-Aufgaben z. Vfg. stellen</p>	<p>- Einnahmetitel vorhanden; keine zweckgeb. Ver- ausgabe i. WB</p>	<p>- keine Regelung</p> <p>- Einnahmetitel vorhanden; keine Zweckbind. d. Einn. f. WB</p>	<p>- Einn. sollen in d. HS für Zwecke d. WB verwendet werden.</p> <p>- Aus den Einnahm. wird auch die WB-Lehrleist. von HS-Lehrern in Mehrarbeit vergütet und zwar nach Stundensatz von 38.- bis 48.- DM.</p>	<p>Uneinheitl.Regel.:</p> <p>- Uni Hamburg kann Einn. behalten und für Zwecke d. WB verwenden.</p> <p>- Wegen institution. Förderung d. Inst. f. Kontaktstudien der FH Hamburg fließen die Einn. d. FH in den Staatshaushalt.</p>	<p>- HS'n können Einnahmen einbehalten und f. Zwecke der WB verwenden.</p>	<p>- Für best. HS'n. z.B. TU Braunschweig ist die Möglichkeit eröffnet worden. Einn. einzubehalten u.f. Zwecke der WB zu verwenden.</p>	<p>- Generell ist den HS'n die Möglichkeit eingeräumt. Einn. zu verbuchen u. f. Zwecke d. WB zu verwenden.</p>	<p>- keine Regelung</p> <p>- Sonderfall HS f. Verw.-wiss. in Speyer: WB-Einn. f. WB verwendbar</p>	<p>- keine Regelung</p>	<p>- Einn. d. Inst. f. WB an der FH Kiel fließen zu 20 v.H. in den Landeshaushalt zur Deckung d. allgem. Kosten d. Instituts</p> <p>- keine spez. Titel f. WB-Einn. u. Ausgaben</p> <p>(Siehe auch FN 3, Seite 13.)</p>

5. ZUR FINANZIERUNGSPRAXIS VON HOCHSCHUL-WEITERBILDUNG - EINE DARSTELLUNG VON "MODELLEN"

5.1 Modellbildung

In der Literatur findet sich eine Reihe von Versuchen, die Vielfalt des weiterbildenden Studiums modellhaft auf wenige überschaubare Begriffe zu reduzieren. Eine Typenbildung auf der Grundlage von Kooperationsbeziehungen zwischen der Hochschule und an wissenschaftlicher Weiterbildung interessierten Partnern schlagen Graebner und Schäfer vor allem aufgrund von Erfahrungen der Organisation wissenschaftlicher Weiterbildung an der Universität Bielefeld vor:

"Typ A: Das weiterbildende Studium

Typ B: Kooperationsprojekte mit einem Kooperationspartner (verbandsspezifische Weiterbildung)

Typ C: Kooperationsprojekte mit mehreren Partnern (verbandsübergreifende Weiterbildung)

Typ D: Kooperationsmöglichkeiten in offenen Programmen ('Endverbraucher')

Typ E: Fachtagungen" (Graebner/Schäfer: 57 ff.)

Bei allen fünf Typen kommt das Mischmodell der Finanzierung zum Tragen, welches institutionelle Vorleistungen im Bereich der Grundausstattung wissenschaftlicher Weiterbildung einerseits sowie die Verrechnung der konkreten Lehrleistungen entweder "institutionell (Deputat, Kapazität) oder privat" andererseits vorsieht (a.a.O.: 55, 63).

Vor dem Hintergrund grundsätzlicher Überlegungen zur Organisation und Durchführung des weiterbildenden Studiums haben Kochs u. a. eine Modellbildung vorgeschlagen, in der das Merkmal der Kooperation, welches variierend in allen Typen von Graebner/Schäfer präsent ist, ein Modell neben zwei anderen konstituiert:

1. Das Integrationsmodell
("...als dritte Hauptaufgabe voll in die Universität integriert...").
2. Das Kooperationsmodell
("...wird in Kooperation von Universität und anderen Anbietern Wiss. Weiterbildung durchgeführt...".
Es könnte ergänzt werden: in Kooperation auch mit potentiellen Nachfragern der wissenschaftlichen Weiterbildung.)
3. Das Institutsmodell
("...wird als eigenständige Institution in oder an der Hochschule installiert, wobei pragmatische Gesichtspunkte...bestimmend sind.") (Kochs 1978: 251 ff.)

Von elf Kriterien, die zur Beschreibung der drei Modelle herangezogen werden, ist eines das der Finanzierung. Nach dem Finanzierungskriterium werden die drei Modelle in folgender Weise charakterisiert:

Das Integrationsmodell

- Finanzierung aus Hochschul-Mitteln
- Studiengebühren nicht vertretbar

Das Kooperationsmodell

- Finanzierung z. T. über Hochschul-Mittel, z. T. über Mittel anderer Träger
- Teilnehmergebühren über andere Träger möglich (grundsätzlich wohl auch über die Hochschule selbst; Anm. d. Autors)

Das Institutsmodell

- öffentlich oder durch Stiftungsfonds etc. finanzierbar
- Teilnehmerbeiträge wesentliche Finanzierungsquelle

Im Vergleich der beiden Ansätze der Typen- bzw. Modellbildung erweist sich der umfassendere, wenn auch in bezug auf die Kategorie "Kooperation" undifferenzierte, Ansatz von Kochs als die geeignetere Ausgangsbasis für eine modellhafte Beschreibung der Finanzierungspraxis von Hochschul-Weiterbildung. Allerdings erfolgt die Modellbildung bei Kochs (wie auch bei Graeßner/Schäfer) nicht vorrangig nach Finanzierungsgesichtspunkten, sondern mit Hilfe von Organisations- und Kooperationskategorien. Die Art der Finanzierung hat darin nur den Stellenwert eines von mehreren beschreibenden Kriterien. Für den Zweck der vorliegenden Untersuchung hingegen muß die Modelleinteilung vorrangig vom Finanzierungsmodus her bestimmt werden. Dem wird dadurch Rechnung getragen, daß von den die Kochs'schen Weiterbildungs-Typen mit charakterisierenden Finanzierungsmodi die für unsere Modellbildung bestimmenden Kriterien in folgender Weise abgeleitet werden.

1. Für das Integrationsmodell, welches die wissenschaftliche Weiterbildung idealtypisch als "gleichwertige Aufgabe der Universität neben der Lehre im Ausbildungsstudium" (ebd.) beschreibt, gilt tendenziell, daß die Finanzierung aus Hochschulmitteln erfolgt und (ggf. bis auf eine relativ geringfügige Verwaltungsgebühr) die wissenschaftliche Weiterbildung unentgeltlich angeboten wird. Dieses Modell der tendenziell vollständigen Finanzierung aus Mitteln des Hochschulhaushalts wird im folgenden als das der **Hochschul-Finanzierung** betitelt.
2. Genau entgegengesetzte Strukturen, sowohl in der Art der Finanzierung wie in der hochschulinternen Einbindung, sind kennzeichnend für das Institutsmodell. In der Praxis wählen Hochschulen diesen Weg der Beteiligung an Weiterbildung, indem sie "Außeninstitute", häufig als eingetragene (Förder-) Vereine, gründen, um frei von öffentlich-rechtlichen Einschränkungen zusätzliche Finanzierungsquellen zu erschließen und um die Lehrleistungen der Dozenten - vor allem der Angehörigen der eigenen Hochschule - angemessen honorieren zu können. Das hierfür typische Modell der vollständigen Finanzierung über Teilnehmerbeiträge findet allerdings z. T. auch Anwendung auf Weiterbildungsangebote, die im institutionellen Rahmen der Hochschule, also nicht ausgelagert, durchgeführt werden. Zu dieser Kategorie werden auch Weiterbildungsangebote gezählt, welche durch die die Teilnehmer entsendenden Firmen (mit-)finanziert werden.
3. Wie bereits angedeutet, soll hier von einem insoweit modifizierten Kooperationsmodell ausgegangen werden, als nicht nur Beziehungen der Hochschule zu anderen Anbietern wissenschaftlicher Weiterbildung zugrundegelegt werden, sondern "Kooperation" als Begriff für eine umfassende Lei-

stungs-/Gegenleistungsbeziehung zwischen Hochschule und allen an wissenschaftlicher Weiterbildung Interessierten, bis hin zum Weiterbildungsteilnehmer, verstanden wird. Vor allem die Vorleistungen, welche die Hochschule für das Zustandekommen hochschultypischer, also curricular ausgearbeiteter, sich auf Forschungs- und Entwicklungsergebnisse beziehender, möglichst interdisziplinärer und im Idealfall auf konkrete Anwendungsgebiete zielender Weiterbildungsangebote zu erbringen hat, lassen sich schon wegen der unauflösbaren Verflechtung dieser Vorleistungen mit der Lehre (im Erststudium) und Forschung nicht i.S. betriebswirtschaftlicher Kostenrechnung abgrenzen und als von der Nachfrageseite zu entgeltende Weiterbildungsleistung der Hochschule ausweisen. Zumindest die im Vorfeld der Durchführung einer Weiterbildungsveranstaltung entstehenden schwer spezifizierbaren Kosten, die, wie erwähnt, kaum zu spezifizieren sind, werden von der Hochschule getragen und nicht auf die Abnehmerseite abgewälzt. Dem tragen einige Gebühren- und Entgeltregelungen in der Weise Rechnung, daß sie nicht betriebswirtschaftliche Gesamtrechnungen, sondern zusätzlich entstehende Kosten einer Weiterbildungsmaßnahme als Bemessungsgrundlage zur Festsetzung der Gebühren/Entgelte vorschreiben. Hier kommt also das Modell der **Mischfinanzierung** zum Tragen.

5.2 Das Modell der Hochschul-Finanzierung

Im Unterschied zum Modell der Mischfinanzierung, bei welchem auch Mittel der öffentlichen Haushalte verwendet werden, kennzeichnet das Modell der Hochschul-Finanzierung der Umstand, daß die benötigten Mittel **ausschließlich** von der öffentlichen Hand, in der Regel vom Haushalt der Hochschule, zur Verfügung gestellt werden. Sofern Teilnehmer bei der Einschreibung eine Verwaltungsgebühr zu entrichten haben, entspricht dies den Immatrikulationsgebühren beim Ausbildungsstudium und kann nicht als Beitrag zur Kostendeckung des Weiterbildungsangebotes gewertet werden.

Die Finanzierungspraxis soll im Rahmen dieser Untersuchung exemplarisch anhand von Fallbeispielen dargestellt werden, nicht mit Hilfe quantitativer Daten. Dennoch sollen aus einer HIS-Untersuchung über Weiterbildungsaktivitäten der Hochschulen aus dem Berichtszeitraum Wintersemester 1987/88 bis Sommersemester 1988 Daten übernommen werden, welche, ohne im strengen Sinne statistisch abgesicherte Repräsentativität zu beanspruchen, einen Eindruck von der Häufigkeit hochschulfinanzierter Weiterbildungsangebote vermitteln können. Danach werden knapp 40 Prozent der bundesweit erfaßten Weiterbildungs-"Studiengänge" und knapp 30 Prozent der punktuellen Einzelveranstaltungen ausschließlich aus Mitteln der Hochschule (einschl. sonstiger öffentlicher Mittel), also ohne Beiträge von Teilnehmern oder Dritten finanziert.¹⁵

Die folgenden Beispiele aus dem Erhebungsbestand der HIS-Untersuchung sollen die Art(en) "hochschul-finanzierter" Weiterbildungsangebote veranschaulichen - zunächst Beispiele aus den Weiterbildungs-"Studiengängen":

¹⁵

Vgl. Holtkamp/Kazemzadeh: 101 ff. Bei der Berechnung der o.g. Prozentwerte wurden die von den Hochschulen als für Berufstätige offene Weiterbildungsangebote genannten Aufbau-, Ergänzungs- oder Zusatzstudien ausgeschlossen (vgl. hier Kap. 2, Stichwort "Weiterbildung"). Hieraus erklärt sich die Abweichung des für die "Studiengänge" angegebenen Prozentwertes von dem, der aus der o. e. Publikation zu entnehmen ist.

1. Weiterbildungs-"Studiengänge"

1.1 Weiterbildungs-Studiengang Physik

Universität Bremen

Zielgruppe(n)/Teilnehmer: LehrerInnen

fachl. Schwerpunkt(e): Physik

Umfang: 560 Unterrichtsstunden

Zahl der Dozenten: 6, darunter 4 aus der eigenen Hochschule

Zahl der Teilnehmer¹⁶: 8 (?)¹⁷

Finanzierung: 70 % Hochschulhaushalt

30 % andere staatl. Mittel

1.2 Weiterbildendes Studium Informationsorganisation

Gesamthochschule Kassel Universität

Zielgruppe(n)/Teilnehmer: Berufstätige in Verwaltung

fachl. Schwerpunkt(e): Verwaltungswiss., Informatik, Arbeitswiss., Berufspädagogik

Umfang: 400 U-Stunden

Zahl der Dozenten: 20, darunter 16 aus der eigenen Hochschule

Zahl der Teilnehmer: 130

Finanzierung: 100 % Bund und Land (in der Modellversuchsphase)

1.3 Regionalwissenschaft/Regionalplanung

Universität Karlsruhe

Zielgruppe(n)/Teilnehmer: Berufstätige im Bereich Regionalplanung im In- u. Ausland; in der Forschung tätige Wissenschaftler

fachl. Schwerpunkt(e): keine Angabe

Umfang: 789 U-Stunden

Zahl der Dozenten: 25, darunter 23 aus der eigenen Hochschule

Zahl der Teilnehmer: 43

Finanzierung: 100 % Hochschulhaushalt

1.4 Weiterbildungsstudium Arbeitswissenschaft

Universität Hannover

Zielgruppe(n)/Teilnehmer: Fachkräfte mit arbeitswissenschaftl. Aufgaben in Produktion und Verwaltung; Arbeitslose; Hausfrauen/-männer

fachl. Schwerpunkt(e): problemorientiert interdisziplinär

Umfang: 540 Zeitstunden

Zahl der Dozenten: variabel, 40 % aus der eigenen Hochschule

Zahl der Teilnehmer: 490, darunter ca. 150 Gasthörer pro Jahr

Finanzierung: 100 % Hochschulhaushalt

¹⁶ Zum Zeitpunkt der Befragung bzw. bei der letzten Registrierung

¹⁷ Anzahl wegen fehlender Angabe bei "Gasthörer" unsicher

1.5 Weiterbildung Psychosoziale Versorgung

Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin

Zielgruppe(n)/Teilnehmer: Berufstätige in der psychosozialen Versorgung

fachl. Schwerpunkt(e): interdisziplinärer Ansatz

Umfang: 360 U-Stunden

Zahl der Dozenten: 22, darunter 4 aus der eigenen Hochschule

Zahl der Teilnehmer: 50 (alle Gasthörer)

Finanzierung: 100 % Hochschulhaushalt

1.6 Weiterbildendes Studium für LehrerInnen der Sekundarstufe I und II

Ruhr- Universität Bochum

Zielgruppe(n)/Teilnehmer: LehrerInnen

fachl. Schwerpunkte: alle schulrelevanten Disziplinen

Umfang: keine Angabe, weil "berufsbegleitend wahrzunehmendes, kontinuierliches Lehrerweiterbildungsangebot"

Zahl der Dozenten: keine Angabe, s. o.

Zahl der Teilnehmer: keine Angabe, aber Mitteilung, daß alle als Gasthörer eingeschrieben sind

Finanzierung: 100 % Hochschulhaushalt

2. Weiterbildungs-Einzelveranstaltungen

2.1 Software Engineering

Technische Hochschule Darmstadt, FB Informatik

Zielgruppe(n)/Teilnehmer: Programmierer, Systemanalytiker, in der Forschung tätige Wissenschaftler

fachl. Schwerpunkt(e): Praktische Informatik

Umfang: 105 U-Stunden

Zahl der beteiligten Dozenten: 11, darunter 1 aus der eigenen Hochschule

Zahl der Teilnehmer: 20

Finanzierung: 100 % Hochschulhaushalt

2.2 Einsatz von Mikrocomputern in der Schule

Hochschule Lüneburg, AG EDV und EDV-Ausbildung

Zielgruppe(n)/Teilnehmer: LehrerInnen an allgemeinbildenden Schulen; zum geringen Teil auch Arbeitslose

fachl. Schwerpunkt(e): DV/Informatik, Mathematik, Physik, Musik, Deutsch, Englisch

Umfang: 28 U-Stunden

Zahl der beteiligten Dozenten: 5, davon 5 aus der eigenen Hochschule

Zahl der Teilnehmer: 20

Finanzierung: 100 % Hochschulhaushalt

2.3 Türkisch I + II für Lehrer

Universität Gesamthochschule Paderborn, FB Sprach- und Literaturwissenschaften

Zielgruppe(n)/Teilnehmer: Lehrer (vor allem mit türkischen Kindern)

fachl. Schwerpunkt(e): Türkisch

Umfang: 24 U-Stunden

Zahl der beteiligten Dozenten: 1, darunter keiner aus der eigenen Hochschule
 Zahl der Teilnehmer: 10
 Finanzierung: 100 % Hochschulhaushalt

2.4 Erfassung pflegerischer Tätigkeiten

Fachhochschule Osnabrück, FB Wirtschaft - WB-Studiengang PDL

Zielgruppe(n)/Teilnehmer: KrankenpflegerInnen
 fachl. Schwerpunkt(e): Krankenpflege, EDV
 Umfang: keine Angabe
 Zahl der beteiligten Dozenten: 4, davon 4 aus der eigenen Hochschule
 Zahl der Teilnehmer: 20
 Finanzierung: 100 % Hochschulhaushalt

2.5 Berufliche Kompetenz und Kooperation in der sozialen Arbeit

Fachhochschule Wiesbaden, FB Sozialwesen

Zielgruppe(n)/Teilnehmer: Sozialarbeiter, Sozialpädagogen
 fachl. Schwerpunkt(e): Sozialarb./Sozialpäd., Sozialpsychol., Recht, Psychologie, Soziologie, Soziale Administration
 Zahl der beteiligten Dozenten: 4, darunter 2 aus der eigenen Hochschule
 Zahl der Teilnehmer: 8
 Finanzierung: 100 % staatl. Mittel (Modellversuch)

2.6 Aktuelle Probleme der Ökologie und Ethologie

Universität Kaiserslautern, FB Biologie

Zielgruppe(n)/Teilnehmer: Biologen in der Landespflege, in der Forschung tätige Wissenschaftler
 fachl. Schwerpunkt(e): Ökologie, Landespflege, Landwirtschaft
 Umfang: 15 U-Stunden
 Zahl der beteiligten Dozenten: 8, darunter 2 aus der eigenen Hochschule
 Finanzierung: 100 % Hochschulhaushalt

2.7 Essentials of Distance Education. Deutsche Fassung: Grundlagen des Fernstudiums

Fernuniversität - GHS - Hagen, ZIFF - Zentrales Institut für Fernstudienforschung

Zielgruppe(n)/Teilnehmer: Fernstudien-Didaktiker, im Fernstudium Tätige (darunter auch in der Forschung tätige Wissenschaftler)
 fachl. Schwerpunkt(e): Didaktik des Fernstudiums
 Umfang: 90 Bearbeitungsstunden (Fernkurs)
 Zahl der beteiligten Dozenten: 3, davon 3 aus der eigenen Hochschule
 Finanzierung: 100 % Hochschulhaushalt

In der Diskussion über die Einführung von Teilnehmergebühren- und entgelten wird mit gutem Grund eine undifferenzierte Behandlung von berufsbezogener und allgemeiner/politischer Weiterbildung abgelehnt. Letztere sollten gebührenfrei bzw. gegen geringfügige Verwaltungsgebühr wahrgenommen werden können, während bei auf berufliche Verwertbarkeit zielenden Veranstaltungen grundsätzlich und unbe-

schadet der im Einzelfall zu berücksichtigenden Bedürftigkeit einzelner Bewerber Teilnehmerbeiträge angebracht seien¹⁸.

Unter den oben aufgeführten Beispielen hochschul-finanzierter Weiterbildungsangebote befinden sich allerdings kaum Veranstaltungen, die zu der Kategorie der allgemeinen und politischen wissenschaftliche Weiterbildung zu zählen wären - wenn man davon absieht, daß selbst in spezialisierten berufsbezogenen Weiterbildungsveranstaltungen immer auch "allgemeine" und politische Bildung vermittelt wird. Dies ist damit zu erklären, daß explizit für die wissenschaftliche Weiterbildung konzipierte Hochschul-Veranstaltungen fast immer auch auf berufliche Weiterqualifizierung ausgerichtet sind; rein allgemeine und politische Weiterbildung ohne beruflichen Bezug macht einen relativ geringen Teil der in der Trägerschaft der Hochschulen durchgeführten Weiterbildungsangebote aus. Eine Ausnahme bilden z. B. Programme des "Seniorenstudiums", welche häufig aus den Lehrveranstaltungen des Erststudiums zusammengestellt und durch besondere Begleitveranstaltungen angereichert sind.

Vor dem Hintergrund der in der Regel berufsorientierten expliziten Weiterbildungsangeboten der Hochschulen erweist sich daher die Differenzierung nach berufsbezogener versus allgemeiner/politischer wissenschaftlicher Weiterbildung als ein untergeordnetes Kriterium zur Bemessung von Teilnehmerbeiträgen. Die angeführten Beispiele zeigen vielmehr die Tendenz zu Hochschul-Finanzierung bei einer Klientel, deren Bereitschaft bzw. Fähigkeit zur Zahlung von Teilnehmerbeiträgen als gering eingeschätzt werden muß bzw. bei Veranstaltungen, welche mit ihren eher auf sozial-kulturelle/pädagogische denn auf wirtschaftlich-industrielle Berufsfelder zielenden Akzenten den Teilnehmern keine allzu lukrative finanzielle "Amortisation" des Aufwands verheißen.

Würde man z. B. für das Weiterbildungsangebot "Türkisch für Lehrer" der Universität-Gesamthochschule Paderborn (Beispiel 2.3) die vom nordrhein-westfälischen Hochschulgebührengesetz vorgeschriebene Gebührenbemessung nach § 2 a Abs. 1 und 2 zugrundelegen, käme man bei dieser 24-stündigen Veranstaltung, welche für 10 Teilnehmer durchgeführt wurde, auf eine Teilnehmergebühr von 424 DM¹⁹. Da bei einer Teilnehmergebühr in dieser Höhe die Veranstaltung sehr wahrscheinlich nicht zustandekommen würde, hätte die Hochschule nach dem Gesetz die Möglichkeit, die Gebühr bis auf 75 DM zu reduzieren, sofern nach § 2 a Abs. 5 ein besonderes öffentliches Interesse "im Hinblick auf die Zielgruppe und den angestrebten Erfolg" festgestellt würde²⁰.

¹⁸ Für eine Differenzierung entlang der Linie berufsbezogene versus allgemeine/politische wissenschaftliche Weiterbildung argumentieren u. a. Gerhard/Radde/Schäfer: 17 ff.

¹⁹ Diese Teilnehmergebühr errechnet sich, ausgehend von E. Vielhabers für eine Modellrechnung angenommenen Pauschalsätze für Sachkosten sowie für die Bewirtschaftung von Räumen (Vgl. Vielhaber: 41 f.), in folgender Weise:

Personalkosten	24 x	160,- DM	3.840,- DM
Sachkosten	24 x	15,- DM	360,- DM
Bewirtschaftung (bei einer vier- tägigen Verantst.)	4 x	10,- DM	40,- DM
zusammen			4.240,- DM : 10 = 424,- DM

Bei dieser Berechnung ist der Einfachheit halber außer acht gelassen worden, daß in dem zur Demonstration herangezogenen Beispiel ein auswärtiger Dozent die Veranstaltung durchführt. In diesem Fall ist die Hochschule - so eine Auslegung des HSGebG - nicht an 160,- DM pro Stunde zur Berechnung des Personalaufwands gebunden. Verbindlich sei in diesem Fall nur, daß alle Ausgaben, einschließlich des frei aushandelbaren Honorars, gedeckt werden.

²⁰ Die Anwendung der allgemeinen Gasthörergebühr nach § 2 HSGebG auf Weiterbildungsveranstaltungen kommt nicht in Betracht, sondern nur die grundsätzlich kostendeckend zu bemessende Besondere Gasthörergebühr nach § 2 a HSGebG. Insoweit haben Hochschulen bei expliziten Weiterbildungsveranstaltungen keine Wahlfreiheit zwischen § 2 und § 2 a.

Einen generellen Verzicht auf die Teilnehmergebühr rechtfertigt allein der Hinweis auf die den Lehrern obliegende Pflicht zur Fortbildung nicht. Von der Anwendung des HSchGebG ausgenommen sind Veranstaltungen der Lehrerfortbildung nach einer Mitteilung des Ministers für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen auf eine entsprechende Anfrage der Ruhr-Universität Bochum nur dann, "...wenn

- Ziel und Zweck durch die Dienststelle der teilnehmenden Bediensteten bestimmt worden sind,
- die Teilnehmer durch die Dienststelle bestimmt und für die Teilnahme abgeordnet und die Teilnahme als Tätigkeit im Hauptamt oder als auf Veranlassung des Dienstherrn ausgeübte Nebentätigkeit ausgestaltet ist" (Az.: II B 6 - 8070 -).

Die Tendenz, Teilnehmerbeiträge auch für Weiterbildungs-Veranstaltungen in Erwägung zu ziehen, die bisher traditionell unentgeltlich angeboten werden, ist auch bei Hochschulen zu beobachten, die (noch) nicht durch rechtliche Vorschriften dazu angehalten sind. Die Universität Bayreuth z. B. teilt mit, daß sie derzeit Lehrerfort- und Weiterbildungsmaßnahmen für die Teilnehmer unentgeltlich durchführt und die anfallenden Sachausgaben aus den allgemeinen Haushaltstiteln der Universität bestreitet. "Es wird jedoch geprüft, ob in Zukunft von den Teilnehmern der Veranstaltungen Gebühren erhoben werden müssen - über entsprechende Richtlinien wird derzeit in den zuständigen Universitätsgremien beraten".

Diese und ähnliche Feststellungen sind deutliche Anzeichen dafür, daß die bestehenden Gebühren- und Entgeltregelungen allmählich flächendeckend zu greifen beginnen und daß auch in Bundesländern ohne diesbezügliche rechtliche Vorschriften Hochschulen zur Finanzierung von Weiterbildungsangeboten mehr und mehr Teilnehmerbeiträge heranziehen. Es ist absehbar, daß der Anteil hochschul-finanzierter, für die Teilnehmer unentgeltlicher Angebote hochschulischer Weiterbildung auf eine vernachlässigbare Größe zurückgehen wird. Um so wichtiger ist es, daß die normativen Regelungen flexible und leicht handhabbare Instrumente zu zielgruppen- und themenspezifischen Festsetzung von Teilnehmerbeiträgen vorsehen, damit sich nicht bestimmte Kategorien wissenschaftlicher Weiterbildung, wie z. B. die Lehrerfortbildung, überhaupt das meiste aus den geisteswissenschaftlichen Disziplinen, aber auch aus den naturwissenschaftlichen Bereich manche forschungsnahen, aber nicht unmittelbar anwendungsorientierten Angebote, mangels zahlungskräftiger Klientel zurückentwickeln. Einer der Gesprächspartner aus der Hochschule, der diese Gefahr durch eine möglichst wenig reglementierte Finanzierungspraxis vermindert sehen möchte, sagte in bezug auf die Lehrerfortbildung und schloß dabei ähnlich gelagerte andere Felder der wissenschaftlichen Weiterbildung mit ein: "Wenn wir unser bescheidenes Kontaktstudienangebot für die Lehrer hier in der Hochschulregion mit Gebühren versehen würden, würden natürlich diese Teilnehmer nicht mehr in dem Maße an die Hochschule kommen wie bisher. Es ist aber das Interesse der Hochschule, gerade den Austausch mit diesen Praktikern zu haben." Ein anderer, zuständig für die Zentralstelle für Weiterbildung einer Technischen Universität, der fast nur mindestens kostendeckende Teilnehmerbeiträge berechnet und damit einen Jahres-"Umsatz" von 500 bis 600 Tausend DM verzeichnet, sieht bei der Auflage kostendeckender Teilnehmergebühren keine Chance für die geisteswissenschaftliche Weiterbildung. Beide sehen die Lösung in einer flexiblen Finanzierungspraxis, die es erlaubt, in einigen Bereichen marktübliche Preise zu berechnen, in anderen aber notgedrungen Defizite zu erwirtschaften. Das Gesamtergebnis könnte dennoch kostenneutral sein und zusätzlich einen finanziellen Anreiz bieten.

5.3 Das Modell der Finanzierung über Teilnehmerbeiträge

5.3.1 Angebote in der Trägerschaft der Hochschule

So wie sich der Stellenwert des Modells der öffentlichen Finanzierung hochschulischer Weiterbildung allen Anzeichen nach in der Praxis zurückentwickelt, erhöht sich gleichzeitig die Bedeutung kostenneutraler Finanzierungspraxis. Ausschlaggebend für diese Entwicklung sind mehrere Faktoren. Die knappen Mittel der verfügbaren öffentlichen Haushalte sowie der Anreiz, über Weiterbildungsangebote zusätzliche Mittel für die Hochschule zu erwirtschaften, sind ebenso zu erwähnen wie rechtliche Grundsätze und das Verlangen von privaten Trägern wissenschaftlicher Weiterbildung, hochschulische Weiterbildung dürfe nicht unter wettbewerbsverzerrenden Bedingungen angeboten werden.²¹

Auch wenn abzusehen ist, daß unentgeltliche, also rein hochschul-finanzierte wissenschaftliche Weiterbildung nur noch eine untergeordnete Rolle spielen wird, bedeutet dies keineswegs, daß an ihrer Stelle überwiegend nur durch Teilnehmerbeiträge finanzierte Angebote treten werden. Diese dürften bis auf weiteres ein Sonderfall der in Trägerschaft der Hochschulen veranstalteten wissenschaftlichen Weiterbildung bleiben. Dies schon aus dem Grund, daß (wie bereits erwähnt) die notwendigen Vorleistungen der Hochschule bis zum Zustandekommen eines Weiterbildungsangebotes in der Regel kaum als Kosten zu bestimmen und auf die Teilnehmer abzuwälzen sind, sofern dies überhaupt angestrebt wird.²² Ferner ist damit zu rechnen, daß selbst auf der Basis zusätzlicher Kosten kalkulierte Teilnehmergebühren in der Praxis nur schwer, allenfalls bei kurzfristigen Veranstaltungen für entsprechend zahlungsfähige Klientel, durchzusetzen sein werden. Von entsprechender Erfahrung wird bereits von den Hochschulen berichtet.

Bei umfangreichen Weiterbildungsstudien dürfte vollständige Finanzierung über Teilnehmerbeiträge nur in der Weise zu erreichen sein, daß sich finanzstarke interessierte Institutionen bereitfinden, einen wesentlichen Finanzierungsbeitrag zu leisten. Ein Beispiel für dieses Modell ist das "Weiterbildungsstudium Kautschuktechnologie" der Universität Hannover, das in der Zusammenarbeit von Fachbereichen der Universität und der Kautschuk verarbeitenden Industrie (ursprünglich als Modellversuch) zustande gekommen ist und durchgeführt wird. Der besondere Charakter dieses mit abwechselnden Berufs- und Studienphasen 12 Monate dauernden Angebots zeigt sich vor allem darin, daß es, mit dem vorrangigen Ziel des Transfers aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse, auf sehr genau definierte Bedürfnisse eines Industriezweiges zugeschnitten ist. Unbeschadet der bei der Hochschule liegenden Verantwortung für dieses Weiterbildungsstudium sind 13 der insgesamt 18 betreuenden Dozenten Praktiker aus der einschlägigen Industrie. Die Zahl der Teilnehmer ist begrenzt (lt. HIS-Umfrage 24 Teilnehmer); es existiert eine Vormerkliste von Bewerbern, die von den sie beschäftigenden Firmen ausgewählt werden. Mit den Firmen sind voll kostendeckende Zuwendungen ausgehandelt worden. (Daß an derselben Universität, die dieses durch Teilnehmerbeiträge finanzierte Weiterbildungsstudium anbietet, zugleich das (im vorigen Abschnitt erwähnte) hochschul-finanzierte "Weiterbildungsstudium Arbeitswissenschaft" durchgeführt wird, ist ein deutliches Zeichen für die Themen- und Zielgruppen-Abhängigkeit der Finanzierungspraxis.)

Als weiteres Beispiel für die zu beobachtende Tendenz zur privaten Finanzierung bei Themen und entsprechenden Zielgruppen der grob umrissenen Kategorien Produktion, Absatz, Management, Personal-

²¹ Hierzu vgl. auch Mestmäcker: 75 f., 84 f.

²² Im Hinblick auf die Bemessung von Teilnehmergebühren schreibt Edding: 14: "Volle Kostendeckung wird in der Regel nicht angestrebt, zumal das Rechnungswesen der Hochschulen nicht die Kosten erfaßt, sondern nur die Ausgaben. Die zusätzlichen Ausgaben, die durch das weiterbildende Studium entstehen, sind unsicher zu kalkulieren, der Anteil an Gemeinkosten (einschließlich Forschung und Abschreibungen?) dagegen nicht."

und Verhandlungsführung sowie technisch-naturwissenschaftliche Forschung seien die Weiterbildungsveranstaltungen der **Technischen Universität Braunschweig** genannt, deren Durchführung überwiegend von der Zentralstelle für Weiterbildung dieser Hochschule organisiert wird. Von insgesamt 19 aus der TU Braunschweig im Rahmen der o. e. HIS-Untersuchung genannten punktuellen Einzelveranstaltungen wurden laut Angaben 16 ausschließlich durch Teilnehmerbeiträge finanziert, wobei selbstverständlich vom zusätzlichen Finanzierungsbedarf auszugehen ist. Lediglich einige Titel, Umfang in Stunden und, sofern bekannt, Teilnehmerentgelte dieser ein- bis viertägigen Veranstaltungen seien hier zur Veranschaulichung genannt.

- a) Zyklonenabscheider zum Trennen disperser Systeme
b) Mehrphasenstörungen 1
24 Stunden
- Einführung in die CAD/CAM-Technik
20 Stunden
- Verhandlungsführung und Überzeugungstechnik
30 Stunden
Teilnehmerentgelt einschl. Unterbringung, Verpflegung und Seminarunterlagen: 790 DM bis 865 DM (je nach Unterbringung)
- Biopharmazie
15 Stunden
- Grundwasserbeschaffenheit in Niedersachsen unter besonderer Berücksichtigung des diffusen Nitratreintrages
14 Stunden
Teilnehmerentgelt einschl. Seminarunterlagen: 250 DM (Behörden und Hochschulen 150 DM)
- Chinesisch. Sprache und Landeskunde für den wirtschaftlichen Kontakt mit China
30 Stunden
- Industrielle Lasieranwendung und Lasersicherheit (in Zusammenarbeit mit der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt)
14 Stunden
Teilnehmerentgelt einschl. Seminarunterlagen: 480 DM
- Selbstmanagement. Arbeitstechniken - Zeitmanagement - Planungsstrategien
14 Stunden
Teilnehmerentgelt einschl. Seminarunterlagen u. Verpflegung: 610 DM
- Neue Absatzstrategien für die Bauwirtschaft
12 Stunden

Kennzeichnend für diese Veranstaltungen ist, daß die Dozenten zu einem großen Teil aus der Praxis kommen, wodurch nicht zuletzt der unmittelbare Anwendungsbezug gewährleistet wird.

Wie im Falle des "Weiterbildungsstudiums Kautschuktechnologie" erhalten die Dozenten aus der eigenen Hochschule keine Vergütung für ihre zusätzliche Lehrleistung in den Veranstaltungen der Weiterbildung. Für die Honorierung der externen Dozenten gibt es keine einheitliche Richtlinie. Übereinstimmend mit entsprechenden Äußerungen aus anderen Hochschulen wird jedoch aus Braunschweig berichtet, daß für die externen Dozenten das Honorar im Vergleich zu dem "Prestige", im Rahmen einer wissenschaftlichen Veranstaltung der Hochschule referieren zu können, einen relativ geringen Stellenwert besitzt. Nicht alle externen Dozenten der Veranstaltungen der TU Braunschweig erhalten ein Honorar; in manchen Fällen sogar müssen die Dozenten, wie es heißt, einen Teilnehmer-Beitrag zahlen.

Untere Bemessensgrundlage für die sehr unterschiedlichen Entgelte, die von der Zentralstelle für Weiterbildung der TU festgesetzt werden, ist Kostendeckung, wobei die Vorstellungen der wissenschaftlich Verantwortlichen in bezug auf die Höhe des Entgelts möglichst berücksichtigt werden. Wird z. B. von dieser Seite ein möglichst geringes Entgelt gewünscht, so wird die Veranstaltung mit minimalem Aufwand vorbereitet und durchgeführt. In anderen Fällen könnten die Entgelte so angesetzt werden, daß bei genügend hoher Teilnehmerzahl auch ein Überschuß erzielt wird. Ein einheitliches Schema zur Festsetzung der Entgelte existiert nicht; es wird für überflüssig erachtet und aus Sorge, daß es nur starre Reglementierung einführen würde, abgelehnt.

Eine teilnehmerbezogene Staffelung der Entgelte ist in Braunschweig möglich, wenn auch nicht allgemein geregelt. Für Mitglieder der Hochschule sowie der ggf. kooperierenden bzw. in besonderer Weise angesprochenen Institutionen wird von Fall zu Fall ein ermäßigtes Entgelt vorgesehen. Bei Bedürftigkeit von Bewerbern wird das Entgelt nach Einzelprüfung ebenfalls reduziert und in Ausnahmefällen (z. B. bei Arbeitslosigkeit) erlassen. Weil für solche Fälle keine kompensatorischen Mittel - z. B. im Hochschulhaushalt oder vom Arbeitsamt - verfügbar sind, beeinträchtigt jede Ermäßigung die Erzielung kostendeckender Einnahmen.

Zur Verbuchung der Einnahmen und der Ausgaben für Zwecke der Weiterbildung ist im niedersächsischen Landeshaushalt für die TU Braunschweig - nicht für alle Hochschulen des Landes - eine Titelgruppe (74) eingerichtet worden. Damit wird vom Land, welches selbst keine Gebühren- bzw. Entgeltregelung erlassen hat, anerkannt, daß die Hochschule nach eigenem Ermessen die Finanzierung der Weiterbildung über Teilnehmerentgelte sicherstellt.²³ Sofern Überschüsse erzielt werden, partizipieren daran auch die an den jeweiligen Veranstaltungen beteiligten Institute, die auf diesem Wege (Titel 547 74-5 Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben) z. B. zusätzliche Beschaffungen tätigen können. Bei Kooperationen mit anderen Einrichtungen, z. B. mit dem VDI, gibt es auch Vereinbarungen, wonach der Kooperationspartner Investitionen vornimmt und das finanzielle Risiko (mit) übernimmt. In diesen Fällen ist mit dem Kooperationspartner vereinbart, daß er an evtl. Überschüssen zu beteiligen ist.

5.3.2 Externe Einrichtungen der Hochschulen

Angesichts der in der Bundesrepublik Deutschland stark entwickelten innerbetrieblichen wie außerbetrieblichen Weiterbildungsstruktur auch auf wissenschaftlichem Niveau ist die Frage nach der Zielbestimmung berufsbezogener wissenschaftlicher Weiterbildung durch die Hochschulen gestellt worden. Als eine mögliche Antwort hierauf wurde eine Differenzierung von Weiterbildungsinteressen der Beschäftigten einerseits und der Beschäftigten andererseits angenommen (vgl. Bartz: 16 ff.). Dem Interesse der Be-

²³

Dies trifft auch auf Hessen zu.

schäftiger an "spezialisierten berufspraktischen Inhalten" und an der "Vermittlung neuesten, direkt umsetzbaren Wissens" stünde das Bedürfnis der Beschäftigten gegenüber, "sich neue oder andere Qualifikationen mit entsprechenden Abschlüssen zu schaffen, um damit Aufstiegsmöglichkeiten in andere Berufe zu schaffen." Während dem Interesse der Beschäftigten durch die vorhandenen inner- wie außerbetrieblichen Weiterbildungsstrukturen bereits zur Genüge Rechnung getragen würde, "käme die im Interesse der Beschäftigten liegende Weiterbildung bisher zu kurz". Diese Lücke könnte von den Hochschulen durch "längerfristig angelegte, thematisch breite Angebote" gefüllt werden (ebd.).

Es ist hier nicht die Stelle, die Plausibilität dieses Vorschlags einer Arbeitsteilung zwischen hochschulischer und hochschulexterner berufsbezogener Weiterbildung zu diskutieren.²⁴ Zu konstatieren ist allerdings, daß sich die Hochschulen auf einen solchen modus vivendi nicht eingelassen haben und sich beim Ausbau ihrer Weiterbildungsaktivitäten keinesweges mit "längerfristig angelegten, thematisch breiten Angeboten" beschieden haben. Sie haben vielmehr auch Programme kurzfristiger Weiterbildungsveranstaltungen mit sehr konkretem Anwendungsbezug entwickelt und mit Erfolg durchgeführt, wofür die oben zitierten Beispiele aus der TU Braunschweig, die an vielen anderen und nicht nur Technischen Hochschulen Parallelen finden, als Beleg angeführt werden können.²⁵

Darüber hinaus haben inzwischen eine Vielzahl von Hochschulen, darunter besonders viele Fachhochschulen, (zusätzlich) hochschulexterne Weiterbildungseinrichtungen gegründet, um dem Beispiel so traditionsreicher Vorbilder, wie dem Haus der Technik in Essen und der Technischen Akademie Esslingen, folgend, frei von vor allem finanziellen innerhochschulischen Restriktionen sich genau jener Weiterbildung anzunehmen, die nach dem Vorschlag von Bartz den bereits funktionierenden Einrichtungen inner- wie außerbetrieblicher Weiterbildung vorbehalten bleiben sollte. Manche Hochschulen sehen in der gegenwärtigen und in absehbarer Zeit sich kaum verbessernden Situation der Auslastung der Lehrkräfte, die eine hauptamtliche Weiterbildungstätigkeit der Dozenten nicht erlaubt, in der Gründung externer Einrichtungen den einzig gangbaren Weg zur Beteiligung an wissenschaftlicher Weiterbildung. Als eines der aktuellen Beispiele sei die Fachhochschule München genannt. Mit der Gründung des "Instituts für Technologie- und Wissenstransfer an der Fachhochschule München (ITW FHM) e.V.", die im Juli 1989 stattfand, erhofft man sich, "die erfolgreiche Nebentätigkeit der Hochschullehrer enger an die Hochschule zu binden" (Interview).

Auf die Problematik einer auf diesem Wege stattfindenden "Auslagerung" der Weiterbildung aus der Hochschule kann hier nicht eingegangen werden. Die Frage, ob es sich bei einer solchen Konstruktion überhaupt noch um von der Hochschule getragene Weiterbildung handelt, läßt sich nicht pauschal beantworten. Bei Einrichtungen, die sich stark verselbständigt haben, an deren umfänglichem Angebot Dozenten aus den Gründer-Hochschulen nur in geringem Maße beteiligt sind und deren Programme kaum das Wissenschaftsprofil "ihrer" Hochschulen abbilden, wird die Antwort anders ausfallen als bei Trägerorganisationen, die eine enge Bindung an die Gründer-Hochschule aufweisen. Allen diesen externen Einrichtungen gemeinsam ist allerdings, daß sie durch eine Form der rechtlichen Verselbständigung²⁶ die Rahmenbedingungen für eine private, im Sinne von für die Gründer-Hochschulen kostenneutrale, Finanzie-

²⁴ Für eine Zurückhaltung der Hochschulen vom bereits etablierten Weiterbildungsmarkt und für hochschulspezifische Weiterbildungsangebote, die durch Forschungsbezug, Studiencharakter und damit durch Längerfristigkeit charakterisiert wären und somit nicht in einen (Verdrängungs-)Wettbewerb mit kurzfristigen Angeboten privater Weiterbildungsträger treten würden, führen auch Vertreter der Hochschul-Weiterbildung Gründe an. Vgl. z. B. Wittpoth.

²⁵ Mit hochschulischer Weiterbildung wird neben umfassender beruflicher Qualifikation vorrangig auch das Ziel verfolgt, berufsbezogenes Spezialwissen zu vermitteln. Vgl. Holtkamp/Kazemzadeh: 52 ff.

²⁶ Bezüglich einer übersichtlichen Darstellung verschiedener Rechtsformen, vgl. Bartz: 130 f.

rung von Weiterbildungsangeboten schaffen.²⁷ Im folgenden werden drei der mit Hochschulen stärker verbundenen externen Trägerinstitutionen exemplarisch vorgestellt.

a) Verein zur Förderung der wissenschaftlichen Weiterbildung e.V.

Obwohl der Name dieses Vereins eine hochschulische Anbindung nicht erkennen läßt, besteht dies dennoch in einer sehr direkten Beziehung, und zwar zur Universität Hamburg. Der Verein ist 1984 von Mitgliedern der Universität gegründet worden. Eine enge Verbindung zur wissenschaftlichen Weiterbildung an der Universität ist von den Gründern ebenso intendiert wie das Vermeiden einer Verselbständigung des Vereins. U. a. durch zwei Regelungen in der Satzung wird dies gewährleistet: "durch die Verbindung der Funktion eines stellv. Vorsitzenden mit dem Amt des Präsidenten der Universität" sowie durch die Beschreibung der Vereinsaufgabe u. a. als "Förderung der wissenschaftlichen Weiterbildung an der Universität Hamburg durch ...die Gewährung finanzieller Unterstützung für Weiterbildungs-Vorhaben der Universität..."²⁸

Das Arbeitsprogramm des Fördervereins, welches als einen Schwerpunkt Weiterbildung für arbeitslose Hochschulabsolventen vorsieht, ist noch nicht voll entwickelt. "Zukünftig ist daran gedacht, auch weiterbildende Veranstaltungen für Berufstätige unter dem Dach des Vereins anzusiedeln, wenn dadurch eine organisatorische, administrativ oder finanziell flexiblere Gestaltung möglich wird, als es im Rahmen der Universität machbar ist" (a.a.O.: 89, Hervorhebung nicht im Original). Der Leiter der Arbeitsstelle für wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Hamburg (der Zentralstelle, über die der Hauptteil des Weiterbildungsangebotes der Universität Hamburg abgewickelt wird) betont den Aspekt der Zweckmäßigkeit bei der Gründung einer externen Einrichtung wie des Fördervereins. Für manche (nicht alle) Projekte sei der privatrechtliche Rahmen geeigneter als der öffentlich-rechtliche der Universität. "Wir wollen die Möglichkeit haben, ... außerhalb der Beschränkungen der Landeshaushaltsordnung, der Gebührenordnung und der Honorarordnung Dinge, von denen wir meinen, daß sie durchaus in die Universität gehören, in einem flexibleren Rahmen ausprobieren können, und wenn es eines Tages möglich ist, in den Schoß der Universität zurückführen" (Interview). Zu den flexibleren Rahmenbedingungen gehört z. B., daß man Dozenten, die für den in der Universität möglichen Vergütungssatz nicht zu bekommen sind ("z. B. Therapeuten, Psychoanalytiker...die kriegen wir nicht für 55 DM" - Interview), höhere Honorarsätze zahlen kann.

Zur Finanzierung seiner Aufgaben soll der Verein u. a. Mittel aus Einnahmen von Weiterbildungsveranstaltungen, für die Teilnehmerentgelte erhoben werden, aufbringen. Die Höhe der Entgelte richtet sich nach dem Kostendeckungsprinzip. Eine Staffelung der Entgelte mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Teilnehmer erübrigt sich zumindest insoweit, als bei den Programmen zur Förderung der Berufschancen arbeitsloser Hochschulabsolventen die Entgelte vom Arbeitsamt nach § 34 AFG erstattet worden sind und davon auszugehen ist, daß dies auch in der Zukunft geschieht.

²⁷ Der Begriff der privaten Finanzierung ist bei den externen Einrichtungen insoweit mit Vorbehalt anzuwenden, als diesen, anders als den Hochschulen, möglich ist, Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz zu beanspruchen, und im übrigen für sie auch sonstige Förderungen der öffentlichen Hand nicht ausgeschlossen sind. Von der Finanzierungsmöglichkeit nach AFG wird denn auch, sofern die Bedingungen erfüllt sind, Gebrauch gemacht.

²⁸ Freese/Vogt: 83 f. Trotz ihrer engen Anbindung an die Universität Hamburg ist der Verein grundsätzlich offen für die Förderung der Weiterbildung auch anderer Hamburger Hochschulen.

b) *Institut für Weiterbildung an der Fachhochschule Kiel*

Eine im Vergleich zum Hamburger Förderverein noch engere Hochschul-Anbindung gewährleisten Rechtsstellung und Organisation dieser der FH Kiel angegliederten Einrichtung. Der Prorektor der Fachhochschule ist qua Amt Institutsleiter; er erstellt das Jahresprogramm. Die Aufgabe besteht darin, "Weiterbildungsangebote entsprechend dem Bildungsauftrag der Fachhochschule Kiel zu entwickeln und anzubieten" (§ 2 der Satzung).

Das der Aufsicht der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur des Landes Schleswig-Holstein unterstellte Institut trägt sich durch eigene Einnahmen. Über einen Anteil von 80 % der Einnahmen verfügt das Institut; "20 v. H. ... fließen dem Landeshaushalt zur teilweisen Deckung der allgemeinen Kosten zu" (Vermerk zur Titelgruppe 64 des FH-Kapitels im Landeshaushalt).

"Das Institut erhebt auf der Grundlage einer Entgeltregelung... (s. Abschnitt 5.11 dieses Berichts) oder einer Verordnung Entgelte und Gebühren" (§ 6 Abs. 2 der Satzung). Als ein Beispiel dafür, daß man bestrebt ist, weitere Finanzierungsquellen zu erschließen, können die Werbeanzeigen genannt werden, die in das Programmheft aufgenommen worden sind.

Obwohl das Institut erst 1988 gegründet wurde und in einer wirtschaftlich und technologisch im Bundesvergleich nicht überdurchschnittlich entwickelten Region angesiedelt ist, hat es bereits eine rege Weiterbildungsaktivität entwickelt. Das Programm 1989/90 mit den Schwerpunkten Technik, EDV, Wirtschaft, aber auch mit Angeboten zu Sozialwesen, Landbau und Architektur/Bauwesen weist über 70 Einzeltitel aus. Allerdings kamen bislang aufgrund der unzureichenden personellen Ausstattung der Geschäftsstelle nur etwa ein Drittel der Veranstaltungsangebote auch zustande. Das Weiterbildungsangebot wird grundsätzlich nur mit Dozenten der Fachhochschule Kiel, die hier im Nebenamt tätig werden, durchgeführt.

Die Teilnehmerentgelte richten sich nach den Bemessungsvorgaben der vom Ministerium erlassenen Entgeltregelung. Diese sieht für die Festsetzung der nach voraussichtlicher Personal- und Sachausgaben zu bemessenden Entgelthöhe insoweit einen Spielraum vor, als die Unterschreitung der Bemessungsgrundlage bei einer Veranstaltung unter der Bedingung zugelassen wird, daß durch entsprechende Überschreitung bei anderen Veranstaltungen der Ausgleich hergestellt wird.

Auf diesen Spielraum sowie auf die erwartete Teilnehmerzahl und die veranstaltungsspezifischen Sachkosten - Faktoren, die von Veranstaltung zu Veranstaltung variieren können - ist die Spannweite der Entgeltsätze zurückzuführen, die von knapp 11 DM bis 34 DM pro Teilnehmer-Stunde reicht. Als Beispiele für diese Spannweite seien genannt:

- Beurteilung von Grünland hinsichtlich des Ertrages und der Qualität
7 Unterrichtsstunden
Teilnehmerentgelt: 75 DM
- CAD-Einführung in das zweidimensionale Konstruieren/Schlumberger CAD/CAM-Bravo 3
40 Unterrichtsstunden
Teilnehmerentgelt: 1.345 DM

Zwischen diesen Extremen sind häufig Entgeltsätze von 16 DM und 19 DM pro Teilnehmer-Stunde zu finden.²⁹ Der Leiter des Instituts bezeichnet die Entgelte im Vergleich zu Teilnehmerbeiträgen, die von anderen Trägern verlangt werden, als eher gering. Allerdings könne man sich schon wegen der unterschiedlichen Klientel des Instituts (häufig FH-Absolventen mit entsprechenden Vorkenntnissen, (noch) keine Führungskräfte) und der anderer Träger (tendenziell Führungskräfte ohne entsprechende Vorbildung) nicht die Marktpreise zum Maßstab nehmen. Für die Zukunft sei jedoch eine Entwicklung stärker in Richtung markt- und kundenorientierter Angebotsstrukturen mit entsprechenden Preisen denkbar.

c) *Institut für Technische Weiterbildung (ITW) Berlin e.V.*

Die beiden vorgenannten Beispiele "externer" Einrichtungen kennzeichnen eine durch Gründungsinitiative, Zielsetzung und Organisation bewußt gewollte enge Hochschulbindung und Vorkehrungen zur Vermeidung ihrer Verselbständigung. In bezug auf das ITW trifft das Merkmal der Hochschulverbundenheit bzw. -abhängigkeit in nicht ganz so starkem Maß zu. Die "Partner-Hochschule" ist die Technische Fachhochschule (TFH) Berlin, mit der das ITW laut Satzung bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben eng zusammenarbeitet.³⁰ Auch die Mitgliedschaft des FH-Präsidenten im Institutsvorstand sowie die Geschäftsführung durch TFH-Mitglieder unterstreicht die Verbindung von Institut und Fachhochschule. Dennoch ist die vergleichsweise größere Unabhängigkeit des Institutes von der FH unverkennbar, z. B. daran, daß bereits bei der Gründung auf Beschluß des Senats von Berlin (1967) eine Trägerschaft auch von Wirtschaftsverbänden und Unternehmen intendiert war. Zu den Mitgliedern des Vereins gehören denn auch zahlreiche namhafte und auch weniger bekannte Firmen, die IHK sowie die Handwerkskammer Berlin, Verbände und der Senat von Berlin.

Insgesamt steht eine an Bedürfnissen der Wirtschaft und Industrie orientierte Angebotspalette des Instituts, die im übrigen dem Fächerspektrum der TFH entspricht, im Vordergrund. Darüber hinaus werden "in Koordination mit dem Arbeitsamt Berlin Qualifizierungsmaßnahmen für arbeitslose Akademiker durchgeführt, die ihnen einen neuen Berufsbeginn ermöglichen." Der beträchtliche Umfang der Lehrleistung des Instituts wird für das Jahr 1988 mit "insgesamt ca. 350.000 Teilnehmer-Stunden" angegeben (Informationsschrift des ITW).

Anders als im Falle des Instituts für Weiterbildung an der Fachhochschule Kiel werden die Veranstaltungen des ITW nicht ausschließlich mit Dozenten der TFH Berlin durchgeführt, sondern in hohem Maße mit externen Lehrkräften. Der, am finanziellen Volumen gemessen, mit Abstand größte Teil (über 80 %) der Weiterbildungsleistung des Institutes wird im Auftrag von Firmen als individuelle Seminare in den Firmen durchgeführt. Hierfür hat der Instituts-Direktor den Begriff "Weiterbildungs-Maßanzug" geprägt. Mit diesem Schwerpunkt versteht sich das Institut auch als ein Träger für die innerbetriebliche Weiterbildung. Die Zuwendungen der Firmen werden von Fall zu Fall frei vereinbart, wobei die Kosten, einschließlich Gemeinkosten und Reinvestitionsbedarf, zugrundegelegt werden. Ein gewisser Ausgleich findet zwischen diesen "in house"-Angeboten und den allgemeinen, offenen Veranstaltungen, die tendenziell defizitär sind, statt. Die Teilnehmerbeiträge der letzteren sind vergleichbar mit den für das Kieler Institut

²⁹ Verwiesen sei an dieser Stelle auf eine Darstellung von Bartz: 112 ff. zur "Kalkulation der Teilnehmergebühren", deren Parameter nicht nur für externe Einrichtungen beachtenswert sind. Die "Kalkulation..." ist im Anhang 8.2 dieses Berichts wiedergegeben.

³⁰ An der TFH Berlin besteht außerdem eine Zentraleinrichtung "Fernstudieninstitut der Technischen Fachhochschule Berlin", die nach der "Ordnung für die Weiterbildung an der Technischen Fachhochschule Berlin" neben den Fachbereichen für die Durchführung von Weiterbildungsveranstaltungen zuständig ist.

aufgezeigten Entgeltsätze und liegen teilweise noch darunter. Insgesamt ist das ITW, das über seine Einkünfte frei verfügt, finanziell in der Lage, sich ohne Zuschüsse Dritter zu tragen und die notwendigen Investitionen zu tätigen.

Daß die Teilnehmerbeiträge und die Firmenzuwendungen unterhalb der marktüblichen Preise liegen, wird mit dem gemeinnützigen Charakter des Instituts und seiner öffentlichen Aufgabe begründet. Es sei, vor allem im Interesse der privaten Teilnehmer, nicht vertretbar, marktübliche Preis z. B. in Höhe von 1.000 DM pro Tag für einen Marketingkurs zu nehmen, wenn die Kosten auch mit 300 DM gedeckt werden. Allerdings könne man, um die Teilnehmerbeiträge akzeptabel zu halten, keine Dozentenhonore in einer Höhe gewähren, wie sie von den großen Wirtschaftsunternehmen gezahlt werden.

5.4 Das Modell der Mischfinanzierung

In seinen "Empfehlungen zur Weiterbildung an den Hochschulen" hat der Wissenschaftsrat 1983 ein aus privaten und öffentlichen Mitteln zusammengesetztes Finanzierungsmodell besonders hervorgehoben: Zur Durchführung von Weiterbildungsveranstaltungen sollte Fachbereichen "...ein Teil der hierfür notwendigen Ausstattung mit Personal und Sachmitteln aus dem Hochschulhaushalt kontinuierlich gewährt werden. Die darüber hinaus erforderliche Ausstattung sollte aus Teilnehmergebühren gedeckt werden" (S. 23). Auf diese Weise würde ein besonderer Anreiz für die Weiterbildungsbeteiligung der Hochschulen geschaffen.

Der Gedanke der Mischfinanzierung dürfte so zu verstehen sein, daß in der Regel einzelne Angebote der Weiterbildung durch Haushaltsmittel der Hochschule wie durch private Beiträge der Teilnehmer bzw. der sie entsendenden Institutionen finanziert werden, wobei von Fall zu Fall unterschiedliche Dosierungen der öffentlichen bzw. privaten Mittel denkbar wären. Die Höhe der Teilnehmerbeiträge wäre u. a. abhängig vom Beitrag des Hochschulhaushalts. Aus sozialpolitischer Perspektive diskutieren Gerhard/Radde/Schäfer den Begriff der Mischfinanzierung vor allem im Sinne von gestaffelten Teilnehmerbeiträgen für Zielgruppen unterschiedlicher finanzieller Leistungsfähigkeit. Bei grundsätzlicher gegenseitiger Deckungsfähigkeit "... könnte bei der Kalkulation sowohl ein finanzieller Ausgleich zwischen unterschiedlichen Angeboten als auch innerhalb einzelner Weiterbildungsveranstaltungen realisiert werden ('Pool-Bildung')" (a.a.O.: 23). Der Aspekt der aus sozialen Gründen gestaffelten Teilnehmerbeiträge, der in der vorliegenden Untersuchung in anderem Zusammenhang thematisiert wurde, bildet zwar in der folgenden Darstellung der Mischfinanzierungspraxis nicht den zentralen Bezugspunkt. Grundsätzlich aber bleibt festzuhalten, daß das Modell der Mischfinanzierung auf der Einsicht beruht, daß über punktuelle Einzelveranstaltungen hinausgehende weiterbildende Studienangebote entweder gar nicht zustandekämen (hierfür gibt es bereits Beispiele) oder nur noch für eine exklusive Klientel durchgeführt würden (s. Bsp. "Kautschuktechnologie", Abschn. 5.3), wollte man die Teilnahme nur über voll kostendeckende private Beiträge regeln.

Dort, wo geltende Gebühren- bzw. Entgeltregelungen zu beachten sind, wird in der Praxis häufig zur Vermeidung unzumutbarer Teilnehmerbeiträge jeweils von der unteren Grenze vorgeschriebener Bemessungsgrundlage ausgegangen. So hat die Hochschule für Musik und darstellende Kunst Hamburg zur Einführung des "Kontaktstudiums 'Populärmusik'" "unter Zugrundelegung des Minimalbetrages ... der Gebührenordnung" eine Teilnahmegebühr von 265 DM pro Semester festgesetzt und zugleich der Behörde für Wissenschaft und Forschung mitgeteilt, daß dieser Betrag nicht kostendeckend ist. Begründet wurde die nicht kostendeckende Teilnehmergebühr damit, daß ansonsten "die überwiegende Anzahl potentieller Teilnehmer...von vornherein aus finanziellen Gründen ausgeschlossen (wäre), ein solcher Effekt

würde den Zielen des Kontaktstudiums jedoch zuwiderlaufen". Auch Teilnehmerbeiträge anderer Einrichtungen für vergleichbare Angebote ließen erkennen, daß höhere Beiträge nicht geboten seien (Antrag der Hochschule an die Behörde).

Der Leiter der Arbeitsstelle für wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Hamburg hat bei einem Interview im Rahmen dieser Untersuchung Gründe für eine markt- bzw. zielgruppenorientierte Festsetzung von Teilnehmerbeiträgen angeführt, die durch ein längeres Zitat, welches auch die Finanzierungspraxis generell beleuchtet, hier z. T. wiedergegeben werden. Auf die Frage, nach welchen Kriterien aus der relativ großen Bandbreite möglicher Gebührensätze, die die Gebührenordnung vorgibt (2,- bis 12,50 DM pro Unterrichtsstunde) jeweils zur Berechnung konkreter Teilnehmergebühren ein Gebührensatz ausgewählt und zugrundegelegt wird, antwortete er:

"Das ist immer eine Frage, wie man den Markt einschätzt. Wir haben einige Angebote im Bereich der Psychologie, da wissen wir, daß der Markt hohe Preise verlangt, und da gehen wir mit nach oben mit unseren Forderungen. Und bei "Kriminologie", da wissen wir, die Teilnehmer sind Sozialarbeiter, Vollzugsbeamte und Verwaltungsbeamte, auch Richter und Staatsanwälte, ein breites Spektrum von Berufsgruppen, die hier angesprochen werden. Es sind sehr viele, die es aus eigener Tasche bezahlen müssen. Und in der Regel können sie beruflich keinen unmittelbaren Nutzen daraus ziehen. Sie können nicht, wenn sie den Kontaktstellenbrief erworben haben, sagen: bitteschön, eine Gehaltsstufe mehr. Sie machen das aus eigener Motivation, um sich in dem gesamten Feld von Kriminologie ihre Grundlagen zu verbessern ... Da bleiben wir aus hochschulpolitischen und auch vom Markt her begründeten Gegebenheiten an der unteren Grenze der Gebührenordnung."

"Die weiterbildende Lehre ist ein Sonderfall der Lehre, und in diesem Fall ist die Universität nicht nur Anbieter auf dem Markt. Sie ist es auch, aber sie muß immer auch ihren Auftrag wahrnehmen, d. h. sie muß auch Angebote entwickeln, ... bei denen es nicht nur darum geht, Markt zu machen, sondern Inhalte zu vermitteln, gesellschaftliche Anstöße rauszubringen aus der Universität in die Praxis... Daneben gibt es andere Angebote, wo ich sage, da überwiegt die Marktorientierung, und da müssen wir sehen, was der Markt sonst verlangt auf dem Gebiet an Entgelten und Gebühren ... Das hat gleichzeitig den Hintergrund, daß dadurch möglich wird, Überschüsse, die in einzelnen Weiterbildungsprojekten erzielt werden, zum Ausgleich von Defiziten in anderen Gebieten wieder zu verwenden. Ich nenne dies das Prinzip der internen Subventionierung. Das geht aber auch nur so lange, wie alle Einnahmen gepoolt werden Das konnten wir bisher hier durchhalten, so daß wir immer auch freie Mittel haben ... für die Entwicklung neuer Angebote."

Und auf den Hinweis, daß der Unterschied zwischen den Gebührensätzen der Universität und denen freier Träger z. T. erheblich sei: "Wir haben den Vorteil, daß in unsere Kostenkalkulation die Kosten der Grundausstattung nicht eingehen ... Es gehen nur die zusätzlichen Kosten ein. Lehrkosten gehen in jedem Fall in die Kalkulation ein, ob ein Hochschullehrer sein Deputat dafür einrechnet oder ob ein Lehrauftrag zusätzlich erteilt wird." Und auf den Vorwurf des verzerrten Wettbewerbs: "... wenn man sich die Umstände des Weiterbildungsangebotes im einzelnen ansieht, dann können wir zumindest mit privaten Anbietern nicht konkurrieren. Die haben ganz andere Ressourcen zur Verfügung, um ein angemessenes Weiterbildungsangebot aufzumachen. Das fängt an bei den Räumen. Ich würde sagen, daß 95 % der Seminarräume der Universität für Zwecke der Weiterbildung nicht oder nur sehr eingeschränkt zu nutzen sind ... Da können wir in keiner Weise konkurrieren. Wir haben das Problem gehabt mit ... einem unserer eigenen Räume, der aus meiner Sicht Topqualität hat ... Da haben sich die Teilnehmer nach dem ersten Tag geweigert, wiederzukommen. Da sind wir ausgewichen auf Unterrichtsräume einer Stiftung ..".

Ein weiteres Beispiel der Vermeidung von als Regelfall vorgeschriebenen kostendeckenden Gebühren bietet die am Weiterbildungszentrum der Ruhr-Universität Bochum geübte Praxis. Nicht grundsätzlich anders als bei den oben zitierten Beispielen ist hier die Feststellung gemacht worden, daß "durch den sinnvollerweise großen Umfang des wahrgenommenen Angebotes ... Gesamtkosten für die Teilnehmer entstehen, die niemand mehr bezahlt" und "... ein solches 'Studium' auch nur annähernd kostendeckend anzubieten, ist zum Scheitern verurteilt" (Wittpoth: 30). Als Konsequenz macht man von der nach dem HSGebG NW möglichen Ausnahmeregelung Gebrauch. "Was als Ausnahme gedacht war, ist zumindest bei uns damit beinahe zur Regel geworden..." Indem für die Mehrzahl von Weiterbildungsstudien nach § 2 a Abs. 5 HSGebG Anträge auf Feststellung eines besonderen öffentlichen Interesses gestellt werden, können die Gebühren, soweit der zuständige Fachminister den Anträgen zustimmt, auf 75 DM pro Semester herabgesetzt werden. Andernfalls müßte bereits für eine fünftägige Weiterbildungsveranstaltung mit 40 Unterrichtsstunden bei 15 Teilnehmern eine Gebühr von 470 DM, bei 10 Teilnehmern eine Gebühr von 705 DM erhoben werden (vgl. Vielhaber: 42). Dieses Rechenbeispiel macht im übrigen deutlich, daß in Ermangelung genauerer Verwaltungsvorschriften ein hoher Ermessensspielraum bei der Festsetzung der Teilnehmergebühren gegeben ist. Je nach Annahme der zu erwartenden Teilnehmerzahl bzw. der zu veranschlagenden sächlichen Ausgaben kann die Höhe der Gebühr für eine und dieselbe Weiterbildungsveranstaltung erheblich schwanken.

Angesichts des relativ geringen Betrages von 75 DM pro Semester, der auf diese Weise den Gasthörern berechnet wird, stellt sich allerdings die Frage, ob es sich hier noch um ein Modell der Mischfinanzierung handelt oder ob nicht von tendenziell unentgeltlichen, hochschul-finanzierten Weiterbildungsangeboten auszugehen ist. Zumindest insoweit, als das Weiterbildungszentrum der Ruhr-Universität auch Veranstaltungen durchführt, auf die die Ausnahmeregelung nicht angewandt wird, die Einnahmen aus allen Veranstaltungen in einen Fonds fließen und am Überschuß dieses Fonds alle am weiterbildenden Angebot des Zentrum beteiligten Bereiche der Universität partizipieren, läßt sich eine "institutionelle" Mischfinanzierung von Weiterbildung feststellen.

Wie bereits erwähnt, ist in Nordrhein-Westfalen mit der Einführung der "Besonderen Gasthörergebühr" für die Teilnahme an Veranstaltungen der Weiterbildung die haushaltsrechtliche Vorkehrung dafür getroffen worden, daß die entsprechenden Einnahmen von der Hochschule für Weiterbildungszwecke ausgegeben werden können (Titelgruppe 80). Für die Verwendung der Mittel ist in Bochum ein Verteilungsverfahren entwickelt worden, wonach zunächst ein "Ausgleich für besonderen apparativen Aufwand" für entsprechende Veranstaltungen stattfindet. Die verbleibende Summe wird zwischen dem Weiterbildungszentrum und den am Weiterbildungsprojekt beteiligten Arbeitsbereichen aufgeteilt. Der Anteil des Weiterbildungszentrums richtet sich nach einem jährlich neu zu genehmigenden Bedarfsplan. Die Aufteilung der verbleibenden "Ausschüttungssumme" erfolgt nach "...Anzahl der erbrachten Unterrichtsstunden, und zwar unabhängig davon, ob eine Veranstaltung 'kostendeckend' oder nach der 'Ausnahmeregelung' kalkuliert wurde." Es wird auf die Feststellung Wert gelegt, daß es sich dabei nicht um Honorarzahleungen handelt, sondern um "Sachmitteluweisungen auf der Grundlage erbrachter Unterrichtsstunden" (Christmann: 71).

Auch die Universität Bielefeld kommt ohne die Anwendung der Ausnahmeklausel des HSGebG NW bei der Festsetzung von Teilnehmergebühren nicht aus. So sind anhand einer Modellrechnung für das weiterbildende Studium "Umweltberatung" "kostendeckende" Teilnehmergebühren nach § 2 a HSGebG in Höhe von 1.500,- bis 1.600,- DM pro Semester errechnet worden. Nach Aussage des Weiterbildungsbeauftragten der Universität würde sich der Gesamtaufwand der Teilnehmer bei einer Gebühr in dieser Höhe, einschließlich Aufenthaltskosten in Bielefeld, auf drei bis vier Tausend DM belaufen. Da dies nicht zu realisieren gewesen sei, habe man die Ausnahmeregelung (Feststellung eines besonderen öffentlichen

Interesses nach § 2 a Abs. 5) angewandt. Allerdings hat man in Bielefeld, anders als in Bochum, die Gebührenhöhe nicht auf das Minimum von 75 DM, sondern auf 950 DM pro Semester herabgesetzt.

Die Kontaktstelle Wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Bielefeld betreut zwei weitere Kategorien von Weiterbildungsangeboten, die unter Finanzierungsgesichtspunkten zum Modell der Hochschul- bzw. der Teilnehmerfinanzierung zu rechnen sind: z. B. das Seniorenstudium ("Studieren ab 50") einerseits, das auf der Basis der "Allgemeinen Gasthörergebühr" von 75 DM pro Semester angeboten wird³¹ und die "Fachtagungen", die als 1 1/2-tägige Seminare im privatrechtlichen Rahmen abgehalten werden und mehr als kostendeckend kalkuliert sind, andererseits. Angesichts der hier praktizierten verschiedenen Modelle der Finanzierung wie im Falle Bochum von "institutioneller" Mischfinanzierung zu sprechen, erscheint jedoch nicht angebracht. Denn, abweichend vom Bochumer Modell, erhält in Bielefeld jeder an der Weiterbildung beteiligte Universitätsbereich genau die nach Abzug einer zehnprozentigen Overhead-Pauschale verbleibende Summe der Einnahmen aus seinem Weiterbildungsangebot zur Wiederverwendung für Weiterbildungszwecke; es findet kein Ausgleich zwischen Mehr- und Mindereinnahmen der verschiedenen Veranstaltungen statt.

Die obigen Praxisbeispiele des Modells der Mischfinanzierung stammen aus Ländern, die Gebührenregelungen für die Teilnahme an Weiterbildungsangeboten der Hochschulen erlassen haben. Abschließend werden Beispiele aus Ländern ohne derartige Regelungen zitiert, nämlich das "Kontaktstudium Management" der Universität Augsburg; das Weiterbildungsangebot der Universität Frankfurt "Psychologie in Organisationen", das weiterbildende Studium "Technischer Vertrieb" der Freien Universität Berlin und das "Weiterbildungsprogramm Energieberatung/Energiemanagement" der Technischen Universität Berlin.

Das Kontaktstudium Management der Universität Augsburg zählt zu den renommiertesten Weiterbildungsangeboten bundesdeutscher Hochschulen (vgl. auch Kochs 1989). Nach den Daten der HIS-Erhebung richtet es sich an Führungskräfte aus Wirtschaft und Verwaltung, und in seiner Zielrichtung liegt der Hauptakzent auf der wissenschaftlichen Reflexion beruflicher Probleme, der Erweiterung sozialer Handlungskompetenz und auf innovativer Planung, weniger auf Vermittlung spezieller beruflicher Qualifikationen. Das vollständige Programm, von dem auch einzelne Bausteine belegt werden können, umfaßt 500 Unterrichtsstunden; es handelt sich um ein Präsenzstudium. Die Teilnehmerzahl hat im Laufe der Zeit stark zugenommen. Zum Zeitpunkt der Erhebung (Frühjahr 1988) waren ca. 120 Studierende immatrikuliert, daneben gab es etwa 800 Gasthörer.

Da sich die Teilnehmer als regelrechte Studierende der Universität Augsburg mit allen Rechten und Pflichten immatrikulieren können, gewinnt das Kontaktstudium Management einen mit Studiengängen der Erstausbildung vergleichbaren Status. Vor diesem Hintergrund wird es verständlich, daß es, bis auf Kosten der Arbeitsmaterialien, für die Teilnehmer unentgeltlich angeboten wird. Daß das Kontaktstudium dennoch als ein Beispiel des Modells der Mischfinanzierung zitiert wird, hat seine Berechtigung darin, daß z. Zt. etwa 45 Prozent der angebotsbezogenen Zusatzkosten von der Hochschule und 55 Prozent durch eingeworbene zweckgebundene Finanzspenden bestritten werden. (Der Personaletat der Geschäftsstelle ist im Hochschulhaushalt eingestellt.) Die zusätzlichen Kosten entstehen im wesentlichen durch Dozentenhonorare (Lehrauftragssatz von 38 DM pro Unterrichtsstunde, 380 DM für ein Wochenende), Reise- und Druckkosten.

31

Begründet wird dies damit, daß sich das Angebot im wesentlichen aus Veranstaltungen des Erststudiums zusammensetzt und für die Teilnahme an diesen Veranstaltungen die "Allgemeine Gasthörergebühr" nach § 2 HSGebG NW zu entrichten ist.

Sollte die in Bayern geplante Entgeltregelung (siehe Abschnitt 4.2) verabschiedet werden, müßte für das Kontaktstudium Management und finanziell ähnlich gelagerte Weiterbildungsangebote geprüft werden, ob und ggf. in welcher Höhe die vorgesehene Erhebung von Teilnehmerentgelten durch die Firmenspenden (Drittmittel) abgedeckt und damit entbehrlich wird.

Das weiterbildende Studium "Psychologie in Organisationen" wird vom Fachbereich Psychologie, Institut für Pädagogische Psychologie der Universität Frankfurt angeboten. Es ist als kombiniertes Fern- und Präsenzstudium konzipiert und umfaßt je nach Themenschwerpunkten eines Kurses von Semester zu Semester etwas variierend etwa vier halb- und vier ganztägige Seminartermine mit dazwischenliegenden Fernstudienphasen. Es richtet sich an Führungskräfte und Personalberater und weist - bei inhaltlichen Unterschieden - formal ein ähnliches Zielprofil auf wie das Kontaktstudium Management: Erweiterung sozialer Handlungskompetenz, wissenschaftliche Reflexion beruflicher Probleme bei geringer Betonung der Vermittlung spezifischer beruflicher Qualifikationen. Die begrenzte Teilnehmerzahl liegt bei etwa 40. Die Teilnehmer haben Gasthörer-Status (Neuerdings wird das Angebot auch privat "an der Hochschule" durchgeführt, so daß der Gasthörer-Status entfällt.)

Zum Zeitpunkt der Erhebung im Rahmen der o. e. HIS-Untersuchung wurde eine Mischfinanzierung des Angebotes zu 30 Prozent aus Teilnehmerbeiträgen und 70 Prozent aus Mitteln des Hochschulhaushalts angegeben. Durch eine inzwischen erfolgte Erhöhung des Teilnehmerbeitrages dürfte sich diese Relation zur Entlastung des Hochschulhaushalts verändert haben. Zur Zeit haben die Gasthörer pro Kurs eine Gasthörergebühr von 62 DM und 350 DM für "Seminargebühr und Studienmaterialien" (vormals 250 DM) zu entrichten.

Die Einnahmen, die nach entsprechender haushaltsrechtlicher Vorkehrung durch die Landesregierung von der Hochschule für Zwecke der Weiterbildung verwendet werden können, werden hauptsächlich zur Deckung der Dozentenhonorare herangezogen. Zur Vergütung der im Nebenamt erbrachten Teile der Lehrleistungen wird allerdings der für die Mentoren des Fernstudiums bestimmte Honorarsatz von 33 DM/Unterrichtsstunde für unzureichend erachtet. Die Dozenten des weiterbildenden Studiums, auch Angehörige der eigenen Hochschule, sollen demnächst 50,- DM je Unterrichtsstunde und weitere 50 DM für die Vor- und Nachbereitung einer Unterrichtsstunde als Vergütung erhalten, wobei der rechtliche Rahmen noch festgelegt werden muß.

(Inzwischen liegt die Information vor, daß, wie angedeutet, das Weiterbildungsangebot privatrechtlich an der Hochschule durchgeführt wird und dadurch die teilweise Anrechnung der Lehrleistung der Dozenten auf ihr Deputat nicht möglich ist. Um die Dozentenhonorare voll durch Teilnehmerbeiträge zu decken, ist das Entgelt für den aktuellen Kurs auf 550 DM heraufgesetzt worden.)

"Energieberatung/Energiemanagement" ist ein Weiterbildungsprogramm der Technischen Universität Berlin, dessen Zielgruppe Ingenieure der Energietechnik und Energiewirtschaft sind. Als kombiniertes Präsenz- und Fernstudium umfaßt es etwa 430 Unterrichts- und Bearbeitungsstunden. Die Zielrichtung ist stark durch Vermittlung neuer beruflicher Qualifikationen mit deutlicher wissenschaftsmethodischer Orientierung geprägt. Die etwas rückläufige Teilnehmerzahl lag zur Zeit der HIS-Erhebung bei 70. Die Teilnehmer sind keine Gasthörer und haben auch im übrigen keinen Status als Mitglieder der Hochschule.

Mit einem vergleichsweise hohen Beitrag von je 3.850 DM für das gesamte Programm haben die Teilnehmer zur Deckung von etwa 80 Prozent der Finanzierung beigetragen; den Rest haben Mittel des

Hochschulhaushalts gedeckt. Diese Umfragedaten vom Frühjahr 1988 stellen sich nach einer Auskunft neueren Datums (Interview) für das Jahr 1989 insoweit als verändert dar, als das "Defizit" vom Wirtschaftssenator getragen wurde. Es wird damit gerechnet, daß in der Zukunft etwa zwei Drittel der zusätzlichen Kosten durch Teilnehmerbeiträge zu decken sein werden. Nicht eingerechnet sind dabei Personalkosten für die Betreuung des Programms (ein wissenschaftlicher Mitarbeiter und eine Verwaltungsangestellte), die vom Universitätshaushalt getragen werden. Eine Erhöhung des Teilnehmerentgelts mit dem Ziel der Vollfinanzierung wird für nicht realisierbar gehalten.

An Vertriebsingenieure bzw. Ingenieure mit Vertriebsaufgaben richtet sich das weiterbildende Studium "Technischer Vertrieb", ein kombiniertes Präsenz- und Fernstudienangebot der Freien Universität Berlin mit einem Gesamtumfang von über 600 Unterrichts- und Bearbeitungsstunden. Auch hier dominiert die Vermittlung berufsbezogener Qualifikation die Zielrichtung des Weiterbildungsangebots, jedoch nicht mit wissenschaftsmethodischer Ausprägung wie "Energieberatung...", sondern mit Akzenten auf sozialer Handlungskompetenz und innovativer Planung. Die Aufnahmekapazität ist auf 40 Teilnehmer begrenzt; etwa dreimal soviel Bewerbungen liegen zu jedem Termin vor. Die Teilnehmer haben Gasthörer-Status.

Neben einer Gasthörergebühr von 75 DM sind 1.500 DM als Teilnehmerbeitrag zu entrichten. Damit werden zwar die zusätzlichen Kosten für Honorare an externe Dozenten (nicht sehr üppig, nicht mit Honoraren bei privaten Trägern vergleichbar, wie im Interview mitgeteilt wurde), für Raummieten und Druckkosten gedeckt. Aber der größte Kostenfaktor, nämlich der Personalsatz für die relativ gut ausgestattete Geschäfts- und Betreuungsstelle, wird vom Universitätshaushalt getragen. Auch hier wird eine Heraufsetzung des Entgelts für mit dem Konzept des Angebots unvereinbar erachtet.

6. ERFAHRUNGEN MIT BESTEHENDEN REGELUNGSSITUATIONEN

Es besteht ein relativ breiter Konsens darüber, daß das Modell der Mischfinanzierung den Gegebenheiten der wissenschaftlichen berufsbezogenen Weiterbildung der Hochschulen in der Regel eher gerecht wird, als die Modelle der reinen Hochschul- bzw. der reinen Teilnehmerfinanzierung, auch wenn den beiden zuletzt genannten Modellen die Berechtigung für bestimmte Themenbereiche, Formen und Zielgruppen der Weiterbildung keineswegs abgesprochen wird.³² Schon die Anforderungen, die das Mischmodell der Weiterbildungsfinanzierung für sich, ohne Rücksicht auf die beiden anderen Modelle, an ein Regelungswerk stellt, sind komplexer als entsprechende Anforderungen der beiden anderen Modelle. Dies wird u. a. an der Frage deutlich, wie Teilnehmerbeiträge und Mittel des Hochschulhaushalts bei der Finanzierung einzelner Angebote - von Fall zu Fall natürlich unterschiedlich - dosiert sein sollen.

Vor diesem Hintergrund ein komplettes und geschlossenes Regelungsinstrument ersinnen zu wollen, welches allen Eventualitäten durch Vorabregelung gerecht werden sollte, dürfte an Überreglementierung scheitern. Es ist nicht Aufgabe dieser Untersuchung, konkrete Vorschläge zur Ausgestaltung angemessener Regelungswerke auszuarbeiten, welche nicht nur formalen Anforderungen rechtlicher und wirtschaftlicher Art zu genügen hätten, sondern vor allem den Anreiz zur Wahrnehmung der Hochschulaufgabe "Weiterbildung" verstärken müßten. Statt dessen sollen im abschließenden Teil in Stichworten Erfahrungen wiedergegeben werden, welche bereits mit den geltenden Regelungswerken zur Finanzierung der Hochschul-Weiterbildung gemacht worden sind, aber auch Stellungnahmen derer, die unter relativ regelungsarmen Rahmenbedingungen die Hochschul-Weiterbildung durchführen bzw. organisieren. Hieraus könnten Hinweise für die Verbesserung geltender bzw. für die Gestaltung geplanter Regelungen gewonnen werden.

6.1 Rechtssicherheit und Überreglementierung - Vor- und Nachteile von Finanzierungsregelungen

Die bestehenden Regelungen zur Finanzierung der Hochschul-Weiterbildung einschließlich der Entwürfe in Bayern und Schleswig-Holstein, enthalten genaue Vorschriften zur Berechnung und Erhebung von Teilnehmerbeiträgen für Veranstaltungen der Weiterbildung. Allenfalls implizit bzw. indirekt enthalten sie auch Bezüge zur Finanzierung aus Hochschulmitteln, z. B. in Form von Ermäßigungen bzw. Befreiungstatbeständen. Durch die Heranziehung von Teilnehmern zur Finanzierung der Hochschul-Weiterbildung wird sowohl wettbewerbsrechtlichen Grundsätzen Rechnung getragen (s. Mestmäcker/Veelken) als auch zusätzliche Finanzierungsquellen erschlossen. Aus hochschulpolitischer Sicht allerdings sollen die Regelungsinstrumente im Ergebnis vor allem zu einer verstärkten Beteiligung der Hochschulen an der Weiterbildungsaufgabe führen. Die vorrangig interessierende Frage lautet daher, inwieweit wirken sich Finanzierungsregelungen motivierend undinwiefern eher hemmend auf das Engagement der Hochschulen aus.

Positiv zu vermerken ist in allen Fällen, in denen landeseinheitliche Gebühren- bzw. Entgeltregelungen in Kraft sind, die durch sie geschaffene Rechtssicherheit. Die Verbindlichkeit der Vorschriften zur Erhe-

³²

Auch bei Zugrundelegung wettbewerbsrechtlicher Maßstäbe könnte die Berechtigung rein hochschulfinanzierter, also unentgeltlicher Weiterbildungsangebote der Hochschulen nicht grundsätzlich infrage gestellt werden. Mestmäcker und Veelken, die in ihrem Gutachten zu dem Ergebnis kommen, daß grundsätzlich unentgeltliche Angebote der Hochschul-Weiterbildung rechtlich unhaltbar sind, stellen zugleich fest: "Die Hochschulen sind wettbewerbsrechtlich jedoch nicht gehindert, aus besonderen Gründen und in besonderen Fällen auf ein Entgelt zu verzichten." Zu diesen als "nicht marktfähige Güter" bezeichneten "Sonderfällen" zählen sie u.a. "Leistungen ..., welche von anderen Weiterbildungsträgern nicht angeboten werden" (Mestmäcker/Veelken: 85).

bung von Teilnehmerbeiträgen, zur Bemessung der Beiträge und zu Ausnahmeregeln bieten nicht gering zu schätzende Handlungsorientierungen. Vor allem aus der Sicht derjenigen, die bislang keine Routine in Sachen Weiterbildung entwickelt haben, vermitteln die Regelungen eine Sicherheit, die im allgemeinen bei dieser noch schwach etablierten Hochschulaufgabe gering entwickelt ist. Denn es wird immerhin registriert, daß der Weiterbildungsaufgabe eine, zumindest von der Intention her, tragfähige materielle Basis bereitet wird, daß mit ihr "Ernst" gemacht wird - ganz gleich, wie man zu der Vorstellung von hochschulischer Weiterbildung als marktfähigem Gut, das seinen Geldpreis hat, eingestellt ist.

Mit der Verbindlichkeit der Regelungen geht aber zugleich auch das Problematische einher, nämlich die je nach den Regeln in unterschiedlichem Maße wahrgenommene Rigidität, welche, diesmal vor allem aus der Sicht der Routinierten, geeignet ist, die Weiterbildungsaktivitäten der Hochschulen eher zu behindern denn zu fördern. Es sind die "starren Vorschriften", die beinahe unisono beklagt werden, wenn die vor Ort mit der Organisation der Weiterbildung Befassten nach ihrer Einschätzung gefragt werden. Dabei fällt die Kritik, das sei noch einmal betont, in ihrer Schärfe durchaus unterschiedlich aus. Relativ mild ist die Kritik an den Regelungen in Hamburg und Bremen und richtet sich weniger gegen die Unhandlichkeit der Vorschriften insgesamt, sondern eher gegen einzelne Vorschriften.

Unter den in der Summe eher positiven Bewertungen der Hamburger Gebührenordnung findet sich u. a. die Kritik, der Regelungsrahmen sehe keinen Ausgleich für Mindereinnahmen bei bedürftigen Teilnehmern vor, für die eine erheblich ermäßigte Gebühr vorgeschrieben ist. Da die zusätzlichen Ausgaben der Weiterbildungsangebote aus den Einnahmen finanziert werden müßten, könnten in Einzelfällen, z. B. wenn sich mehrere Arbeitslose bewerben, kaum zu bewältigende Finanzierungsprobleme auftreten mit der Folge, daß im schlimmsten Fall eine Veranstaltung abgesagt werden müßte. Dieses systembedingte Problem der Bevorzugung von "Vollzahlern" gegenüber jenen, die Anspruch auf ermäßigte Beiträge haben, wird auch in Bremen gesehen. Den Bremer und Hamburger Entgelt- bzw. Gebührenordnungen werden aber auch eine Flexibilität bescheinigt, die relativ hohe Gestaltungsmöglichkeit bei der Festlegung der Teilnehmerbeiträge biete.

Die derzeit am meisten diskutierte Regelung ist zweifellos die im nordrhein-westfälischen Hochschulgebührengesetz verankerte "Besondere Gasthörergebühr". Ihre prägende Wirkung, die über die Landesgrenzen hinausreicht, ist am Beispiel des Novellierungsentwurfs des Hochschulgesetzes von Schleswig-Holstein zu erkennen, in dessen Rahmen eine dem nordrhein-westfälischen Muster weitgehend entsprechende "Weiterbildungsgebühr" im Gesetz verabschiedet werden soll. Da die Änderung des HSGebG NW, mit dem die "Besondere Gasthörergebühr" eingeführt wurde, erst Ende 1987 in Kraft getreten ist, wird z. T. darauf hingewiesen, daß die Zeit, in der Erfahrungen gesammelt werden konnten, noch zu kurz sei, um über dieses Finanzierungsinstrument abschließend zu urteilen. Außerdem beabsichtige die Landesregierung Verfahrensrichtlinien zur Durchführung von Weiterbildungsmaßnahmen zu erlassen, welche auch die Teilnehmergebühren betreffen werden, so daß von einer weiteren Entwicklung auszugehen sei. Ein mit der Organisation von Weiterbildung befaßter Hochschulvertreter bezeichnete die Regelung als "einen wichtigen Schritt, solange das Ministerium nicht in eine Starrheit verfällt". Dieses Urteil bezog sich allerdings nicht isoliert auf die Ausgestaltung des § 2 a HSGebG NW, der die Erhebung von Teilnehmergebühren im öffentlich-rechtlichen Rahmen regelt, sondern auf diese Regelung im Zusammenhang mit der gesetzlich gegebenen Möglichkeit der Hochschulen, Weiterbildung auch auf privatrechtlicher Basis durchzuführen. Hier sei im Gegensatz zur Gebührenregelung ein großer Spielraum gegeben. "Mein Vorschlag wäre, sich die Dinge vier bis fünf Jahre entwickeln zu lassen und dann mit mehreren Hochschulen ein Resümee zu ziehen, was dann rechtlich möglich und notwendig wäre, um die notwendige Flexibilität zu erhalten, aber auch eine gewisse ordnende Orientierung rechtlich zu geben".

Dieser, von kritischen Untertönen durchaus nicht freie Tenor noch nicht abschließender Kommentierung der "Besonderen Gasthörergebühr" ist allerdings eher die Ausnahme denn die Regel. Eine Vielzahl kritischer Stimmen stellt die Angemessenheit des Instruments der Besonderen Gasthörergebühr in seiner jetzigen Form gänzlich infrage, lehnt seine konsequente Anwendung ab bzw. warnt davor, in anderen Ländern eine Regelung nach diesem Muster einzuführen. Die Rigidität des Instruments besteht nach Ansicht der Kritiker in der undifferenzierten Anwendung des Kostendeckungsprinzips auf alle Sorten hochschulischer Weiterbildung. Bei einheitlicher Bemessungsgrundlage für Personalausgaben, nämlich 160 DM je Unterrichtsstunde, worin der Hauptkostenfaktor bei den weitaus meisten, wenn nicht allen Weiterbildungsangeboten zu sehen ist, bedeutet die Anwendung des Regelfalls des HSGebG auf Weiterbildungsstudien mit 100 und mehr Stunden, daß nur noch von wenigen privat bezahlbare Gebühren zu erheben wären, vorausgesetzt die Gebührenhöhe ließe sich angesichts der kaum realistisch zu schätzenden Teilnehmerzahl überhaupt festlegen.

In der jetzigen Form bietet das HSGebG regulär keine Möglichkeit der differenzierten Gebührenfestsetzung - weder nach unterschiedlichen Angebotsarten (z. B. punktuelle Spezialveranstaltungen in Konkurrenz zu vergleichbaren Angeboten außerhochschulischer Träger einerseits und umfassendere Weiterbildungsstudien, die außerhalb der Hochschulen kaum angeboten werden andererseits) noch nach Zielgruppen (z. B. Angebote mit überwiegend persönlich motivierten und privat zahlenden Teilnehmern einerseits und Veranstaltungen, deren Klientel unter Kostenübernahme dienstlich entsandt wird, andererseits).

In Ausnahmefällen kann allerdings die Gasthörergebühr mit Rücksicht auf die "Zielgruppe und den angestrebten Erfolg" bis zum Betrag von 75 DM erlassen werden. Voraussetzung ist ein vom zuständigen Fachminister festgestelltes öffentliches Interesse (§ 2 a Abs. 5). An manchen Orten wird auch von dieser Ausnahmeregelung extensiver Gebrauch gemacht, so daß sich hier die Ausnahme zum Regelfall verkehrt hat. Wie bereits erwähnt, zeigen Berichte aus Hochschulen, daß der Verwaltungsaufwand des Antragsverfahrens zur Feststellung eines besonderen öffentlichen Interesses die Durchführung mancher Weiterbildungsvorhaben verhindert hat. Daher wird der vom Gesetz eröffnete Weg der Abweichung vom Regelfall kostendeckender Gebühren als zu aufwendig empfunden und darin keine auf Dauer befriedigende Lösung gesehen.

Das HSGebG scheint nach den bisher vorliegenden Erfahrungen nicht nur der Tendenz nach zu hohe, im Sinne von für die Teilnehmer größerer Weiterbildungsstudien privat nur schwer zu verkraftende Gebühren vorzuschreiben. Indem es eine Aufteilung der Gasthörergebühr in eine allgemeine (einheitlich 75 DM je Halbjahr; § 2) und eine besondere ("kostendeckend"; § 2 a) vornimmt, verhinderte es in Fällen der Anwendung des § 2 ("Allgemeine Gasthörergebühr"), z. B. bei Seniorenstudien, eine angemessene höhere Gebührenfestlegung, etwa auf 150 DM je Halbjahr. Nach den Erkundungen einer Hochschule wären die Teilnehmer entsprechender Angebote durchaus bereit, Beträge in dieser Größenordnung zu zahlen. Daß von Fall zu Fall höhere Gebühren als 75 DM angebracht wären, wird damit begründet, daß die Teilnehmer nicht nur die für solche Programme als besonders geeignet ausgewiesenen regulären Veranstaltungen des Ausbildungsstudiums besuchen, sondern auch eigens für sie durchgeführte Begleitseminar, z. B. über Methoden wissenschaftlichen Arbeitens.

Berichte über Erfahrungen, welche bisher mit der Anwendung des HSGebG NW gemacht worden sind, sowie eigene Einschätzungen von Hochschulvertretern, die mit Weiterbildung befaßt sind in und außerhalb Nordrhein-Westfalens, haben inzwischen den verbreiteten Eindruck weitgehend gefestigt, daß das Gesetz in der jetzigen Fassung schwer handhabbar und für Zwecke der Weiterbildungsfinanzierung an den Hochschulen nur bedingt geeignet sei: Nicht zuletzt mit Hinweis auf das HSGebG NW wird mancherorts, wo es (noch) keine landeseinheitliche Gebühren- bzw. Entgeltregelung gibt, die Notwendigkeit

einer solchen Regelung überhaupt infrage gestellt. Es wird befürchtet, daß Vorschriften, die über eine Empfehlung hinausgehen und Einzelheiten der Gebühren- bzw. Entgeltebemessung sowie Ausnahmen verbindlich regeln, die Hochschulaktivitäten mehr behindern als fördern. Diese Zurückhaltung ist im übrigen keineswegs auf eine grundsätzlich ablehnende Haltung zu Teilnehmerbeiträgen zurückzuführen; die Skepsis wird sehr deutlich auch von Hochschulvertretern artikuliert, die weit überwiegend Veranstaltungen mit "kostendeckenden" Teilnehmerbeiträgen durchführen. Skeptische Äußerungen in bezug auf Gebührenregelung überhaupt sind auch von behördlicher Seite zu hören, und zwar wegen des hohen Aufwands, der mit dem Gebührenrecht verbunden sei. Regelungsbedarf wird häufig nur in bezug auf die rechtliche Absicherung der hochschulinternen Verwendung von Einnahmen aus Weiterbildungsveranstaltungen für Zwecke der Weiterbildung gesehen. Diesbezüglich werden die nordrhein-westfälischen Vorkehrungen im Haushaltsrecht, die im Anschluß an die Novellierung des HSGebG getroffen wurden, überwiegend positiv und für Länder ohne entsprechende Regularien als vorbildlich bewertet.³³

6.2 Anreize zur Weiterbildungs-Beteiligung

a) Verwendung von Einnahmen

Mit dem erwähnten Regelungsbedarf ist zugleich ein wesentlicher Anreiz für die Hochschulen, sich verstärkt um die Weiterbildungsaufgabe zu bemühen, angesprochen. Gebühren- und Entgeltregelungen bleiben für die Hochschulen solange belanglos oder stellen sogar nur eine Belastung dar, wie nicht sichergestellt ist, daß die Einnahmen aus Weiterbildungsveranstaltungen für Weiterbildungsaufgaben in der Hochschule verwendet werden können. Aus der Sicht der befragten Experten besteht der Anreizwert von Finanzierungsregelungen ausschließlich darin, daß Einnahmequellen erschlossen werden, aus denen zusätzliche Mittel zur Deckung notwendiger Sachausgaben im Bereich der Weiterbildung und zur Vergütung weiterbildungsbezogener Lehrleistungen (i.d.R. externer Dozenten) den Hochschulen zufließen. Landeseinheitliche Gebühren- bzw. Entgeltregelungen seien dabei keine notwendige Voraussetzung zur Erschließung dieser Einnahmequellen. Bei einer allgemein gehaltenen orientierenden Empfehlung, zusätzliche Kosten deckende Teilnehmerbeiträge zu erheben, wären die Hochschulen in Eigenverantwortung am besten in der Lage, die angemessenen Verfahren zu bestimmen. Dabei müßte sich der Grundsatz "kostendeckende Beiträge" auf das Gesamtergebnis einer Periode und nicht auf einzelne Angebote beziehen, damit je nach Gegebenheit und Erfordernis die Kostendeckungslinie über- bzw. unterschritten werden könne.

Unabhängig von Fragen der Regelungsmodalität herrscht in bezug auf die hochschulinterne Verwendungsmöglichkeit von Einnahmen aus Weiterbildungsveranstaltungen die einhellige Meinung vor, daß darin das notwendige Minimum an finanziellem Anreiz besteht, der zumindest einige Barrieren auf dem Wege stärkeren Engagements der Hochschullehrer in der hochschuleigenen Weiterbildung überwinden helfen würde.

b) Honorierung von Lehrleistungen

Die Fachhochschule München hat aus der Feststellung, daß eine beachtliche Zahl ihrer Professoren bei diversen Firmen, Verbänden und Weiterbildungsträgern gegen entsprechende Vergütung Weiterbildungs-

³³ Im Hinblick auf die gegenseitige Deckungsfähigkeit der einzelnen Titel (der Tg 80 "Ausgaben für Weiterbildungsveranstaltungen") und ihre Übertragbarkeit werden die nordrhein-westfälischen Regularien als flexibel "... in der Haushalts- und Wirtschaftsführung (und) im Rahmen der Weiterbildung äußerst vorteilhaft ..." bewertet (vgl. Vielhaber 38).

lehrgänge bestreitet, 1989 die Konsequenz gezogen, eine besondere Einrichtung zu gründen, um die Weiterbildungsaktivitäten der Professoren stärker an die Fachhochschule zu binden. Zu dieser Maßnahme sah sich die Fachhochschule München, wie viele Hochschulen vor ihr, gezwungen, u. a. weil sie Lehrleistungen für die Weiterbildung im institutionellen Rahmen der Hochschule nicht honorieren kann. Der Grund ist das bekannte Phänomen, daß einerseits die Überlastsituation eine Weiterbildungstätigkeit des Lehrpersonals im Hauptamt und damit deputatsrelevant in vielen Bereichen nicht gestattet und andererseits eine Vergütung für zusätzliche weiterbildungsbezogene Lehrleistung im Nebenamt oder in Mehrarbeit aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist.

Solange es nicht möglich sein wird, weiterbildungsbezogene Lehre als Dienstaufgabe entsprechend anzuerkennen, wird die Integrierung der Weiterbildung in die Hochschule nicht in vollem Maße gelingen. (Eine 1989 von HIS durchgeführte Befragung von Hochschullehrern hat ergeben, daß die Lehrbelastung des Ausbildungsstudiums noch vor dem Problem der unzureichenden Finanzierung als das schwerwiegendste Hemmnis für die Entwicklung der Hochschul-Weiterbildung bewertet wird; vgl. Kazemzadeh: 53). Daher wird von einigen gefordert, die rechtlichen Voraussetzungen für die Vergütung des jeweils eigenen Hochschulpersonals zu schaffen, indem die erforderliche Rechtsverordnung zu § 50 Bundesbesoldungsgesetz erlassen wird³⁴.

Anders als in der Frage der hochschulinternen institutionellen Verwendung der Einnahmen aus Weiterbildungsveranstaltungen sind die Meinungen zur Notwendigkeit persönlicher Vergütung der Dozenten nicht einhellig. Einschätzungen, wonach nur durch "angemessene" persönliche Vergütung die Hochschullehrer zu bewegen sein würden, sich in nennenswertem Maße hochschulintern an der Weiterbildung zu beteiligen, zielen vorwiegend auf technisch-naturwissenschaftliche Fachvertreter, Informatiker, Wirtschaftswissenschaftler und z. T. auch Psychologen. Es sei schwer vorstellbar, daß Vertreter von Fachgebieten, welche auch außerhalb der Hochschule als Weiterbildungsdozenten gefragt sind, ihre lukrative Nebentätigkeit zugunsten hochschulinterner Weiterbildung einschränken, wenn sie für die dafür notwendige zusätzliche Lehrleistung nicht persönlich honoriert werden. Dabei sei es, so ist weiter oft zu hören, nicht mit Lehrauftragssätzen getan; wenigstens annähernd mit außerhochschulischen Honorarsätzen vergleichbare Vergütungen müßten es schon sein. Erschwerend für die Motivierung der genannten Fachvertreter kommt noch hinzu, daß gerade sie in besonderem Maße an der Lehrlast des Erststudiums zu tragen haben.

Nicht nur mit der geringeren Weiterbildungsnachfrage und der im Durchschnitt nicht so starken Überlastsituation in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften sind die skeptischen Einschätzungen aus diesem Bereich in bezug auf persönliche Vergütung zu erklären. Abgesehen von Hinweisen auf die bestehende rechtliche Situation, die zusätzliche Lehraufträge an das hochschuleigene Personal nicht zuläßt, muß die Warnung vor einer Entwicklung ernstgenommen werden, die am Ende gut dotierte Weiterbildungslehrertätigkeit für eine besonders motivierte Teilnehmerschaft attraktiver macht als die "lästige" Lehrverpflichtung im Rahmen des Erststudiums. Es sollte nicht dahin kommen, daß Weiterbildungsteilnehmer den mit Privatpatienten zu vergleichenden bevorzugten Status erlangen, während die Studierenden sich mit der Rolle der ungeliebten Pflichtversicherten abfinden müssen.

Überhaupt sei es eine Fehleinschätzung zu glauben, die Mehrzahl der Hochschullehrer sei nur durch persönliche materielle Anreize zur Weiterbildung zu gewinnen. Sofern überhaupt eine positive, zumindest keine ablehnende persönliche Einstellung zur Weiterbildung besteht, würden sich nicht wenige zur Mit-

³⁴ Siehe Fußnote 8

wirkung bereitfinden, wenn entsprechende Initiativen von den Fachbereichen und Instituten ausgingen. Der sicher nicht gering zu schätzende materielle Anreiz wäre schon wirksam, wenn z. B. die an Weiterbildungsveranstaltungen beteiligten Institute anteilig über die Einnahmen verfügen könnten. Der motivierende Effekt bestünde nicht nur darin, daß die notwendigen zusätzlichen Ausgaben ermöglicht würden, sondern auch in der Betonung der Wichtigkeit der Weiterbildungsaufgabe. In diesem Zusammenhang erwähnenswert ist, daß bei Gesprächen in Ländern, die die Erhebung von Teilnehmerbeiträgen nicht verbindlich vorgeschrieben und die hochschulinterne Verwendung von Einnahmen aus Weiterbildungsveranstaltungen rechtlich nicht verankert haben, diese Zurückhaltung u. a. damit begründet wird, daß, solange die Überlastsituation anhält, die eindeutige Priorität der Lehre im Erststudium nicht zugunsten der wissenschaftlichen Weiterbildung abgeschwächt werden soll, m.a.W.: durch derartige Maßnahmen kein besonderer Anstoß zum verstärktem Weiterbildungsengagement der Hochschulen erfolgen soll.

6.3 Fazit

Die Ansicht, daß wissenschaftliche Weiterbildung von den Hochschulen grundsätzlich unentgeltlich und mit eigenen Haushaltsmitteln finanziert anzubieten sei, dürfte kaum noch vertreten sein. Bei den zahlreichen Gesprächen, die im Rahmen dieser Untersuchung geführt wurden, ist diese Vorstellung nicht geändert worden. Umgekehrt würde aber auch die hypothetische Forderung, für jegliches Weiterbildungsangebot der Hochschulen müßten, womöglich voll kostendeckende, Teilnehmerbeiträge berechnet werden, auf einhellige starke Ablehnung stoßen.

Die Richtlinie, kostendeckende Gebühren bzw. Entgelte sollten bei Veranstaltungen erhoben werden, zu denen es vergleichbare Angebote außerhalb der Hochschulen gibt bzw. bei kurzzeitigen Spezialveranstaltungen der Weiterbildung überhaupt, dürfte als eine weitgehend akzeptierte Maxime gelten. Komplementär dazu gilt ebenso, daß bei für hochschulische Weiterbildung typischen, d. h. außerhalb der Hochschule kaum vorfindbaren umfangreicheren, curricular z. T. interdisziplinär aufgebauten Weiterbildungsstudien kostendeckende Teilnehmerbeiträge allenfalls in Ausnahmefällen berechnet werden können. Diese Sachlage erfordert differenzierte und flexibel anwendbare Regelungswerke zur Finanzierung der Hochschul-Weiterbildung. Wie bereits näher erläutert, erfüllen nicht alle geltenden Gebühren- bzw. Entgeltregelungen das Erfordernis der Flexibilität in gleichem Maße. Die folgenden Thesen als Fazit der Untersuchung sind als Anregungen zu verstehen, die dazu beitragen könnten, den noch nicht abgeschlossenen Prozeß der normativen Regelung der Finanzierung von Hochschul-Weiterbildung so zu gestalten, daß damit ein möglichst hoher Anreizwert verbunden wird.

- 1) Die Vorstellung, daß es zur Finanzierung der Weiterbildung auch über Teilnehmerbeiträge verbindlicher Regelung über Gebühren oder Entgelte bedarf, findet in den Hochschulen nur wenig Zustimmung. Aus Gründen der befürchteten Überreglementierung, die nicht nur die Verwaltungsarbeit erschwere, sondern auch die Sache der Weiterbildung beeinträchtigt, lehnt man verbindliche Vorschriften ab und plädiert für orientierende Empfehlungen.

Angesichts der Bedeutung, die der Weiterbildungsfinanzierung sowohl hochschulpolitisch wie wettbewerbsrechtlich zukommt, ist jedoch zu bezweifeln, daß ein Verzicht auf verbindliche Regeln vertretbar ist. Es ist allerdings im Interesse flexibler und nur so effizienter Handhabung von Wichtigkeit, daß sich die erforderlichen Regelungswerke auf ein Mindestmaß an Vorschriften und Festlegungen beschränken. Flexibilität muß vor allem in bezug auf die Auflage, "kostendeckende" Teilnehmerbeiträge zu erheben, gegeben sein. Wenn schon nicht auf diese Vorschrift verzichtet werden kann - so wie es die Hamburger Gebührenordnung für das Hochschulwesen tut -, so sollte durch die gegenseitige

Deckungsfähigkeit der Erträge aus verschiedenen Weiterbildungsangeboten gewährleistet sein, daß je nach Art und Zielgruppe des Angebots mal mehr und ein anders Mal weniger als kostendeckende Teilnehmerbeiträge erhoben werden können.

- 2) Gebühren- und Entgeltregelungen bedeuten für Hochschulen allein noch keinen Anreiz zur verstärkten Weiterbildungsbeteiligung. Einnahmen aus Weiterbildungsveranstaltungen wirken erst dann motivierend, wenn sie hochschulintern ausgabenverstärkend verwendet werden können und nicht in den allgemeinen Landeshaushalt fließen. Nur so wäre der hochschulischen Weiterbildung eine Finanzierungsquelle erschlossen. Dies könnte, etwa nach dem Beispiel Bremens oder Nordrhein-Westfalens, in allen Bundesländern rechtlich verankert werden.
- 3) Es ist damit zu rechnen, daß die Möglichkeit hochschulinterner institutioneller Verwendung von Weiterbildungs-Einnahmen sich bereits spürbar motivierend auswirken wird, wenn auch von Fach zu Fach, teilweise auch von Hochschule zu Hochschule in unterschiedlichem Maße. Als relativ gering wird die Wirkung in jenen Fachgebieten eingeschätzt, die in der wissenschaftlichen Weiterbildung besonders gefragt sind. Um hier mit den außerhochschulischen Angeboten konkurrieren zu können, müßten für die Lehrleistungen der Hochschullehrer, die gewöhnlich nicht hauptamtlich und im Rahmen des Stundendeputats erbracht werden können, persönliche Vergütungen vorgesehen werden. Potentiell bietet § 50 Bundesbesoldungsgesetz hierfür die rechtliche Grundlage. Sie zu nutzen, setzt allerdings eine Rechtsverordnung des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern und mit Zustimmung des Bundesrates voraus³⁵.

Zusätzlich zu der Rechtsproblematik gibt es auch Bedenken, daß durch persönliche Vergütung ein attraktiver Bereich der Lehrtätigkeit geschaffen würde, dem sich Hochschullehrer auf Kosten ihres Engagements in der Lehre für das Erststudium zuwenden könnten. Ohne diese Bedenken ganz abzutun, können wohl die befürchteten Folgen u. a. wegen der Dimension der hier zur Debatte stehenden Lehrauftragssätze als relativ gering eingeschätzt werden.

- 4) Nicht zuletzt wegen der bislang rechtlich problematischen Vergütung zusätzlicher Lehrleistungen der Hochschuldozenten ist inzwischen eine Vielzahl externer, aber mit Hochschulen mehr oder weniger stark verbundener Einrichtungen gegründet worden, um frei von Restriktionen der Hochschulverwaltung Weiterbildungsveranstaltungen anbieten zu können. Solange durch Aufgabenstellung und Organisation eine allzu große Verselbständigung derartiger Einrichtungen vermieden und ein hinreichender Einfluß der Hochschule gewährleistet ist, wäre gegen eine solche Verlagerung hochschulischer Weiterbildung in einen privatrechtlichen Rahmen mit den dadurch sich eröffnenden Finanzierungsmöglichkeiten wenig einzuwenden. Als Beispiele enger Anbindung externer Weiterbildungseinrichtungen an die Hochschule können das Institut für Weiterbildung an der Fachhochschule Kiel sowie der mit der Universität Hamburg liierte Verein zur Förderung wissenschaftlicher Weiterbildung genannt werden. Als besonders bedenkenswert erscheint dabei die Gründung einer externen Einrichtung zusätzlich zu einer hochschulinternen Zentralen Einrichtung, wie dies etwa bei der Universität Hamburg der Fall ist.
- 5) Es ist kaum denkbar, daß hochschulische Weiterbildung in nennenswertem Ausmaß ohne angemessene organisatorische Infrastruktur zustandekommt. Die an etwa 35 Hochschulen bestehenden Zentralen Einrichtungen für Weiterbildung, ob in Form einer Betriebseinheit oder wissenschaftlichen Ein-

richtung, haben sich weitgehend bewährt. Ob die Fachhochschule Hamburg oder die Universität Tübingen, die Technische Hochschule Braunschweig oder die Universität Bremen - alle Hochschulen mit einem nennenswerten Umfang an Weiterbildungsangeboten verfügen über irgendeine Form zentraler Einrichtung, welche zumindest organisatorische Hilfestellung bei der Vorbereitung und Durchführung von Weiterbildungsveranstaltungen gibt. Ein Teil des finanziellen Beitrags der Hochschulen zur Förderung der wissenschaftlichen Weiterbildung sollte für infrastrukturelle Maßnahmen, z. B. in Form von Zentralen Einrichtungen verwandt werden. Eine zunehmend wichtige Aufgabe dieser Einrichtungen wäre auch, Pilotprojekte der Weiterbildung zu konzipieren und die notwendigen Mittel für die Vorfinanzierung einzuwerben.

- 6) Der Status von Weiterbildungsteilnehmern ist für die Erhebung von Gebühren und Entgelten nur dann von Belang, wenn sie, wie in einigen eher seltenen Fällen, ordentlichen Studierenden gleichgestellt sind und Gebührenfreiheit genießen. Daß im übrigen auch "Gasthörer" kostendeckende Beiträge berechnet werden können, zeigt das nordrhein-westfälische Hochschulgebührengesetz. Relativ belanglos ist die Statusfrage bei punktuellen kurzzeitigen Veranstaltungen, deren Teilnehmer keine länger dauernde Beziehung zur Hochschule entwickeln. Anders bei längerfristigen Weiterbildungsstudien, deren Teilnehmer als "Gasthörer" zu bezeichnen, in Anbetracht dessen, daß sie nicht als Gäste, sondern als reguläre Teilnehmer von speziell für sie entwickelten wissenschaftlichen Veranstaltungen zur Hochschule kommen und dabei in der Regel einen erheblichen Aufwand auf sich nehmen, unangebracht erscheint. Hieraus hat man in Hamburg die Konsequenz gezogen und die Teilnehmer von weiterbildenden Studien "Kontaktstudierende" genannt. Für eine angemessene Bezeichnung der Teilnehmer - z. B. "Weiterbildungsstudent" - spricht u. a., daß auch auf diese Weise die Bedeutung der Weiterbildung als genuine Hochschulaufgabe unterstrichen wird.

Wie die bereits zitierte HIS-Umfrage unter Hochschullehrern zeigt, findet Weiterbildung als Hochschulaufgabe Anerkennung auf breiter Basis. 65 % der Universitäts- und 70 % der Fachhochschul-Professoren (aus 10 bzw. 5 Fächern) verfügen bereits über Weiterbildungserfahrung, wenn auch überwiegend außerhalb der Hochschulen gewonnen (vgl. Kazemzadeh: 17 ff.). Die weit überwiegende Mehrzahl der Befragten bekundet Interesse an Lehrtätigkeit im Rahmen hochschulinterner Weiterbildung. Diese Daten weisen auf ein sehr beachtliches Potential für die wissenschaftliche Weiterbildung in der Trägerschaft der Hochschulen hin, das gewiß nicht von heute auf morgen, mit geeigneten Förderungsmaßnahmen allerdings schrittweise und mittelfristig aktiviert werden kann. Nicht zuletzt finanzielle Anreize gehören zu den Förderungsmaßnahmen. Realistischerweise muß jedoch davon ausgegangen werden, daß die Hochschulaufgabe der Weiterbildung erst dann auf breiter Basis angenommen wird, wenn die Kapazitätsverhältnisse es zulassen, daß sie als Dienstaufgabe im Hauptamt erfüllt werden kann.

7. LITERATURLISTE

- ARBEITSKREIS UNIVERSITÄRE ERWACHSENENBILDUNG E.V. (AUE), Hrsg.: Dokumentation der Tagung Probleme und praktische Lösungsansätze der Finanzierung von Weiterbildung an Hochschulen am 24.10. 1989 in der Ruhr-Universität Bochum, Hannover 1989
- BARTZ, W.-J.: Berufliche Weiterbildung durch hochschulexterne, aber mit Hochschulen zusammenarbeitende Institutionen, Nellingen o.J., hektograph. Manuskript
- CHRISTMANN, B.: Zentrale wissenschaftliche Einrichtung - Beispiel: das Weiterbildungszentrum der Ruhr-Universität Bochum, in: AUE: 65 ff.
- EDDING, F.: Bildungsökonomische Überlegungen zu Kosten und Finanzierung von weiterbildenden Studien, in: AUE: 9 ff.
- FANGMANN, H.: Handlungsspielräume, hochschulpolitische Entscheidungen und verwaltungspraktische Regelungen bei der Implementation von Weiterbildung an Hochschulen, in: AUE: 44 ff.
- FREESE, H./VOGT, H.: Zentrale Einrichtungen in Kombination mit Fördervereinen - Beispiel: Arbeitsstelle für wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Hamburg und Verein zur Förderung der wissenschaftlichen Weiterbildung e.V., in: AUE: 81 ff.
- GERHARD, R./RADDE, M./SCHÄFER, E.: Sozialpolitische Implikationen der Erhebung von Gebühren und Entgelten für Weiterbildungsangebote an Hochschulen, in: AUE: 17 ff.
- GRAESSNER, G./SCHÄFER, E.: Externe Kooperationsformen wissenschaftlicher Weiterbildung in der Region vor dem Hintergrund des Hochschulgebührengesetzes, in: AUE: 51 ff.
- HAMMERSTEIN, J.: Gebühren als Finanzierungsinstrument für die Weiterbildung an den Hochschulen in NRW, in: AUE: 25 ff.
- HOLTKAMP, R./KAZEMZADEH, F.: Das Engagement der Hochschulen in der Weiterbildung. Situation und Perspektiven, HIS-Hochschulplanung 76, Hannover 1989
- KAZEMZADEH, F.: Was halten Hochschullehrer von der Weiterbildung? Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, HIS-Hochschulplanung 80, Hannover 1990
- KOCHS, M.: Exemplarische Strukturmodelle zur Organisation des Kontaktstudiums, in: KOCHS, M./DANDL, J. (Hrsg.): Kontaktstudium in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Experten-Kolloquium, Hamburg 1978: 253 ff.
- KOCHS, M.: Das Kontaktstudium Management. Ein Innovationskonzept in der Diskussion, in: AUE-Informationsdienst "Hochschule und Weiterbildung" 2/1989: 8 ff.
- MESTMÄCKER, E.-J./Veelken, W.: Wettbewerb in der Weiterbildung an Hochschulen. Die Anwendung des Wettbewerbsrechts auf das Angebot wissenschaftlicher Weiterbildung durch die staatlichen Hoch-

schulen - Rechtsgutachten in: Reihe "Bildung-Wissenschaft-Aktuell" 2/90, herausgegeben vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bonn 1990

REICH, A.: Bayerisches Hochschulgesetz. Kommentar, Bad Honnef 1989

DER SENATOR FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT UND KUNST - KOORDINIERUNGSSTELLE FÜR WISSENSCHAFTLICH-KÜNSTLERISCHE WEITERBILDUNG AN HOCHSCHULEN: Bericht über die Einrichtung und die bisherigen Arbeitsergebnisse 1983-1985, Bremen 1985 (AZ.: II-2/1.4.3.)

VIELHABER, E.: Verwaltungs- und haushaltstechnische Probleme und Lösungen bei der Umsetzung des Hochschulgebührengesetzes in NRW, in: AUE: 36 ff.

WISSENSCHAFTSRAT: Empfehlungen zur Weiterbildung an den Hochschulen, Köln 1983

WITTPOTH, J.: Zusammenhänge zwischen Finanzierungsmodalitäten und Zielen, Inhalten sowie Strukturen wissenschaftlicher Weiterbildung, in: AUE: 29 ff.

8. MATERIAL-ANHANG

- 8.1 (Landes-)Regelungen der Erhebung von Teilnehmergebühren/-entgelten (alphabet. Reihenfolge nach Ländernamen)
- 8.2 Verfahrensgrundsätze, Kalkulationsbeispiele

Grundsätze wissenschaftlicher und künstlerischer Weiterbildung an den Hochschulen des Landes

I. Auftrag

Der Ministerrat hat in seiner Sitzung am 14./15. Januar 1985 beschlossen, den Bericht der Kommission "Weiterbildung" und die Ergebnisse des Weiterbildungskongresses vom Dezember 1984 auszuwerten. Die von einer interministeriellen Arbeitsgruppe erarbeitete erste Weiterbildungskonzeption wurde am 26. Juni 1985 im Kabinett beraten. Der Ministerrat hat in dieser Sitzung unter anderem beschlossen, das Ministerium für Wissenschaft und Kunst zu beauftragen, im Benehmen mit den Hochschulen ein Konzept zur wissenschaftlichen Weiterbildung zu erarbeiten und den hierfür erforderlichen Finanzbedarf zu konkretisieren.

Das Ministerium für Wissenschaft und Kunst hatte hierzu eine Arbeitsgruppe eingesetzt, der jeweils zwei von den jeweiligen Rektorenkonferenzen benannte Vertreter jeder Hochschulart angehörten. Die von dieser Arbeitsgruppe entwickelten Grundsätze wurden am 26.5.1986 im Ministerrat abschließend beraten und grundsätzlich gebilligt.

II. Ausgangslage

1. Allgemeines

Die Hochschulen sind trotz der schon seit Jahren bestehenden und insgesamt noch ansteigenden Überlastsituation im Bereich der Lehre bemüht, dem durch die Hochschulgesetze vorgegebenen Weiterbildungsauftrag gerecht zu werden. Dies geschieht durch eigene Weiterbildungsmaßnahmen der Hochschulen und durch die Mitwirkung von Hochschullehrern bei den Angeboten anderer Träger.

Die besondere Aufgabe der hochschulspezifischen Weiterbildung leitet sich ab aus der Funktion der Hochschulen als Forschungseinrichtungen und als Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen und ist bestimmt durch den ständig wachsenden Umfang und sich verändernden Stand wissenschaftlicher Erkenntnis. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit "lebenslangen Lernens" für die, die den beruflichen Anforderungen auf wissenschaftlichem Niveau entsprechen müssen. Wichtig ist ferner auch die Umsetzung von Fragestellungen und Erkenntnissen auf die jeweiligen Praxisfelder, soweit sie bei der Bewältigung berufspraktischer und gesellschaftlicher Aufgabenstellungen hilfreich sind.

Die vorherrschenden Aufgaben der Hochschulen liegen auf dem Gebiet von Forschung und Lehre. Im Vordergrund steht die Sicherstellung einer qualitativ hochstehenden Forschung und einer entsprechend anspruchsvollen Lehre. An diesem Niveau muß sich unter Wahrung der jeweiligen Profiltreue die wissenschaftliche und künstlerische Weiterbildung an den Hochschulen orientieren. Hierin liegt das Abgrenzungskriterium zu den anderen Weiterbildungsträgern.

2. Weiterbildung an den Universitäten

Forschungstransfer und Theorie- und Praxisbezug sind tragende Elemente universitärer Weiterbildung. Diese richtet sich in erster Linie an Hochschulabsolventen, um sie im Laufe ihres Berufslebens immer wieder durch Kontaktstudien oder Aufbaustudien mit dem aktuellen Stand der Wissenschaft vertraut zu machen; so etwa in den sich rasch weiter entwickelnden Natur- und Ingenieurwissenschaften oder in der Medizin, aber ebenso im Bereich der Geistes-, Rechts- und Sozialwissenschaften. Zu berücksichtigen sind dabei besonders die Interessen derer, die sich in neue Bereiche (Beispiel: Informatik) einarbeiten oder auf neue akademische Berufsfelder (Beispiel: Ökologie) einstellen müssen. Weiterbildung an der Universität richtet sich darüber hinaus auch an solche Interessenten, die die für eine Teilnahme erforderliche Eignung im Beruf oder auf andere Weise erworben haben und ist in diesem Sinne für weitere Kreise offen.

Eine wesentliche Komponente universitärer Weiterbildung ist die an Universitäten vorhandene spezifische Ausstattung in Form von Laboratorien, hochspezialisierten Apparaturen und sonstigen Forschungs- und Lehrmöglichkeiten, die von anderen Trägern in dieser Form nicht angeboten werden können.

Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen dabei auch spezialisierte Informationssysteme (Datenbanken, Bibliotheken usw.). Ferner bewirkt universitäre Weiterbildung auch eine Rückkoppelung aus der Praxis zurück in die Universität, auf deren Studiengänge und Fragestellungen der Forschung. In diesem Sinne ist wissenschaftliche Weiterbildung ein unentbehrliches Bindeglied zwischen Universität und Gesellschaft.

3. Weiterbildung an den Pädagogischen Hochschulen

Die Einschränkungen, die infolge der Überlastsituation für die Weiterbildungsmaßnahmen der übrigen Hochschulen zu machen sind, gelten für den Bereich der Pädagogischen Hochschulen nur bedingt. Wegen des Rückgangs der Studentenzahlen weisen die Pädagogischen Hochschulen des Landes derzeit im Bereich der Lehre in unterschiedlichem Maße bei mehreren Fächern freie Kapazitäten auf. Diese für den Zweck der Weiterbildung einzusetzen, erscheint besonders sinnvoll und zeitgerecht. Die Pädagogischen Hochschulen haben sich dieser Aufgabe auf den verschiedensten Gebieten in Forschung und Lehre angenommen. Dabei war ihnen besonders daran gelegen, sich bei speziellen Angeboten mit den anderen Trägern der Weiterbildung abzustimmen.

Die Pädagogischen Hochschulen außerhalb der Ballungsräume erfüllen in der Weiterbildung zugleich eine wichtige bildungspolitische Aufgabe, indem sie zu einem Abbau regionaler Ungleichgewichte beitragen.

4. Weiterbildung an den Kunsthochschulen

Die rasche Änderung von bildnerischen Stilen und Formen, die verstärkte Öffnung der neuen technischen Medien und der Technologie für Kunst und Gestaltung, die schnelle Entwicklung neuer Interpretationsformen im Bereich der Musik und der Darstellenden Kunst und der rapide Anstieg der musikalisch-technischen Anforderungen bei Orchestermusikern und Solisten erfordern erhebliche Anstrengungen auf dem Felde künstlerischer Weiterbildung. Ähnliches gilt für die Erkenntnisse auf dem Gebiet der Musikpädagogik.

Die künstlerische Weiterbildung in Form von Aufbaustudiengängen dient der im internationalen Wettbewerb erforderlichen Elitebildung. Diese künstlerische Elitebildung kann sich im wesentlichen nur an den Kunsthochschulen in Verbindung mit der Praxis vollziehen. Für die sonstige Weiterbildung des im Beruf stehenden Künstlers gibt es verschiedene Möglichkeiten. Dies geschieht durch individuelle Weiterbildung in der Praxis, durch Veranstaltungen der Kunstförderung und der Verbände und Vereinigungen, durch die Gewerbeförderung (Design) und durch Veranstaltungen der Kunsthochschulen. Die Kunsthochschulen sind zu Weiterbildungsmaßnahmen in diesem Bereich vor allem insoweit berufen, als es sich um die Einführung künstlerischer Entwicklungen und Erkenntnisse aus dem akademischen Bereich in die künstlerische Praxis handelt. Schließlich sind bestimmte Angebote nur aufgrund der an Kunsthochschulen vorhandenen personellen und sächlichen Kapazitäten möglich (Computermusik, Computergraphik, neue Drucktechniken, Video, Film).

5. Weiterbildung an den Fachhochschulen

Das Ausbildungskonzept der Fachhochschulen ist für die berufsorientierte Weiterbildung wegen ihrer praxisnahen Ausbildung und ihrer angewandten Forschung (Technologietransfer) besonders geeignet. Die hervorragende Bedeutung des Technologietransfers und der Fachhochschulen als technologische Zentren für die mittelständische Wirtschaft verlangen nach einer intensiven Ergänzung durch Weiterbildungsaktivitäten, insbesondere auch in den neuen Technologien.

Das Fachhochschulkonzept Baden-Württembergs ist betont regional bezogen. Dieses Regionalkonzept enthält für die Weiterbildung deshalb günstige Ansätze, weil Weiterbildung insbesondere für Direktphasen die räumliche Nähe des Angebots voraussetzt. Die Wahrnehmung der Weiterbildung im Rahmen der Dienstaufgaben ist zur Zeit allerdings dadurch eingeschränkt, daß die Kapazitäten durch die grundständige Ausbildung vollständig ausgelastet sind. Weiterbildungsangebote werden daher derzeit überwiegend von Akademien in enger Kooperation mit den Fachhochschulen und ihren Professoren im Wege der Nebentätigkeit gemacht.

III. Wissenschaftliche und künstlerische Weiterbildung an den Hochschulen des Landes

1. Gesetzliche Vorgaben und Funktionen der Hochschulen in der Weiterbildung

a) Gesetzliche Vorgaben

Nach § 21 Hochschulrahmengesetz (HRG) sollen die Hochschulen Möglichkeiten der Weiterbildung entwickeln und anbieten. Für die Vertiefung und Ergänzung eines Studiums, insbesondere für die Heranbildung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses, sollen Aufbaustudiengänge angeboten werden (§ 10 Abs. 5 HRG).

Die Hochschulgesetze des Landes Baden-Württemberg haben die Vorgaben des Hochschulrahmengesetzes übernommen.

Nach § 3 Abs. 2 Universitätsgesetz (UG) dienen die Universitäten dem weiterbildenden Studium und beteiligen sich an Veranstaltungen der Weiterbildung. Sie fördern die Weiterbildung des Personals. § 48 UG regelt das Aufbau- und das Kontaktstudium.

Entsprechende Regelungen finden sich in den anderen Hochschulgesetzen (§ 3 Abs. 2, 35 PHG, §§ 3 Abs. 2, 27, 28 KHSchG, §§ 3 Abs. 2, 35 FHG).

b) Funktionen

Unter Weiterbildung wird grundsätzlich die Wiederaufnahme organisierten Lernens nach einer Phase der Berufstätigkeit verstanden. Weiterbildung wird auch von denjenigen in Anspruch genommen, die einen ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluß erworben haben.

Im Rahmen der Weiterbildung vermitteln die Hochschulen auf wissenschaftlicher und künstlerischer Grundlage Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse, die dem Anspruch der jeweiligen Hochschule entsprechen und insbesondere auch Erkenntnisse aus der Forschung und Erfahrungen aus der Berufswelt umsetzen. Das Spektrum der Weiterbildung umfaßt berufsbezogene und allgemeinbildende Angebote.

2. Formen

Die Formen wissenschaftlicher und künstlerischer Weiterbildung sind vielfältig. Sie reichen z.B. vom Zusatz-, Vertiefungs-, Erweiterungs- und Ergänzungstudium bis zum Aufbau- und Kontaktstudium.

Detaillierte gesetzliche Regelungen finden sich in den Hochschulgesetzen des Landes für das Aufbaustudium und das Kontaktstudium (§ 48 UG, § 35 PHG, §§ 27, 28 KHSchG, § 35 FHG). Danach können für die Vertiefung und Ergänzung eines Studiums in geeigneten Fächern Aufbaustudiengänge eingerichtet werden. Künstlerische Aufbaustudiengänge vermitteln überdies eine Qualifikation für gestalterische Arbeiten und für künstlerische Entwicklungsvorhaben.

Kontaktstudien dienen der wissenschaftlichen und künstlerischen Vertiefung und der Vermittlung der Anwendung neuer wissenschaftlicher und künstlerischer Erkenntnisse und Methoden und der Ergänzung berufspraktischer Erfahrungen. Sie sollen insbesondere

- Fachkenntnisse und Fertigkeiten dem neuesten wissenschaftlichen und künstlerischen Entwicklungsstand anpassen,
- den Überblick über die Zusammenhänge des Faches erweitern,
- die Fähigkeit, wissenschaftliche und künstlerische Methoden und Erkenntnisse anzuwenden, erhalten und vertiefen,
- Spezialkenntnisse in bestimmten Bereichen vermitteln.

Kontaktstudien werden von den Hochschulen in vielfältiger Weise angeboten, z.B. in Form von Kursen und Seminaren von unterschiedlicher Dauer, aber auch Einzelveranstaltungen und Exkursionen.

Inhaltlich geht es bei den Weiterbildungsangeboten der Universitäten, Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen z.B. um die Vermittlung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse aus allen Bereichen. Sie werden durch themenzentrierte, fachübergreifende Angebote ergänzt. Daneben gibt es u.a. fachdidaktische und sonstige Einführungsveranstaltungen, Expertenseminare, Mentorentagungen und Intensivsprachkurse.

Die Kunsthochschulen bieten im Bereich der freien Kunst und der Musik traditionell Aufbaustudiengänge an, in den Kunstakademien insbesondere in Form von Meisterklassen. An den Musikhochschulen sind künstlerische Aufbaustudiengänge mit dem Abschluß "Künstlerische Abschlußprüfung (KA)" und zusätzlich auf die KA aufbauende Studiengänge für die Solistenausbildung mit dem Abschluß "Solistenexamen" eingerichtet.

Für den auch volkswirtschaftlich bedeutsamen Bereich der Designausbildung werden an der Stuttgarter Akademie der Bildenden Künste Aufbaustudiengänge eingerichtet, die den Absolventen eine herausragende Qualifikation für ihr Arbeitsfeld vermitteln. Daneben gibt es eine Vielzahl nichtformalisierter Kontakte zwischen bildenden Künstlern und Musikern in der Praxis und der Hochschule (Benutzung der Hochschuleinrichtungen, Teilnahme an allgemeinen Hochschulveranstaltungen, Ausstellungen, Vorträgen, Symposien, Künstlergesprächen, Konzerten, Opernprojekten, Kursen u.a.).

3. Zielgruppen und Zugangsvoraussetzungen

a) Zielgruppen

Weiterbildungsangebote werden in der Regel von denjenigen Personen angenommen, die ihre Kenntnisse aus der Erstausbildung auffrischen oder zusätzliche Qualifikationen erwerben wollen.

b) Zugangsvoraussetzungen

Voraussetzung für die Zulassung zu einem Aufbaustudiengang ist nach den Hochschulgesetzen des Landes grundsätzlich ein Hochschulabschluß; daneben können weitere Voraussetzungen gefordert werden.

Die Zulassung zu den künstlerischen Aufbaustudiengängen setzt voraus, daß die Studenten in der Abschluß- und Zwischenprüfung des vorausgegangenen Studiengangs besondere künstlerische Leistungen nachgewiesen haben oder erwarten lassen, daß sie aufgrund weiterer Förderung hervorragende künstlerische Leistungen erbringen werden (§ 27 Abs. 2 KHSchG).

Kontaktstudien (§ 48 Abs. 6 UG, § 35 Abs. 6 PHG, § 28 Abs. 3 KHSchG, § 35 Abs. 5 FHG) sind für Bewerber mit abgeschlossenem Hochschulstudium und für solche Bewerber vorgesehen, die die für eine Teilnahme erforderliche Eignung im Beruf oder auf andere Weise erworben haben.

Darüber hinaus bedarf es keiner weiteren gesetzlichen Regelung; dies schließt jedoch nicht aus, daß der Veranstalter für bestimmte Angebote Eignungsvoraussetzungen hinsichtlich der erforderlichen Vorkenntnisse und Vorbedingungen festlegen kann.

4. Status

Die Teilnahme an einem Aufbaustudiengang setzt eine Einschreibung als ordentlicher Student voraus.

Die Teilnehmer an Kontaktstudien können den Status von Gasthörern (§ 93 UG, § 68 PHG, § 68 KHSchG, § 60 Abs. 2 FHG) haben. Es kann sich auch um eine Form der Teilnahme handeln, die ausschließlich privatrechtlichen Regelungen (z.B. Kurs-teilnehmerstatus) unterliegt. Die Träger und Veranstalter von Angeboten wissenschaftlicher und künstlerischer Weiterbildung haben insoweit Gestaltungsfreiheit.

5. Erteilung von Nachweisen (Zertifikate)

Zum Nachweis der Teilnahme an den Weiterbildungsangeboten der Hochschulen können Zertifikate vergeben werden, die neben einer Beschreibung des konkreten Angebots Aufschluß über die erworbenen Kenntnisse und auch über die erbrachten Leistungen geben.

Akademische Grade werden im Rahmen der Weiterbildung der Hochschulen nur nach Abschluß eines Aufbaustudiengangs vergeben.

6. Trägerschaft

a) Hochschule als Träger

Träger der Weiterbildungsangebote, die von den Fakultäten/Fachbereichen, Instituten und auch einzelnen Hochschullehrern organisiert und durchgeführt werden, ist die jeweilige Hochschule. Durch diese Maßnahmen darf die Weiterbildung nichtstaatlicher Träger nicht beeinträchtigt werden.

b) Andere Träger

Von Weiterbildungsangeboten der Hochschulen in diesem Sinne sind Veranstaltungen, die von privatrechtlichen Einrichtungen und Vereinigungen (z.B. Technische Akademie Esslingen e.V.) angeboten werden, zu unterscheiden. Träger solcher Veranstaltungen ist der eingetragene Verein. Dies gilt auch dann, wenn sich das Lehrpersonal hier überwiegend aus Hochschullehrern zusammensetzt, die diese Aufgabe in Nebentätigkeit übernehmen. Diese Veranstaltungen stellen nur mittelbar eine Erfüllung des Weiterbildungsauftrags der Hochschulen dar. Nehmen diese Träger Infrastruktureinrichtungen der Hochschulen in Anspruch, so gelten die allgemeinen Grundsätze über die Bereitstellung von Hochschuleinrichtungen an Dritte.

c) Kooperation der Hochschule mit anderen Trägern

Die Hochschulen können ihren Weiterbildungsauftrag auch in Kooperation mit anderen Trägern erfüllen. Das Subsidiaritätsprinzip steht einer Mischform nicht entgegen, da die Hochschulen einen gesetzlichen Weiterbildungsauftrag haben. Bei einer solchen Kooperation sind die Hochschullehrer im Hauptamt tätig.

Es sollte angestrebt werden, daß sich die Hochschulen im Hinblick auf ihre Weiterbildungsangebote in stärkerem Maß als bisher mit den Anbietern von Rundfunkprogrammen zusammenschließen.

7. Organisation

Für Organisation und Abwicklung der Weiterbildung in der Hochschule soll eine zentrale Stelle geschaffen werden. Die Leitung dieser zentralen Stelle kann von einem Hochschullehrer wahrgenommen werden, dessen Tätigkeit insoweit auf die Lehrverpflichtung angerechnet wird.

Die zentrale Stelle hat die Funktion einer Anlauf- und Clearingstelle. Ihr obliegt die Organisation, Abwicklung, konzeptionelle Vermittlung und Erfolgskontrolle der Angebote wissenschaftlicher und künstlerischer Weiterbildung.

Ihre Aufgaben sind im einzelnen:

1. Programmentwicklung: Überblick über neue Entwicklungen an der Hochschule; initiieren von neuen Angeboten; Dozentenwerbung; Bedarfserhebung und Marketing; konzeptioneller Rahmen; Mitwirkung und Beratung beim Erstellen von Angeboten und Vermittlung von Ansprechpartnern bei Anfragen von außen.
2. Organisation: Planung; Organisation und Durchführung; Teilnehmerbetreuung; Erfolgskontrolle; Programm- und Materialherstellung, Dateipflege; Medieninformation und Werbung.
3. Verwaltung: Buchung; Kalkulation; Abrechnung; Kontenführung und Verwaltung der von den Hochschullehrern eingeworbenen Mittel; allgemeine Verwaltungsaufgaben.

Für die zentrale Stelle soll eine Mitglied des Rektorats bzw. des Präsidiums oder ein Senatsbeauftragter verantwortlich sein.

8. Finanzierung

a) Finanzierung durch den Staat

Im Entwurf des Staatshaushaltsplans für die Haushaltsjahre 1987 und 1988 werden erstmals Mittel zur Förderung der wissenschaftlichen und künstlerischen Weiterbildung an den Hochschulen des Landes veranschlagt. Diese Mittel sollen neue Weiterbildungsangebote (insbesondere z. B. in Form von Aufbaustudiengängen) ermöglichen und von den Hochschulen im Antragsverfahren abgerufen werden können.

b) Finanzierung durch die Teilnehmer

Für die Teilnahme an Aufbaustudiengängen nach § 48 Abs. 2 UG und den entsprechenden Bestimmungen in den anderen Hochschulgesetzen werden keine Studiengebühren und auch keine privatrechtlichen Entgelte erhoben, da es sich bei den Teilnehmern um eingeschriebene Studenten handelt. Für ein Erst- und Zweitstudium besteht Gebührenfreiheit.

Grundsätzlich werden bei den Teilnehmern an allen Formen berufsbegleitender Kontaktstudien Entgelte erhoben. Dies geschieht in Form privatrechtlicher Entgelte.

Bei der Bemessung des Entgelts sind die Kosten des Weiterbildungsangebots und das öffentliche Interesse zu berücksichtigen; ggf. sind Befreiungstatbestände vorzusehen.

9. Finanzieller Anreiz zur Weiterbildung

a) Nach den Hochschulgesetzen ist es Aufgabe der Hochschulen, der Weiterbildung zu dienen. Die von den Hochschullehrern hier wahrgenommene Tätigkeit ist Dienstaufgabe, die im Hauptamt ausgeübt wird und auf das Deputat angerechnet werden kann. Dies gilt auch für die Angebote, bei denen die Hochschule mit anderen Trägern kooperiert.

Zumeist wird das Deputat auch ohne Weiterbildungsangebote voll ausgeschöpft. Es ist deshalb notwendig, für die Tätigkeit, die über das Deputat hinaus in der Weiterbildung der Hochschulen geleistet wird, einen finanziellen Anreiz zu schaffen. Hierfür besteht bereits in § 50 Bundesbesoldungsgesetz eine Rechtsgrundlage, wonach dem Professor für seine die Regellehrverpflichtung übersteigende Lehrtätigkeit eine Lehrvergütung für bis zu vier Wochenstunden gewährt werden kann. Zum Vollzug dieser Bestimmung ist jedoch noch die Verkündung einer vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern und mit Zustimmung des Bundesrats erlassenen Rechtsverordnung erforderlich, die die Regellehrverpflichtung und die Höhe der Lehrvergütung bestimmt.

b) Die Entgelte der Teilnehmer sollen der Hochschuleinrichtung, die die jeweilige Weiterbildungsveranstaltung durchführt, für Hochschulaufgaben zur Verfügung stehen, soweit die Entgelte nicht zur Finanzierung von Weiterbildungsangeboten benötigt werden.

IV. Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven

In der Anlage sind die derzeitigen Weiterbildungsaktivitäten der Hochschulen und die langfristigen Angebotsperspektiven hochschulartspezifisch und beispielhaft dargestellt.

Satzung: über die Erhebung von Gebühren an der Hochschule der Künste Berlin

vom 15. Dezember 1987

Aufgrund von § 2 Abs. 7 des Berliner Hochschulgesetzes (BerlHG) vom 13. November 1986 (GVBl. S. 1771) hat das Kuratorium der Hochschule der Künste Berlin folgendes beschlossen:

§ 1

An der Hochschule der Künste Berlin werden von Gasthören Gebühren erhoben.

Die Gebühr beträgt beim Belegen von

nicht mehr als zwei Semesterwochenstunden	DM 20,-
drei bis vier Semesterwochenstunden	DM 35,-
fünf bis sechs Semesterwochenstunden	DM 50,-
über sechs Semesterwochenstunden	DM 60,-

Studenten, die an einer anderen Berliner Hochschule einschließlich der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin immatrikuliert sind (Nebenhörer), zahlen keine Gebühr.

§ 2

Die Pflicht zur Zahlung entsteht mit der Einschreibung.

§ 3

Diese Satzung tritt am 10. 12. 1987 in Kraft.

AMTSBLATT DER FREIEN HANSESTADT BREMEN

1985

Ausgegeben am 22. Januar 1985

Nr. 6

Entgeltordnung für Veranstaltungen der wissenschaftlichen und künstlerischen Weiterbildung

1. Entgeltpflicht und Höhe des Entgelts

- 1.1 Für die Teilnahme an der wissenschaftlichen und künstlerischen Weiterbildung wird gemäß § 109 Absatz 3 des Bremischen Hochschulgesetzes ein Entgelt erhoben.

Bei der Berechnung des Entgelts ist sicherzustellen, daß die Kosten, die durch die wissenschaftliche und künstlerische Weiterbildung entstehen, gedeckt werden.

- 1.2 Das Entgelt ist aufzuschlüsseln nach:

- 1.2.1 Grundentgelt für Personalkosten (für Dozenten und Hilfskräfte einschließlich der Nebenkosten)

- 1.2.2 Kostenbeitrag für Sachkosten (Lernmittel, Verbrauchsmaterial, zusätzlich anfallende Gerätemieten und Bewirtschaftungskosten sowie Nebenkosten)

- 1.3 Das Grundentgelt für Personalkosten beträgt regelmäßig mindestens 6,— DM pro Teilnehmer und Stunde und ist zu erhöhen, wenn daraus die bei der Durchführung der Veranstaltung entstehenden Personalkosten nicht abgedeckt werden können. Der Kostenbeitrag für Sachkosten ist in der für die Veranstaltung zusätzlich anfallenden Höhe festzusetzen.

In den Planungsunterlagen der wissenschaftlichen und künstlerischen Weiterbildung sind für jede Veranstaltung das Grundentgelt nach Nr. 1.2.1 und der Kostenbeitrag nach Nr. 1.2.2 getrennt auszuwerfen.

2. Abweichungen vom Grundentgelt

- 2.1 Wird eine Maßnahme im Auftrag eines Arbeitgebers, eines Berufsverbandes, der Arbeitsverwaltung oder eines sonstigen Drittmittelgebers durchgeführt, so wird das Grundentgelt auf der Grundlage einer Vereinbarung mit dem Drittmittelgeber festgesetzt. Das Grundentgelt muß mindestens 6,— DM pro Teilnehmer und Stunde betragen.

- 2.2 Für Veranstaltungen der beruflichen Weiterqualifikation, die nicht durch Dritte finanziert werden, kann das Grundentgelt abweichend von Nr. 1.3 festgesetzt werden. Das Grundentgelt muß mindestens 3,— DM pro Teilnehmer und Stunde betragen.

- 2.3 Bei Maßnahmen der zielgruppenspezifischen Weiterbildung sowie bei nachgewiesenen sozialen Gründen des Teilnehmers (z.B. Sozialhilfeempfänger, Arbeitslosigkeit) kann das Grundentgelt ermäßigt werden bzw. auf die Erhebung des Grundentgelts ganz verzichtet werden.

- 2.4 Die Gründe für eine Herabsetzung bzw. einen Verzicht gemäß 2.2 und Nr. 2.3 sind als belegbegründende Unterlagen zu behandeln und aufzuwahren. Solche Gründe können insbesondere sein:

- 2.4.1 Es handelt sich um eine Pilotmaßnahme (erstmaliges Angebot) oder ein besonderes Drittmittelprojekt;

- 2.4.2 Es besteht ein besonderes öffentliches (bildungspolitisches) Interesse an der Maßnahme/Veranstaltung.

3. Zuständigkeit, Fälligkeit

- 3.1 Über das Entgelt entscheidet die Koordinierungsstelle, die Zentralstelle für Weiterbildung oder die sonstige mittelbewirtschaftende Stelle im Rahmen dieser Entgeltordnung.

- 3.2 Das Entgelt wird mit der Anmeldung des Teilnehmers fällig. Über Teilzahlungsmöglichkeiten entscheiden die unter Nr. 3.1 genannten Stellen.

4. Mittelverwendung, Abrechnung

- 4.1 Alle Einnahmen aus Veranstaltungen der wissenschaftlichen und künstlerischen Weiterbildung sind zweckgebunden für Ausgaben der wissenschaftlichen und künstlerischen Weiterbildung bei der jeweils zuständigen mittelbewirtschaftenden Stelle.

- 4.2 Die Abrechnung der unter Nr. 3.1 genannten Stellen mit den Hochschulen bzw. Dozenten erfolgt regelmäßig halbjährlich nach Semesterabschluß. Dabei sind den Hochschulen die dort entstandenen Kosten zu erstatten.

5. Inkrafttreten

Diese Entgeltordnung tritt mit Wirkung vom 15. Januar 1985 in Kraft.

Bremen, den 4. Januar 1985

Der Senator für Bildung,
Wissenschaft und Kunst

Entgeltordnung für Gasthörer an bremischen Hochschulen

1. Für Gasthörer an bremischen Hochschulen wird gemäß § 109 Abs. 3 des Bremischen Hochschulgesetzes ein Entgelt erhoben.
2. Das Entgelt beträgt für Bewerber, die für die Dauer eines Semesters zu einzelnen Lehrveranstaltungen zugelassen sind:
 - 2.1 bis zu zwei Semesterwochenstunden 75,— DM,
 - 2.2 bis zu vier Semesterwochenstunden 100,— DM,
 - 2.3 bis zu sechs Semesterwochenstunden 125,— DM.
 Das Entgelt ist zu erhöhen, wenn
 - 2.4 die tatsächlichen Kosten nicht abgedeckt werden,
 - 2.5 Verbrauchsmittel in Anspruch genommen werden,
 - 2.6 besondere Einrichtungen benutzt werden.
3. Das Entgelt ist im voraus zu entrichten.
4. Die Entgelte fließen gemäß § 107 Abs. 2 des Bremischen Hochschulgesetzes den Mitteln für Lehre und Forschung zur Deckung von Mehrausgaben zu.
5. Bei nachgewiesenen sozialen Gründen des Bewerbers kann die Hochschule auf Antrag das Entgelt ermäßigen bzw. auf die Erhebung des Entgelts ganz verzichten. Der Antrag ist gleichzeitig mit dem Antrag auf Zulassung als Gasthörer zu stellen.
6. Die Gründe für eine Herabsetzung bzw. einen Verzicht sind als belegbegründende Unterlagen zu behandeln und aufzubewahren.
7. Diese Entgeltordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1985 in Kraft.

Bremen, den 21. März 1985

Der Senator für Bildung,
Wissenschaft und Kunst

AMTSBLATT DER FREIEN HANSESTADT BREMEN

1984

Ausgegeben am 20. Juni 1984

Nr. 41

Inhalt

Richtlinien für die Überlassung von Hochschulräumen S. 235

Richtlinien für die Überlassung von Hochschulräumen

Vom 22. Mai 1984

I. Geltungsbereich

Diese Richtlinien gelten für die Überlassung von Räumen der Hochschulen der Freien Hansestadt Bremen:

A. Für Zwecke, die im Zusammenhang mit den Aufgaben der Hochschulen stehen, an Mitglieder der Hochschulen, einschließlich der diesen gleichgestellten Personen (§ 5 Abs. 1 u. 2 Brem.Hochschulgesetz) bzw. hochschulinternen Organisationen. Hierunter fallen auch Einrichtungen und Organisationen, die mit den Hochschulen eng zusammenarbeiten (z.B. wissenschaftliche Institute und das Sozialwerk).

B. Für andere Zwecke an Hochschulmitglieder sowie hochschulfremde Personen oder Organisationen. Die Entscheidung über die Zuordnung nach A. oder B. fällt der Rektor.

II. Anträge, Benutzungsbedingungen und Widerruf**1. Anträge**

Anträge auf Benutzung von Hochschulräumen sind unter Benutzung der von der Hochschule ausgegebenen Formblätter rechtzeitig und vollständig bei der Hochschule einzureichen.

Die Antragsfrist beträgt:

- a) Für regelmäßig wiederkehrende Veranstaltungen 3 Wochen vor Beginn der 1. Veranstaltung,
- b) für Einzelveranstaltungen 2 Wochen,
- c) für Veranstaltungen aus unvorhergesehenem Anlaß 24 Stunden.

Änderungsanträge

Änderungen der Benutzungszeiten und des Benutzungsumfangs sind rechtzeitig zu beantragen. Soll eine Benutzung ausfallen, so ist die Hochschule unverzüglich, spätestens jedoch am letzten Werktag vor dem Veranstaltungstermin zu unterrichten.

2. Benutzungsbedingungen

Die Benutzungsbedingungen nach diesen Richtlinien und die mit der Zustimmung durch die Hochschule verbundenen besonderen Bedingungen sind zu beachten.

2.1 Die Räume dürfen nur durch den Antragsteller, während der zugesagten Zeit und für den beantragten Zweck benutzt werden.

2.1.1 In den Räumen der Hochschulen ist Werbung grundsätzlich nicht gestattet. Mit Einwilligung der Hochschulen dürfen Hinweise auf kulturelle und sportliche Veranstaltungen angebracht werden.

2.1.2 Der Vertrieb von Waren ist grundsätzlich nicht gestattet. Mit Einwilligung der Hochschulen kann in besonderen Ausnahmefällen eine gewerbliche Betätigung zugelassen werden, wenn ein Bezug zur gesetzlichen Aufgabe der Hochschule besteht.

2.2 Veranstaltungen dürfen nur in Anwesenheit des verantwortlichen Leiters stattfinden. Er ist für die Aufrechterhaltung der Ordnung verantwortlich. Durch die Benutzung dürfen Veranstaltungen der Hochschulen in keiner Weise gestört werden.

2.3 Der für die Veranstaltung verantwortliche Antragsteller ist verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß die Hochschulräume und deren Einrichtungen von den Veranstaltungsteilnehmern sorgfältig behandelt werden. Der Antragsteller haftet ohne Rücksicht auf eigenes Verschulden für alle Schäden, die der Hochschule anläßlich der Veranstaltung durch Beschädigung von Gebäuden, Räumen, Anlagen, Zugangswegen und Einrichtungen sowie durch Wegnahme von Sachen entstehen. Die Höhe des Schadensersatzanspruches richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.

2.4 Der Veranstalter hält die Hochschule und die Freie Hansestadt Bremen von etwaigen Haftpflichtansprüchen seiner Bediensteten, Mitglieder oder Beauftragte, der Besucher

1. der Richtlinien für die Graduiertensförderung ausländischer Studenten und die Zahlung von Druckkostenzuschüssen vom 9. Dezember 1971 in der Fassung vom 26. Oktober 1979 (Amtlicher Anzeiger Seite 2049),
 2. der Richtlinien für die Förderung ausländischer Studenten an den Hamburger Hochschulen vom 4. Juli 1979 (Amtlicher Anzeiger 1979 Seite 2051, 1980 Seite 405),
 3. der Richtlinien für die Förderung von Studenten aus Entwicklungsländern zum Studium in den Fachrichtungen für Ingenieurwesen an der Fachhochschule Hamburg vom 4. Juli 1979 (Amtlicher Anzeiger Seite 2052),
 4. des Gesetzes zur Einführung der einstufigen Juristenausbildung vom 30. April 1973 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 169), zuletzt geändert am 12. März 1986 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 49),
 5. des Hamburgischen Gesetzes zur Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses vom 7. November 1984 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 225),
- in der jeweils geltenden Fassung sind gebührenfrei.

(2) Die Abnahme von Prüfungen an der Universität Hamburg (einschließlich der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Prüfungen), der Fachhochschule Hamburg, der Hochschule für Wirtschaft und Politik, der Hochschule für bildende Künste, der Hochschule für Musik und darstellende Kunst sowie der Technischen Universität Hamburg-Harburg ist mit Ausnahme der in der Anlage B genannten Prüfungen gebührenfrei.

§ 4

Entstehung der Gebührenpflicht

Die Pflicht zur Zahlung der Benutzungsgebühren entsteht mit der Anmeldung.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 6. Dezember 1988.

Anlage A

Hochschulverwaltung, Universität Hamburg, Fachhochschule Hamburg, Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hochschule für bildende Künste, Hochschule für Musik und darstellende Kunst, Technische Universität Hamburg-Harburg, Studentenwerk Hamburg

Nummer	Gebührentatbestand	Gebührensatz in DM
Verwaltungsgebühren		
1	Anfertigung und Beglaubigung einer Zweitschrift oder Ersatzurkunde: Gasthörerchein, Doktorbrief, Diplom, Prüfungszeugnis, Prüfungsbescheinigung, Studienbuch, Zwischenzeugnis, nicht in Verbindung mit einem Zeugnis ausgegebene Gesamtnotenbescheinigung je	10,— bis 100,—
2	Ergänzung der von einer anderen Hochschule ausgestellten Studienbuchzweitschrift je Semester	8,—

§ 5

Fälligkeit

Die für die Prüfungen nach den Nummern 2.4.1.1 bis 2.4.2.2 der Anlage B zu entrichtenden Verwaltungsgebühren werden nach Abschluß des Prüfungsverfahrens, die für die sonstigen Prüfungen mit der Anmeldung fällig.

§ 6

Gebühren in besonderen Fällen

(1) Wird die Zulassung zu einer der in den Anlagen B und C aufgeführten Prüfungen versagt, so entfällt die Gebühr.

(2) Bei einem Rücktritt von der Prüfung ist die volle Gebühr zu entrichten. Ist der Prüfling wegen Krankheit oder anderer außergewöhnlicher Umstände zurückgetreten, so ermäßigt sich die Prüfungsgebühr auf ein Viertel. In diesem Falle wird bei einer erneuten Meldung zur Prüfung die entrichtete Gebühr angerechnet.

§ 7

Schlußvorschrift

(1) Diese Gebührenordnung tritt am 1. Januar 1989, Nummer 1.7.1 der Anlage B tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1988 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Gebührenordnung für das Hochschulwesen vom 6. Februar 1987 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 23) in der geltenden Fassung außer Kraft.

(3) Gebührenrechtsverhältnisse, die bei Inkrafttreten dieser Gebührenordnung bereits entstanden sind, werden nach bisherigem Recht abgewickelt.

Nummer	Gebührentatbestand	Gebührensatz in DM
	Schreibung, verspätete Rückmeldung oder verspätetes Belegen von Vorlesungen je	50,—
5	Bearbeitung fehlerhafter oder unvollständiger Rückmeldungen und Einschreibungen, sofern die festgestellten Mängel bis zum Ablauf der jeweiligen Frist behoben werden, je	5,— bis 20,—
	In anderen Fällen wird eine Gebühr nach Nummer 4 erhoben.	
6	Genehmigung zur Führung eines ausländischen Grades sowie nachträgliche Graduierung von Übersiedlern aus der Deutschen Demokratischen Republik	100,— bis 300,—
7	Erfolgreiche Widerspruchsverfahren einschließlich Widerspruchsverfahren in Zulassungs- und Prüfungsangelegenheiten	20,— bis 250,—
	Bei Teilerfolg des Widerspruchs ist die Gebühr anteilig festzusetzen.	
8	Verwaltungsaufwand bei Verlust von beim Benutzer abhanden gekommener Werke, je Werk	40,—
9	Verwaltungsaufwand durch Leihfristüberschreitung bei der Hochschule für Musik und darstellende Kunst, je angefangene Woche und Band	1,50 20,—
10	Anfertigung von Kopien aus dem Leserückvergrößerungsgerät, je Seite	1,50
11	Anfertigung von Fotokopien, Offsetdrucken und Lichtpausen	
11.1	Fotokopien je Seite	0,50
11.1.1	bei Selbstherstellung durch den Benutzer, je Seite	0,30
11.2	Offsetdrucke	
11.2.1	1 bis 99 Drucke je Seite	0,08
11.2.2	100 bis 299 Drucke je Seite	0,05
11.2.3	ab 300 Drucke je Seite	0,03
11.2.4	zusätzlich zu Nummern 11.2.1 bis 11.2.3 je Matrize	1,—
11.3	Lichtpausen	
11.3.1	bis zu einem Format von 420 x 594 mm (DIN A2) je Seite	0,80
11.3.2	bis zu einem Format von 594 x 841 mm (DIN A1) je Seite	1,50
11.3.3	bis zu einem Format von 841 x 1189 mm (DIN A0) je Seite	3,—
11.3.4	bis zu einem Format QM je Seite ... Für Mutterpausen wird das Vierfache einer Pause erhoben.	2,50

Nummer	Gebührentatbestand	Gebührensatz in DM
12	Die Gebühr nach Nummern 10 bis 11.3.4 beträgt mindestens je Auftrag	5,—
13	Beglaubigung einer Fotokopie oder Abschrift, je	1,50
14	Schriftliche gutachtliche Auskünfte und schriftliche Gutachten je angefangene halbe Arbeitsstunde eines	
14.1	Beamten des höheren Dienstes oder eines vergleichbaren Angestellten	37,—
14.2	Beamten des gehobenen Dienstes oder eines vergleichbaren Angestellten	28,50
14.3	Beamten des mittleren Dienstes oder eines vergleichbaren Angestellten	22,—
14.4	Beamten des einfachen Dienstes oder eines vergleichbaren Angestellten	19,50
	Diese Gebühren finden keine Anwendung auf Bedienstete der Schweisstechnischen Lehr- und Versuchsanstalt.	

Anlage B

Universität Hamburg, Fachhochschule Hamburg, Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hochschule für bildende Künste, Hochschule für Musik und darstellende Kunst, Technische Universität Hamburg-Harburg

Nummer	Gebührentatbestand	Gebührensatz in DM
Benutzungsgebühren		
1.1	Kontaktstudium nach § 51 HmbHG an den Hamburger Hochschulen mit einem Dozenten	
1.1.1	Grundgebühr je Teilnehmer und Semester	25,—
1.1.2	zusätzlich zur Grundgebühr je Unterrichtsstunde	2,— bis 10,—
1.2	Veranstaltungen nach Nummer 1.1, wenn die Teilnehmerzahl beschränkt wird,	
1.2.1	Grundgebühr je Teilnehmer und Semester	25,—
1.2.2	zusätzlich zur Grundgebühr je Unterrichtsstunde	2,50 bis 12,50
1.3	Zuschläge zu den Gebühren nach Nummer 1.1.2	
1.3.1	bei Mitwirkung eines zusätzlichen Dozenten, je Dozent und Unterrichtsstunde	2,— bis 10,—
1.3.1.2	sonstigen Bediensteten, je Bediensteter und Unterrichtsstunde	1,50 bis 7,50
1.3.2	bei Experimentalvorlesungen, je Vorlesung	2,— bis 10,—
1.3.3	bei Laboratoriumsübungen, je Übung	2,— bis 10,—

Nummer	Gebührentatbestand	Gebühren- satz in DM	Nummer	Gebührentatbestand	Gebühren- satz in DM
1.4	Zuschläge zu den Gebühren nach Nummer 1.2.2			Musiklehrer (Musiklehrer im freien Beruf und an Musikschulen) an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst	
1.4.1	bei Mitwirkung eines zusätzlichen		2.4.1	Zulassungsprüfung zur Diplomprüfung	75,—
1.4.1.1	Dozenten, je Dozent und Unterrichtsstunde	2,50	2.4.1.1	künstlerisch-praktische Prüfung	60,—
	bis	12,50	2.4.1.2	methodisches Gespräch	480,—
1.4.1.2	sonstigen Bediensteten, je Bediensteter und Unterrichtsstunde	2,—	2.4.1.3	Prüfung in den Fächern nach § 11 Absatz 3 Nummer 2	80,—
	bis	10,—	2.4.1.4	Wiederholung der Prüfung unter Nummer 2.4.1.3 je Fach	900,—
1.4.2	bei Experimentalvorlesungen, je Vorlesung	2,50	2.4.2	Diplomprüfung	650,—
	bis	12,50	2.4.2.1	Diplomarbeit	15,—
1.4.3	bei Laboratoriumsübungen, je Übung	2,50	2.4.2.2	Studienschwerpunktprüfung	gebührenfrei
	bis	12,50	2.5	Prüfungen nach den Nummern 2.1 bis 2.3	
1.5	Teilnahme an Veranstaltungen nach Nummern 1.1 bis 1.4.3		2.5.1	von Schülern, Soldaten ohne Gehalt, Zivildienstleistenden sowie Arbeitslosen und deren Ehegatten ohne Einkommen, sofern die Prüfungen von Arbeitslosen nicht im Rahmen von Arbeitsförderungsmaßnahmen erfolgen,	
1.5.1	von Schülern, Soldaten ohne Gehalt, Zivildienstleistenden sowie Arbeitslosen und deren Ehegatten ohne Einkommen, sofern die Teilnahme von Arbeitslosen nicht im Rahmen von Arbeitsförderungsmaßnahmen erfolgt,	15,—	2.5.2	von Studenten einer Hamburger Hochschule	
1.5.2	Von Studenten einer Hamburger Hochschule werden keine Gebühren erhoben.				
1.6	Für die Teilnahme am Kontaktstudium Kriminologie der Universität Hamburg wird während der Erprobungsphase bis zum Wintersemester 1988/89 einschließlich eine um 50 vom Hundert ermäßigte Gebühr nach den Nummern 1.1 bis 1.4.3 erhoben.				
1.7	Teilnahme am Aufbaustudium Musiktherapie an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst				
1.7.1	für Teilnehmer, die das Studium am 1. Oktober 1988 begonnen haben, je Teilnehmer und Monat	500,—			
1.7.2	für Teilnehmer, die das Studium am 1. Oktober 1986 begonnen haben, je Teilnehmer und Monat	450,—			
1.8	Teilnahme an Lehrveranstaltungen als Gasthörer, je Semester	75,—			
2	Verwaltungsgebühren				
2.1	Abnahme der Zwischenprüfung	100,—			
2.2	Abnahme der Abschlußprüfung	200,—			
2.3	Abnahme der Einstufungsprüfung nach der Ordnung der Einstufungsprüfung für die Studiengänge an der Fachhochschule Hamburg vom 26. April 1984 (Amtlicher Anzeiger Seite 1289)	400,—			
2.4	Abnahme der Fremdenprüfung nach § 19a der Diplomprüfungsordnung für Diplom-Musiklehrer vom 28. April 1982 mit der Änderung vom 30. November 1983 (Amtlicher Anzeiger 1982 Seite 1973 und 1984 Seite 885) für Diplom-				

Hochschulgebührengesetz
in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Januar 1982
(GV. NW. S. 70), zuletzt geändert durch Gesetz vom
20. Oktober 1987 (GV. NW. S. 366)

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Gebührenerhebung
§ 2	Allgemeine Gasthörergebühr
§ 2a	Besondere Gasthörergebühr
§ 3	Verwaltungsgebühren
§ 3a	Gebühren für den Bezug von Fernstudienmaterial
§ 4	Entstehung und Fälligkeit der Gebühren
§ 5	Verwaltungsvorschriften
§ 6	Inkrafttreten

HSGeBG

§ 1
Gebührenerhebung

(1) An den wissenschaftlichen Hochschulen, an den Kunsthochschulen und an den Fachhochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen werden folgende Gebühren für die Staatskasse erhoben:

1. Gasthörergebühren,
 2. Verwaltungsgebühren.
- Abweichend von Satz 1 werden an der Fernuniversität – Gesamthochschule – in Hagen erhoben:

1. Gebühren für den Bezug von Fernstudienmaterial,
2. besondere Gasthörergebühren und
3. Verwaltungsgebühren.

Die Zulassung als Gasthörer und die Verwaltungstätigkeiten nach § 3 sind von dem Nachweis der Entrichtung der Gebühr abhängig zu machen.

(2) Prüfungsgebühren für Hochschulprüfungen und allgemeine Studiengebühren werden nicht erhoben.

(3) Unberührt bleiben Gebühren an den Hochschulbibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen und Gebühren für Veranstaltungen außerhalb des Studienbetriebes.

§ 2
Allgemeine Gasthörergebühr
Die allgemeine Gasthörergebühr beträgt je Halbjahr 75,— DM.

§ 2a
Besondere Gasthörergebühr

(1) Die besondere Gasthörergebühr wird für die Teilnahme an einem Weiterbildungsangebot der Hochschule (weiterbildendes Studium oder sonstige Veranstaltung der Weiterbildung) erhoben. Sie ist so zu bemessen, daß grundsätzlich die Kosten, die durch das jeweilige Weiterbildungsangebot entstehen, gedeckt werden.

(2) Die Höhe der besonderen Gasthörergebühr ergibt sich aus der Summe der für das jeweilige Weiterbildungsangebot voraussichtlich erforderlichen Personals- und Sachausgaben, geteilt durch die voraussichtliche Zahl der Teilnehmer. Bei der Ermittlung der Personalausgaben ist pro Stunde Lehrveranstaltung ein Betrag von 160,— DM zugrunde zu legen. Bei der Ermittlung der Sachausgaben sind alle durch das jeweilige Weiterbildungsangebot zusätzlich entstehenden Ausgaben, insbesondere für Lernmittel, Verbrauchsmaterialien, Mieten, Bewirtschaftung und Beschaffungen, zu berücksichtigen.

- (3) Die besondere Gasthörergebühr ist von der Hochschule für jedes Weiterbildungsangebot gesondert festzusetzen; sie beträgt mindestens je Halbjahr 75,- DM.
- (4) Die Hochschule kann bis zur Höhe von 10 vom Hundert der durch das jeweilige Weiterbildungsangebot entstandenen Gebührensumme bedürftigen Teilnehmern auf Antrag Ermäßigung oder Erlass der Gebühren gewähren.
- (5) Die Hochschule kann die besondere Gasthörergebühr, soweit sie nicht von einem Dritten übernommen wird, bis zu einem Betrag von 75,- DM erlassen, wenn an dem Weiterbildungsangebot im Hinblick auf die Zielgruppe und den angestrebten Erfolg ein vom zuständigen Fachminister festgestelltes besonderes öffentliches Interesse besteht; Absatz 4 bleibt unberührt.
- (6) Der Minister für Wissenschaft und Forschung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Finanzminister den Betrag nach Absatz 2 Satz 2 unter Berücksichtigung wesentlicher Veränderungen bei den Personalkosten neu festzusetzen.

§ 3

Verwaltungsgebühren

An Verwaltungsgebühren werden erhoben:

1. für die Ausfertigung einer Zweitschrift des Studienbuches 30,- DM,
2. für die Ausfertigung einer Zweitschrift des Studienausweises, des Gasthörer-scheins, eines Prüfungszeugnisses oder einer Urkunde über die Verleihung eines akademischen Grades jeweils 10,- DM,
3. für verspätet beantragte Einschreibung oder Rückmeldung, für verspätetes Belegen oder für die nachträgliche Änderung des Belegens sowie für verspätetes Gebührengeld jeweils 20,- DM.

§ 3a

Gebühren für den Bezug von Fernstudienmaterial

- (1) Die Grundgebühr für den Bezug von Fernstudienmaterial beträgt für Studenten, Zweitthörer und Gasthörer 75,- DM je Halbjahr.
- (2) Die Entrichtung der Grundgebühr berechtigt zum Bezug von 9 Kurseinheiten.
- (3) Für jede darüber hinausgehende Kurseinheit beträgt die Gebühr 8,50 DM. Für studienvorbereitende Kurse vor der Einschreibung oder Zulassung ist nur die Gebühr für die Kurseinheiten zu entrichten; eine Grundgebühr wird nicht erhoben.
- (4) Die Fernuniversität wird ermächtigt, bis zur Höhe einer im Haushaltsplan für die Fernuniversität ausgewiesenen Gebührenerlaßsumme bedürftigen Studenten, Zweitthörern oder Gasthörern auf Antrag Erlass oder Ermäßigung der Gebühren nach Absatz 1 und 3 zu gewähren.
- (5) Die Fernuniversität kann den Versand von Fernstudienmaterial von dem Nachweis der Entrichtung der Gebühren nach Absatz 1 und 3 abhängig machen.

- (6) Der Minister für Wissenschaft und Forschung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Finanzminister die Gebühren für den Bezug von Fernstudienmaterial unter Berücksichtigung der Kostenentwicklung bei der Herstellung und dem Versand der Materialien neu festzusetzen. Durch Rechtsverordnung des Ministers für Wissenschaft und Forschung im Einvernehmen mit dem Finanzminister soll vorgesehen werden, die Gebühr nach Absatz 1 zu ermäßigen, sofern für einen vorangegangenen Studienabschnitt die erfolgreiche Teilnahme am Fernstudium nachgewiesen wird. Dabei ist die Art des Nachweises näher zu bestimmen.

§ 4

Entstehung und Fälligkeit der Gebühren

(1) Es entsteht

1. die Gasthörergebühr (§ 2 und § 2a) mit dem Antrag auf Zulassung als Gasthörer,
 2. die Ausfertigungsgebühr (§ 3 Nr. 1 und 2) mit dem Antrag auf Vornahme der Amtshandlung,
 3. die Säumnisgebühr (§ 3 Nr. 3) mit dem Ablauf der Fristen und Zahlungstermine,
 4. die Gebühr für eine Änderung der Belegung (§ 3 Nr. 3) mit dem Antrag auf Änderung der Belegung,
 5. die Grundgebühr (§ 3a Abs. 1) mit der Einschreibung, Rückmeldung oder Zulassung bei der Fernuniversität,
 6. die Gebühr für eine Kurseinheit (§ 3a Abs. 3) mit dem Belegen.
- (2) Die Gebühren werden mit der Entstehung fällig.

§ 5

Verwaltungsvorschriften

Der zuständige Minister erläßt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften.

§ 6¹⁾

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. April 1970 in Kraft.

1) Die Änderungen des Gesetzes vom 20. Oktober 1987 sind am 22. November 1987 in Kraft getreten.

Gesetzentwurf der Landesregierung (SH)

Entwurf

eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulrechts

dung über die Durchführung und Gestaltung eines Auswahlgesprächs trifft der Senat der Hochschule durch Satzung.

(3) Macht die Hochschule von der Möglichkeit des Absatzes 2 Gebrauch, werden die Studienplätze wie folgt vergeben:

1. Überwiegend nach dem Grad der Qualifikation für das gewählte Studium gemäß Artikel 13 Abs. 1 Nr. 1 des Staatsvertrages,

2. im Übrigen

- a) Überwiegend nach der Dauer der Zeit seit Erwerb der Qualifikation für den gewählten Studiengang (Wartezeit gemäß Artikel 13 Abs. 1 Nr. 2 des Staatsvertrages),
- b) nach dem Ergebnis des von der Hochschule durchgeführten Auswahlgesprächs."

Artikel 4

Die Anlage I, Landesbesoldungsordnung B, zu § 2 des Landesbesoldungsgesetzes vom 23. Dezember 1977 (GVOBl. Schl.-H. S. 508), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. März 1987 (GVOBl. Schl.-H. S. 161), wird wie folgt geändert:

1. In der Besoldungsgruppe 3 werden folgende Worte

eingefügt:

"Rektor

- als hauptberuflicher Rektor einer Hochschule mit einer Maßzahl von 1001 bis 2000 gemäß Nr. 20 der Anlage I zum Bundesbesoldungsgesetz".

4. § 8 erhält folgende Fassung:

"§ 8

Weiterbildungsgebühr

(1) Die Weiterbildungsgebühr wird für die Teilnahme an einem Weiterbildungsangebot der Hochschule (weiterbildendes Studium oder sonstige Veranstaltung der Weiterbildung) erhoben. Sie ist so zu bemessen, daß grundsätzlich die Kosten, die durch das jeweilige Weiterbildungsangebot entstehen, gedeckt werden.

(2) Die Höhe der Weiterbildungsgebühr ergibt sich aus der Summe der für das jeweilige Weiterbildungsangebot voraussichtlich erforderlichen Personal- und Sachausgaben, geteilt durch die voraussichtliche Zahl der Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Bei der Ermittlung der Personalausgaben ist je Stunde Lehrveranstaltung ein Betrag von 160 DM zugrunde zu legen. Bei der Ermittlung der Sachausgaben sind alle durch das jeweilige Weiterbildungsangebot zusätzlich entstehenden Ausgaben, insbesondere für Lernmittel, Verbrauchsmaterialien, Mieten, Bewirtschaftung und Beschaffungen zu berücksichtigen. Die Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur kann für die Ermittlung der Sachausgaben Pauschsätze durch Verordnung festsetzen.

(3) Die Weiterbildungsgebühr ist von der Hochschule für jedes Weiterbildungsangebot gesondert festzusetzen.

(4) Die Hochschule darf von der Erhebung der Weiterbildungsgebühr ganz oder teilweise absehen, wenn an dem Weiterbildungsangebot im Hinblick auf die Zielgruppe und den angestrebten Erfolg ein von der Ministerin für Bil-

2. In der Besoldungsordnung 4 werden folgende Worte eingefügt:

"Rektor

- als hauptberuflicher Rektor einer Hochschule mit einer Maßzahl von 2001 bis 4000 gemäß Nr. 20 der Anlage I zum Bundesbesoldungsgesetz".

Artikel 5

Das Gesetz über die Beiträge und Gebühren an den wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein in der Fassung vom 20. Oktober 1970 (GVOBl. Schl.-H. S. 281), geändert durch Gesetz vom 2. Mai 1973 (GVOBl. Schl.-H. S. 153), wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift wird das Wort "wissenschaftlichen" durch das Wort "staatlichen" ersetzt.

2. § 6 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Ein Student, eine Studentin, ein Gasthörer oder eine Gasthörerin hat eine Säumnisgebühr von 5,- DM zu zahlen, wenn er oder sie aus Gründen, die er oder sie zu vertreten hat,

1. sich verspätet immatrikulieren läßt,

2. sich verspätet zurückmeldet oder

3. Zahlungstermine nicht einhält."

3. In § 7 Satz 1 wird das Wort "pädagogischen" gestrichen.

dung, Wissenschaft, Jugend und Kultur festgestelltes besonderes öffentliches Interesse besteht.

(5) Die Hochschule kann bedürftige Teilnehmer und Teilnehmerinnen auf Antrag von der Zahlung der Gebühren ganz oder teilweise befreien.

(6) Die Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur kann durch Verordnung den Betrag nach Absatz 2 Satz 2 unter Berücksichtigung wesentlicher Veränderungen bei den Personalkosten neu festsetzen.

(7) Der Hochschule steht ein Teil ihrer Einnahmen aus Veranstaltungen der Weiterbildung für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung."

5. Die §§ 9 bis 11 werden gestrichen.

Artikel 6

Das Gesetz über die Errichtung der Technischen Hochschule Flensburg vom 17. März 1975 (GVOBl. Schl.-H. S. 43), geändert durch Gesetz vom 31. März 1976 (GVOBl. Schl.-H. S. 112), wird aufgehoben.

Artikel 7

Übergangsvorschriften

(1) Die Hochschulen und die Studentenschaften haben die Satzungen, die zur Anpassung an dieses Gesetz erforderlich sind, innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Genehmigung vorzulegen. Die Konsistorien, Senate

- X 620 - 3103.2272 -

Kiel, den 19. März 1988

Die Entgeltregelung für die Überlassung von Grundstücken, Gebäuden und Einrichtungen der Fachhochschule Kiel vom 1.11.1982, zuletzt geändert durch Erlass vom 2.10.1987, wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift erhält folgende Fassung:
"Entgeltregelung für die Fachhochschule Kiel".

2. Folgende §§ 3 a, 3 b werden eingefügt:

"§ 3 a

Veranstaltungen der Weiterbildung

(1) Für Veranstaltungen der Weiterbildung werden die folgenden Entgelte erhoben. Veranstaltungen der Weiterbildung sind Einzel- oder Blockveranstaltungen, die die Hochschule zum Zwecke der Erhaltung, Erneuerung oder Erweiterung der wissenschaftlichen Qualifikation von berufstätigen Hochschulabsolventen und diesen gleichgestellten Personen anbietet.

(2) Folgende Entgelte werden erhoben:

- a) Die Höhe des Entgelts je Teilnehmer wird bemessen nach den Ausgaben gem. Abs. b, soweit sie nicht von einem Dritten getragen werden, geteilt durch die voraussichtliche Zahl der Teilnehmer.
- b) Die anzurechnenden Ausgaben betragen bei Mitwirkung eines Dozenten 160,-- DM je Unterrichtsstunde. Im Falle der Mitwirkung von weiteren Dozenten sind die dadurch zusätzlich entstehenden Personalkosten anzusetzen. Im Falle der Benutzung der in § 2 Abs. 10 dieser Entgeltregelung genannten Einrichtungen sind zusätzlich die für die Benutzung zu zahlenden Selbstkosten anzusetzen.
- c) Höchstens sind die nach § 24 Abs. 2 des Verwaltungskostengesetzes nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten anzusetzen.

(3) Die Hochschule kann die für ein Weiterbildungsangebot nach Absatz 2 zu erhebenden Entgelte unterschreiten, wenn sie die für ein anderes Weiterbildungsangebot zu erhebenden Entgelte um den entsprechenden Betrag überschreitet. Dadurch dürfen die nach § 24 Abs. 2 des Verwaltungskostengesetzes ansatzfähigen Kosten nicht überschritten werden.

(4) Die Hochschule kann

- a) bedürftigen Teilnehmern das Entgelt ermäßigen oder erlassen,
- b) das Entgelt ermäßigen oder erlassen, wenn der Kultusminister auf Antrag der Hochschule festgestellt hat, daß an dem Weiterbildungsangebot im Hinblick auf die Zielgruppe und den angestrebten Erfolg ein besonderes öffentliches Interesse besteht.

§ 3 b

Weiterbildendes Studium

Für das weiterbildende Studium wird kein Entgelt erhoben."



Ministerium
für Bildung, Wissenschaft,
Jugend und Kultur
des Landes Schleswig-Holstein

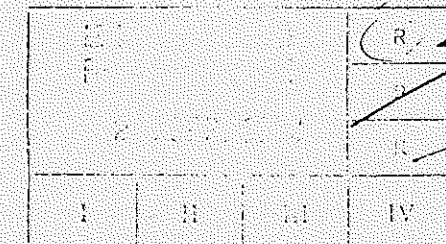
- X 620 a - 3103.2272 -

(Geschäftszeichen, im Antwortschreiben angeben)

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur
des Landes Schleswig-Holstein · Postfach 11 09 · 2300 Kiel 1

Rektorat
der Fachhochschule Kiel
Breiter Weg

2300 Kiel



Ortsnetz- kennzahl	Vermittlung	oder Durchwahl
04 31	599-1	599-2690

KIEL, den 7. September 1988

Betr.: Institut für Weiterbildung an der Fachhochschule Kiel

Anlg.: - 1 -

Mit Wirkung vom 1. Januar 1989 wird das Institut für Weiterbildung an der Fachhochschule Kiel errichtet. Die Beiträge für die Teilnahme an Veranstaltungen des Instituts werden aufgrund einer Entgeltregelung erhoben. Von diesen Einnahmen werden pauschal 20 % an das Land abgeführt. Damit wird die Benutzung der vom Land bereitgestellten Einrichtungen und Geräte einschließlich der Benutzung der Hochschulrechenanlage abgegolten. Eine zusätzliche Berechnung von Kosten aufgrund der Entgeltregelung findet gegenüber dem Institut für Weiterbildung nicht statt. Zur rechtlichen Klarstellung dieses Sachverhalts habe ich die Entgeltregelung der Fachhochschule Kiel durch den anliegenden Erlass entsprechend ergänzt.

Im Auftrage

Richard Voß

Dr. Richard Voß

Dienstgebäude
2300 Kiel 1 (XL, Abt. X 1, X 4 und X 5) 04 31 59 61
Düsternbrooker Weg 64

Vermittlung
02 99 871
ldreg kiel

Telex
02 99 871
ldreg kiel

Telefax
596-48 35

Teletex
43 15 90 = KUMIDSH

Besuchszeiten
Mo. - Fr.
9-12 Uhr

Gleitende Arbeitszeit
Kernzeit (einschl. Mittagspause)
9.00 bis 15.30 Uhr

2300 Kiel 1 (Abt. X 2, X 3, X 6 und X 7) 04 31 59 91
Gartenstraße 6

599-27 46

43 15 18 = KUMIGSH



Ministerium
für Bildung, Wissenschaft,
Jugend und Kultur
des Landes Schleswig-Holstein

- X 620 a - 3103.2272 -
(Geschäftszeichen, im Antwortschreiben angeben)

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur
des Landes Schleswig-Holstein - Postfach 1109 - 2300 Kiel 1

A30

KIEL, den 7. September 1988

Ortsnetz- kennzahl	Vermittlung	oder Durchwahl
04 31	599-1	599/2690

Die Entgeltregelung für die Fachhochschule Kiel vom 01.11.1982,
zuletzt geändert durch Erlass vom 19.03.1988, wird wie folgt
geändert:

1. In § 2 wird nach Absatz 3 folgender Absatz 3 a eingefügt:
"(3 a) Vom Institut für Weiterbildung an der Fachhochschule
Kiel erhebt die Fachhochschule Kiel keine Entgelte nach
dieser Entgeltregelung."
2. Diese Änderung tritt mit Wirkung vom 01.01.1989 in Kraft.

Im Auftrage

Dr. Richard Voß

Richard Voß
Dr. Richard Voß



Ministerium
für Bildung, Wissenschaft,
Jugend und Kultur
des Landes Schleswig-Holstein

A 31

- X 620 a - 3103.2241 -
(Geschäftszeichen, im Antwortschreiben angeben)

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur
des Landes Schleswig-Holstein - Postfach 1109 - 2300 Kiel 1

Kiel, den 13. Juni 1988

Rektorat der
Pädagogischen Hochschule Kiel
Olshausenstraße 75

2300 Kiel

Ortsnetz- kennzahl	Vermittlung	oder Durchwahl
04 31	599-1	599-2690



Betr.: Entgeltregelung für die Überlassung von Grundstücken,
Gebäuden und Einrichtungen;
hier: Veranstaltungen der Weiterbildung

Bezug: Mein Schreiben vom 09.05.1988

Die Entgeltregelung für die Überlassung von Grundstücken,
Gebäuden und Einrichtungen der Pädagogischen Hochschule
Kiel vom 16. November 1982, geändert am 13. März 1984,
wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift erhält folgende Fassung:
"Entgeltregelung für die Pädagogische Hochschule Kiel".
2. Folgende §§ 3 a, 3 b werden eingefügt:
"§ 3 a
Veranstaltungen der Weiterbildung
(1) Für Veranstaltungen der Weiterbildung werden die
folgenden Entgelte erhoben. Veranstaltungen der Wei-
terbildung sind Einzel- oder Blockveranstaltungen, die
die Hochschule zum Zwecke der Erhaltung, Erneuerung
oder Erweiterung der wissenschaftlichen Qualifikation
von berufstätigen Hochschulabsolventen und diesen nach § 21 HRG
gleichgestellten Personen anbietet.

- 2 -

Dienstgebäude	Vermittlung	Telex	Telefax	Teletex	Besuchszeiten	Gleitende Arbeitszeit
2300 Kiel I (XL, Abt. X 1, X 4 und X 5) Düsternbrooker Weg 64	04 31 59 61	02 99 871 ldreg kiel	5 96-48 35	43 15 90 = KUMIDSH	Mo. - Fr. 9-12 Uhr	Kernzeit (einschl. Mittagspause) 9.00 bis 15.30 Uhr
2300 Kiel I (Abt. X 2, X 3, X 6 und X 7)	04 31 59 91		5 99-27 46	43 15 18 = KUMIGSH		

Dienstgebäude	Vermittlung	Telex	Telefax	Teletex	Besuchszeiten	Gleitende Arbeitszeit
2300 Kiel I (XL, Abt. X 1, X 4 und X 5) Düsternbrooker Weg 64	04 31 59 61	02 99 871 ldreg kiel	5 96-48 35	43 15 90 = KUMIDSH	Mo. - Fr. 9-12 Uhr	Kernzeit (einschl. Mittagspause) 9.00 bis 15.30 Uhr
2300 Kiel I (Abt. X 2, X 3, X 6 und X 7) Gartenstraße 6	04 31 59 91		5 99-27 46	43 15 18 = KUMIGSH		

(2) Folgende Entgelte werden erhoben:

- a) Die Höhe des Entgelts je Teilnehmer wird bemessen nach den Ausgaben gemäß Absatz b, soweit sie nicht von einem Dritten getragen werden, geteilt durch die voraussichtliche Zahl der Teilnehmer.
- b) Die anzurechnenden Ausgaben betragen bei Mitwirkung eines Dozenten 170,00 DM je Unterrichtsstunde. Im Falle der Mitwirkung von weiteren Dozenten oder von Assistenten sind die dadurch zusätzlich entstehenden Personalkosten anzusetzen. Im Falle der Benutzung der Rechenanlage der Universität Kiel sind zusätzlich die an die Universität Kiel zu zahlenden Selbstkosten anzusetzen.
- c) Höchstens sind die nach § 24 Abs. 2 des Verwaltungskostengesetzes nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten anzusetzen.

(3) Die Hochschule kann die für ein Weiterbildungsangebot nach Absatz 2 zu erhebenden Entgelte unterschreiten, wenn sie die für ein anderes Weiterbildungsangebot zu erhebenden Entgelte um den entsprechenden Betrag überschreitet. Dadurch dürfen die nach § 24 Abs. 2 des Verwaltungskostengesetzes ansatzfähigen Kosten nicht überschritten werden.

(4) Die Hochschule kann

- a) bedürftigen Teilnehmern das Entgelt ermäßigen oder erlassen,
- b) das Entgelt ermäßigen oder erlassen, wenn der Kultusminister auf Antrag der Hochschule festgestellt hat, daß an dem Weiterbildungsangebot im Hinblick auf die Zielgruppe und den angestrebten Erfolg ein besonderes öffentliches Interesse besteht.

§ 3 b

Weiterbildendes Studium

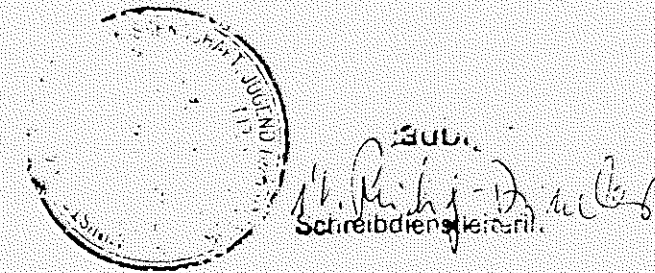
Für das weiterbildende Studium wird kein Entgelt erhoben."

3. Inkrafttreten:

Die vorstehenden Änderungen treten mit Wirkung vom 1. Oktober 1988 in Kraft.

Im Auftrage

Dr. Voß





Der Kultusminister
des Landes Schleswig-Holstein
- X 620 a - 3103.151 -
(Geschäftszeichen im Antwortschreiben angeben)

Kultusminister des Landes Schleswig-Holstein, Postfach 11 33, 2300 Kiel

2300 Kiel, den 16. November 1982
Postfach 11 33
☎ (0431) Durchwahl 51 15
Auskunft erteilt:

ENTGELTREGELUNG

für die Überlassung von Grundstücken, Gebäuden und
Einrichtungen der Pädagogischen Hochschule Kiel

Aufgrund von § 11 Nrn. 3 und 4 des Hochschulgesetzes (HSG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. März 1979 (GVObI. Schl.-H. S. 123), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Mai 1981 (GVObI. Schl.-H. S. 115), in Verbindung mit den Richtlinien für die Benutzung von Gebäuden und Grundstücken der Staatlichen Hochschulen (Gebäudenutzungsrichtlinien) vom 27. Mai 1975 (NB1. KM. Schl.-H. S. 194) erlasse ich nachstehende

Entgeltregelung

§ 1 Allgemeines

- (1) Nach Maßgabe der Gebäudenutzungsrichtlinien vom 27. Mai 1975 in Verbindung mit dieser Entgeltregelung kann die Pädagogische Hochschule Kiel die ihr gem § 11 Nr. 4 HSG zur Verfügung gestellten Gebäude, Grundstücke und Einrichtungen - wie Räume, Hörsäle und Anlagen aller Art -, im folgenden als "Räume" bezeichnet, an Personen, Personengruppen oder Behörden für wissenschaftliche, kulturelle, politische, gemeinnützige, sportliche oder behördliche Veranstaltungen überlassen.
- (2) Die Überlassung erfolgt durch privatrechtlichen Mietvertrag, oder - soweit sie nach diesen Bedingungen unentgeltlich zulässig ist und Unentgeltlichkeit vereinbart wird - durch privatrechtlichen Leihvertrag.

§ 2 Entgelt

- (1) Als Entgelt für die Überlassung wird vom Mieter der nach den folgenden Bestimmungen festgelegte Betrag geschuldet.

- (2) Für Veranstaltungen, die privatrechtliche studentische Vereinigungen nach § 31 HSG durchführen, können Räume unentgeltlich überlassen werden, wenn für den Besuch der Veranstaltung kein Entgelt erhoben wird und die Mitgliedschaft in der Vereinigung nicht erst gegen Entgelt erworben wird. Die Unentgeltlichkeit bedarf der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.
- (3) Sofern wissenschaftliche Vereinigungen Kongresse oder Tagungen in Verbindung mit einer wissenschaftlichen Einrichtung der Pädagogischen Hochschule Kiel veranstalten, soll das Präsidium der Pädagogischen Hochschule Kiel auf die Erhebung eines Entgelts verzichten.
- (4) Im übrigen richtet sich die Höhe des Entgelts nach dem Abs. 5
- (5) Überlassung der Räume
- a) Für die Überlassung folgender Räume wird pro Sitzplatz und Veranstaltung ein Entgelt von 1,10 DM erhoben. Für Veranstaltungen, die mehr als einen Tag in Anspruch nehmen, wird das Entgelt für jeden Tag erhoben. Die Anmietung eines Raumes berechtigt gleichzeitig zur üblichen Mitbenutzung der dazugehörigen Verkehrsflächen.

Hörsaal 1	297,00 DM
" 2	297,00 DM
" 3	343,20 DM
" 4	132,00 DM

Mensagebäude

Raum 38	30,80 DM
Raum 39	41,80 DM
Raum 40	92,40 DM

Seminarräume

Räume mit 24 Plätzen bis 40 Plätzen 26,40 bis 44,00 DM
 Räume mit 50 Plätzen bis 80 Plätzen 55,00 bis 88,00 DM

- b) Für die Überlassung anderer Räume werden entsprechend den vorstehenden Regelungen 1,10 DM je bereitgestellten Sitzplatz bzw. 0,33 DM/m² bei Verkehrsflächen, die über die übliche Mitnutzung hinaus in Anspruch genommen werden (z.B. für Ausstellungen), erhoben.

Berechnung von Sonderkosten

- (1) Für außerordentliche Arbeitsleistungen und Sonderkosten gilt § 4 Satz 2 der Gebäudenutzungsrichtlinien.
- (2) Eine Sicherheitsleistung im Sinne von § 4 Satz 3 der Gebäudenutzungsrichtlinien wird in Höhe von 1.000,--DM erhoben, wenn ein zur Durchführung der Veranstaltung erforderlicher besonderer Aufwand dies rechtfertigt oder die Veranstaltungen ein besonderes finanzielles Risiko für die Pädagogische Hochschule Kiel mit sich bringt. Sollte im Einzelfall eine Überlassung mit einem höheren Risiko verbunden sein, kann eine höhere Sicherheitsleistung erhoben werden.

§ 4

Inkrafttreten

Dieser Erlaß tritt am 1. Januar 1983 in Kraft.

Im Auftrage


 Dr. von Scheliha



Kiel, den 2. Oktober 1987

Kultusminister des Landes Schleswig-Holstein, Postfach 1109, 2300 Kiel I

Rektorat der
Fachhochschule Kiel
Breiter Weg 10

2300 Kiel

EINGANG Fachhochschule Kiel		Ortsnetz- kennzahl 04 31	Vermittlung 599-1	oder Durchwahl 599/2690
15. NOV 1987		K		
I	II	III	IV	

Betr.: Entgeltregelung für die Überlassung von Grundstücken,
Gebäuden und Einrichtungen der Fachhochschule Kiel

Bezug: Ihr Schreiben vom 11.6.1987

Die Entgeltregelung der Fachhochschule Kiel vom 1. November 1982,
geändert am 13. März 1984, wird wie folgt geändert:

In § 2 wird folgender Absatz 10 eingefügt:

"(10) Für die Benutzung der Datenverarbeitungsanlage werden be-
rechnet:

	Betriebs- kosten	Selbst- kosten	Markt- preise
1. Siemens 7.536-20 je angefangene Stunde	90,-- DM	166,-- DM	380,-- DM
Terminals	4,-- DM	4,-- DM	12,-- DM
2. CAD/CAM Applicon je angefangene Stunde	39,-- DM	145,-- DM	145,-- DM
3. Prozeßbrechner- system NDS II je angefangene Stunde	36,-- DM	88,-- DM	180,-- DM
4. vernetzte PC's im Fach- bereich Bauwesen je angefangene Stunde	18,-- DM	30,-- DM	60,-- DM
5. vernetzte PC's im Fach- bereich Technik je angefangene Stunde	9,-- DM	17,-- DM	38,-- DM
6. autonome PC's je angefangene Stunde	6,-- DM	6,-- DM	6,-- DM

Dienstgebäude 2300 Kiel I (XL, Abt. X 1, X 4 und X 5) Düsternbrooker Weg 64	Vermittlung 04 31 59 61	Telex 0 29 98 71 Idreg Kiel	Telefax 5 96 48 35	Teletex 43 15 90 - KUMIDSH	Besuchszeiten Mo.-Fr. 9-12 Uhr	Gleitende Arbeitszeit Kernzeit (einschl. Mittagspause) 9.00 bis 15.30 Uhr
2300 Kiel I (Abt. X 2, X 3, X 6 und X 7) Gartenstraße 6	04 31 59 91		5 99 27 46	43 15 18 - KUMIGSH		

ENTGELTREGELUNG

für die Überlassung von Grundstücken, Gebäuden und Einrichtungen
der Fachhochschule Kiel

Erlaß des Kultusministers vom 22.9.1981 - X 620a - 3103 -

Aufgrund des § 11 Nrn. 3 u. 4 des Hochschulgesetzes (HSG) in der
Fassung der Bekanntmachung vom 1. März 1979 (GVOBL. Schleswig-
Holstein S. 123), geändert durch Gesetz v. 18. Mai 1981
(GVOBL. Schleswig-Holstein S. 115), in Verbindung mit den Richt-
linien für die Benutzung von Gebäuden und Grundstücken der Hochschu-
len (Gebäudenutzungsrichtlinien) vom 27. Mai 1975 (NBl. KM. Schles-
wig-Holstein S. 194) erlasse ich nachstehende

Entgeltregelung:

§ 1

Allgemeines

- (1) Nach Maßgabe der Gebäudenutzungsrichtlinien vom 27. Mai 1975
in Verbindung mit nachfolgender Entgeltregelung kann die
Fachhochschule Kiel in Kiel die ihr gemäß § 11 Nr. 4
HSG zur Verfügung gestellten Gebäude, Grundstücke und Einrichtun-
gen - wie Räume, Hörsäle, Sport- und andere Anlagen und Gegen-
stände aller Art -, im folgenden als "Räume" bezeichnet, Personen,
Personengruppen oder Behörden für wissenschaftliche, kulturelle,
politische, gemeinnützige, sportliche oder behördliche Veranstal-
tungen überlassen.
- (2) Die Überlassung erfolgt durch privatrechtlichen Mietvertrag
oder - soweit sie nach diesen Bedingungen unentgeltlich zu-
lässig ist und Unentgeltlichkeit vereinbart wird - durch pri-
vatrechtlichen Leihvertrag.

Überarbeitete KM-Fassung nach den Empfehlungen des Senats
vom 30. September 1982

- 2 -

§ 2

Entgelt

- (1) Als Entgelt für die Überlassung wird vom Mieter der nach den folgenden Bestimmungen festgelegte Betrag geschuldet.
- (2) Für Veranstaltungen, die privatrechtliche studentische Vereinigungen durchführen, können Räume unentgeltlich überlassen werden, wenn für den Besuch der Veranstaltung kein Entgelt erhoben wird und die Mitgliedschaft in der Vereinigung nicht erst gegen Entgelt erworben wird. Die Unentgeltlichkeit ist schriftlich zu vereinbaren.
- (3) Sofern Vereinigungen, Verbände und sonstige juristische Personen, mit denen die Fachhochschule, einer ihrer Fachbereiche oder Einrichtungen oder eine Einrichtung an der Fachhochschule in Verbindung steht, Tagungen oder Zusammenkünfte ihrer Mitglieder in Räumen der Fachhochschule veranstalten, kann das Präsidium in begründeten Ausnahmefällen auf die Erhebung eines Entgelts ganz oder teilweise verzichten.
- (4) Im übrigen richtet sich die Höhe des Entgelts nach den Absätzen 5 bis 7.

(5) Überlassung der Räume des Fachbereichs Bauwesen

1. Für die Überlassung folgender Räume wird pro Tag berechnet:

Physiksaal,	84 Sitzplätze	= 84,-- DM pro Tag
Raum 225	50 Sitzplätze	= 50,-- DM pro Tag
Raum H 2 oder Raum H 4	32 Sitzplätze	= 32,-- DM pro Tag
Raum H 3 bis	20 Sitzplätze (Seminarraum)	= 20,-- DM pro Tag

2. Grundlage für die Berechnung des festgesetzten Entgelts ist 1,-- DM pro Sitzplatz. Die Anmietung eines Raumes berechtigt gleichzeitig zur Mitbenutzung der dazugehörigen Verkehrsflächen für Zu- und Abgang. Soweit vorhanden, gilt dies auch für Toiletten und Waschräume.

Bei Überlassung der Räume für einen halben Tag werden die vorgenannten Sätze halbiert.

Als halber Tag gilt eine Benutzung bis zu 6 Stunden, als ganztägige Benutzung gilt eine darüber hinausgehende Inanspruchnahme; stundenweise Benutzung heißt 1/6 des Wertes, der für 1/2 tägige Nutzung gilt.

Überarbeitete KM-Fassung auf Grund des Senatsbeschlusses vom
30.09.1982

(6) Überlassung der Räume des Fachbereichs Technik

1. Für die Überlassung folgender Räume wird pro Tag berechnet:

Nr.	Raumbezeichnung	Fläche m ²	Plätze
310	Aula	169	(60) geplant
232	Großer Hörsaal	142	(150) ohne Tische 138 vorhanden
101	E-Hörsaal	83	62 vorhanden
104	"-	82	geplant
201	Physik-Hörsaal I	64	38 vorhanden
208	"-	83	49 vorhanden
221	Chemie-Hörsaal	54	48 vorhanden
120	Hörsaal	85	(50) geplant
129	"-	66	geplant
131	"-	86	(60) geplant
134	"-	83	(60) geplant
209	"-	69	56 vorhanden
211	"-	66	45 vorhanden
214	"-	61	42 vorhanden
222	"-	65	(40) geplant
230	"-	83	(50) geplant
301	"-	91	(35) geplant
307	"-	71	49 vorhanden
313	"-	61	41 vorhanden
320	"-	85	(62) geplant
321	"-	57	(30) geplant
322	"-	78	(55) geplant
329	"-	106	(80) geplant
330	"-	106	(80) geplant

2. Grundlage für die Berechnung des festgesetzten Entgelts ist, soweit die endgültige Sitzplatzzahl lediglich geplant ist, die Quadratmeterfläche mit pro m² = 0,30 DM, im übrigen die Zahl der Sitzplätze mit pro Sitzplatz = 1,-- DM.

Die Anmietung eines Raumes berechtigt gleichzeitig zur Mitbenutzung der dazugehörigen Verkehrsflächen für Zu- und Abgang. Soweit vorhanden, gilt dies auch für Toiletten und Waschräume.

Die Heranziehung der Quadratmeterfläche als Berechnungsgrundlage mit 0,30 DM pro m² gilt nur ausnahmsweise und nur für die Fälle, in denen Sitzplätze weder vorhanden noch vorübergehend provisorisch installiert werden können.

Die Überlassung vorstehender Räume des Fachbereichs Technik wird pro Tag berechnet. Für halbtägige Benutzung wird das Ganztags-Entgelt halbiert.

Als "halbtags" gilt eine Inanspruchnahme von max. 6 Stunden, als "ganztags" gilt eine darüber hinausgehende Inanspruchnahme; stundenweise Benutzung heißt 1/6 des Wertes, der für 1/2 tägige Nutzung gilt.

(7) Überlassung der Räume des Fachbereichs Sozialwesen

1. Für die Überlassung folgender Räume wird pro Tag berechnet:

Raum-Nr.	Fläche m ²	Sitzplätze
205	107	84

2. Grundlage für die Berechnung des festgesetzten Entgelts ist 1,-- DM pro Sitzplatz. Die Anmietung eines Raumes berechtigt gleichzeitig zur Mitbenutzung der dazugehörigen Verkehrsflächen für Zu- und Abgang. Soweit vorhanden, gilt dies auch für Toiletten und Waschräume.

3. Für die Benutzung der Turnhallen durch eingetragene Sportvereine, anerkannte Betriebssportgemeinschaften und Verbände, die dem Landessportverband angehören, Sporttreibende des allgemeinen Hochschulsports an der Fachhochschule Kiel sowie für die Benutzung durch Behindertengruppen, soweit ein von allen Benutzern gemeinsam erarbeiteter und vom Dekan genehmigter wöchentlicher Nutzungsplan anerkannt wird, werden Benutzungsentgelte nicht erhoben.

Im übrigen wird für die Benutzung der Turnhallen im Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Kiel berechnet:

a) bei stundenweiser Benutzung

Große Turnhalle im Fachbereich Sozialwesen pro Stunde 20,-- DM,
Kleine Turnhalle im Fachbereich Sozialwesen pro Stunde 15,-- DM.

b) bei ganztägiger/halbtägiger Benutzung

	ganztags	halbtags
Große Sporthalle	288,-- DM	160,-- DM
Kleine Sporthalle	120,-- DM	65,-- DM

Als halbtags gilt eine Inanspruchnahme von max. 6 Stunden,
als ganztags gilt eine darüber hinausgehende Inanspruchnahme,
Stundenweise Benutzung heißt 1/6 des Wertes, der für 1/2tägige
Nutzung gilt.

§ 3

Berechnung von Sonderkosten

- (1) Für außerordentliche Arbeitsleistungen und Sonderkosten gilt § 4 Satz 2 der Gebäudenutzungsrichtlinien.
- (2) Eine Sicherheitsleistung im Sinne von § 4 Satz 3 der Gebäudenutzungsrichtlinien wird in Höhe von 2.000,-- DM erhoben, wenn ein zur Durchführung der Veranstaltung erforderlicher besonderer Aufwand dies rechtfertigt oder die Veranstaltung ein besonderes finanzielles Risiko für die Fachhochschule Kiel mit sich bringen. Sollte im Einzelfall eine Überlassung mit einem höheren Risiko verbunden sein, kann eine höhere Sicherheitsleistung erhoben werden, die das Präsidium im Einzelfall festsetzt.

§ 4

Inkrafttreten

Dieser Erlaß tritt am _____ in Kraft.

§ 5

Außerkräfttreten

- (1) Mit Inkrafttreten dieser Entgeltsregelung treten außer Kraft.

**UNIVERSITÄT
BIELEFELD
- Rektorat -**

Bielefeld, den 25. April 1989

**Verfahrensgrundsätze
bei der Einführung neuer Weiterbildungsangebote an der Universität Bielefeld,
der Festsetzung von Teilnehmergebühren und der
Verwendung von Gebühreneinnahmen aus Weiterbildung**

1. Über ihre Weiterbildungsaktivitäten informieren die Fakultäten und Einrichtungen den Prorektor für Lehre, Studienangelegenheiten und Weiterbildung.
Die Kontaktstelle Wissenschaftliche Weiterbildung unter der Leitung des Rektoratsbeauftragten für wissenschaftliche Weiterbildung erstellt jährlich eine zusammenfassende Darstellung der Weiterbildungsaktivitäten an der Universität Bielefeld. Sie nimmt Beratungsaufgaben in allen Fragen der wissenschaftlichen Weiterbildung sowie in begrenztem Umfang auch Entwicklungsaufgaben bei der Einrichtung neuer Weiterbildungsangebote an der Universität Bielefeld wahr.
2. Über die Einrichtung eines Weiterbildenden Studiums, das aus in sich geschlossenen Abschnitten besteht und Zugangsvoraussetzungen gemäß § 89 Abs 4 Sätze 1 - 3 WissHG unterliegt, trifft der Senat auf der Grundlage entsprechender Beschlüsse der an dem Studium beteiligten Fakultäten und auf Empfehlung der Kommission für Lehre, Studienangelegenheiten und Weiterbildung einen Grundsatzbeschluss. Der Antrag enthält alle notwendigen Angaben zum geplanten Studium in Anlehnung an die im Bezugserlaß des MWF NW I A 6 - 8034/35 zur Einführung, Änderung und Aufhebung von Studiengängen nach §§ 83 und 87 WissHG definierten Antragserfordernisse. Die Studienordnung und - soweit vorgesehen - die Ordnung zur Feststellung des Erfolgs der Teilnahme an dem Weiterbildenden Studium werden, nachdem sie zuvor in der Kommission für Lehre, Studienangelegenheiten und Weiterbildung behandelt worden sind, vom Senat entweder in einer Lesung beraten und verabschiedet oder der Kommission für Lehre, Studienangelegenheiten und Weiterbildung zur Vorbereitung einer zweiten Lesung überstellt.
Die Einführung, Änderung und Aufhebung von Weiterbildenden Studien, die weder einem Studiengang noch einem Studium im Sinne der §§ 83 und 87 WissHG entsprechen, bedürfen nicht der Genehmigung durch den Minister. Der Erlaß von Ordnungen der Hochschule, die keine Satzungen im Sinne des WissHG darstellen, ist allerdings dem Minister anzuzeigen.
3. Gemäß § 2a Hochschulgebührengesetz (HSGebG) wird für die Teilnahme an einem Weiterbildungsangebot der Hochschule (Weiterbildendes Studium oder sonstige Veranstaltungen der Weiterbildung) eine besondere Gasthörergebühr erhoben. Zwecks Festsetzung der Teilnehmergebühren durch den Kanzler legt die betreffende Fakultät oder Einrichtung der zentralen Verwaltung jeweils eine Modellrechnung nach Maßgabe der Bestimmungen in § 2a HSGebG vor. Entsprechend ist bei der Festsetzung der Entgelte für Weiterbildungsveranstaltungen, die gemäß § 89 Abs. 7 WissHG auf privatrechtlicher Grundlage angeboten werden, zu verfahren. Sofern im Ausnahmefall gemäß § 2a Abs. 4 und 5 HSGebG eine Gebührenermäßigung beabsichtigt ist, ist der Modellrechnung und dem Reduktionsvorschlag eine entsprechende ausführliche Begründung beizufügen.
4. Über die Verwendung der aus Weiterbildungsgebühren eingenommenen Mittel entscheidet der Kanzler im Einvernehmen mit dem Prorektor für Lehre, Studienangelegenheiten und Weiterbildung. Grundsätzlich fließen die Einnahmen den Weiterbildung anbietenden Fakultäten und Einrichtungen zu. Zur Deckung der Infrastruktur-Kosten und zur Förderung der wissenschaftlichen Weiterbildung an der Universität Bielefeld insgesamt wird bis auf weiteres eine Overhead-Pauschale in Höhe von in der Regel 10 Prozent der Brutto-Einnahmen einbehalten.

A 48

Zusatz 2

Nr.	SWS	SMW	Gesamt-std.	Personal-kosten	M i e t e		Reinigung (DM 6,--/Tag)	Verbrauchs- material	Gesamt- summe	Teilnehmer	Endbetrag/ Teilnehmer	Reinigung 2. Aug. 17
					Heizung/Strom (DM 2,--/Std.)							
1	2	13	26	4.160,--	52,--		78,--		4.290,--	10	429,--	446,--
2			92	14.720,--		736,--			15.456,--	15	1.030,--	1.030,--
3			92	14.720,--		980,--			15.700,--	15	1.047,--	1.047,--
4	12	14	168	26.880,--	336,--		84,--	13,--	27.313,--	19	1.438,--	1.445,4
5	12	14	168	26.880,--	336,--		84,--	13,--	27.313,--	19	1.438,--	1.445,4
6	8	14	112	17.920,--	224,--		84,--		18.228,--	19	959,--	943,1
7	20	14	280	44.800,--	560,--		84,--	50,--	45.494,--	15	3.033,--	2.990,1
8	20	14	280	44.800,--	560,--		84,--	50,--	45.494,--	15	3.033,--	2.990,1
9	2	14	28	4.480,--	56,--		84,--		4.620,--	12	385,--	373,1
10	2	14	28	4.480,--	56,--		84,--		4.620,--	12	385,--	373,1
11	2	14	28	4.480,--	56,--		84,--		4.620,--	12	385,--	373,1
12	2	14	28	4.480,--	56,--		84,--		4.620,--	12	385,--	373,1
13	2	14	28	4.480,--	56,--		84,--		4.620,--	12	385,--	373,1

Umsatz:
6.666,67
1.13

Kalkulation nach HStG 66 NW

7.7 Kalkulation der Teilnehmergebühren *aus Bartz, s. Literaturliste*

Letzter Schritt der Programmgestaltung ist die Kalkulation der Gebühren der Veranstaltung. Sie setzen sich zusammen aus den Kosten für den Lehrgang und einem Gewinnzuschlag bei privatwirtschaftlichen, nicht aber bei öffentlich-rechtlichen und bei als gemeinnützig anerkannten Veranstaltern. Die Kosten des Lehrgangs können gegebenenfalls in bestimmten Fällen durch eine finanzielle Förderung durch andere Stellen gesenkt werden. In diesem Fall liegt keine Kalkulation auf Vollkostendeckung vor. Es gilt also grundsätzlich

Lehrgangskosten
- Zuschüsse
+ Gewinnzuschlag
= Lehrgangsgebühr

Für die Ermittlung der Lehrgangskosten sollte das folgende Schema gelten:

Lehrgangskosten

Feste Kosten

- Verwaltung
- Personal
- Gebäude
- Kapitaldienst

Variable Kosten

- Werbung
- Durchführung
- Dozenten
- Honorare
- Reisekosten, Spesen
- Teilnehmer
- Unterlagen
- Betreuung

Es ist also zwischen den festen und den variablen Kosten zu unterscheiden. Bei den festen Kosten müssen alle Kosten des Veranstalters für Verwaltung, eigenes Personal, Gebäude und Kapitaldienst zusammengefaßt und auf die einzelnen Lehrgänge des Programms entsprechend umgelegt werden. Als Schlüssel hierfür bieten sich an, jeden Lehrgang mit einem gleichen Festkostenanteil zu belegen oder, und das dürfte vor allem für ein Programm mit Lehrgängen unterschiedlicher Dauer die realistischere Lösung sein, die Gesamtfestkosten je Lehrgangstage zu ermitteln und die einzelnen Lehrgänge je nach Länge mit unterschiedlichen Kostenanteilen zu belasten. Wird ein Lehrgang nicht in eigenen Räumen, sondern in angemieteten Räumen durchgeführt, können die hierfür anfallenden Kosten direkt auf den betreffenden Lehrgang bezogen werden. Oft ist es dann zweckmäßig, sie nicht den festen Kosten, sondern als Durchführungskosten den variablen Kosten zuzuordnen.

Die variablen Kosten setzen sich aus den Werbungskosten und den Durchführungskosten zusammen. Zu den Werbungskosten gehören die Kosten für die verschiedenen Werbeträger sowie den Versand der Programme. Die Durchführungskosten beinhalten die für die Dozenten anfallenden Kosten sowie für die den Teilnehmern zukommenden Aufwendungen. Die Dozentenkosten setzen sich vor allem aus Honoraren, Reisekosten und Spesen zusammen, zu denen noch gewisse Kostenanteile für die Lehrgangs- oder Vortragsvorbereitung kommen können. Die Teilnehmer erhalten in der Regel Lehrgangsunterlagen, deren Kosten ebenso zu kalkulieren sind wie die Kosten für Pausengetränke usw. Natürlich können die vollen Kosten eines Lehrgangs vermindert werden, wenn entsprechende Zuschüsse zur Verfügung stehen. Insbesondere bei als gemeinnützig anerkannten Veranstaltern kann die Möglichkeit einer solchen finanziellen Unterstützung bestehen. Dabei kann es sich um eine institutionelle Förderung - Senkung der festen Kosten -, oder um eine Förderung einer bestimmten Veranstaltung - Senkung der variablen Kosten - handeln.

Vor allem privatwirtschaftliche, nicht gemeinnützige Veranstalter werden noch einen Gewinnzuschlag in die Lehrgangsgebühren einkalkulieren.

Die sich auf der Grundlage der erläuterten Kalkulation ergebenden vorläufigen Lehrgangsgebühren können nun entweder als endgültige Lehrgangsgebühren in das Programm übernommen oder noch nach oben oder unten verändert werden. Sie beruhen ja auf der Annahme einer bestimmten Teilnehmerzahl, bei der Kostendeckung erreicht werden soll. Nun gibt es sicherlich Lehrgänge, für die von Anfang an mit niedrigeren Teilnehmerzahlen gerechnet werden muß. Eine entsprechende Erhöhung der Teilnehmergebühren bietet sich dann an. Ebenso kann aber auch das Bestreben, wettbewerbsfähig zu bleiben, dazu führen, die kalkulierten Gebühren zu senken, und für den Einzellehrgang nur von einer Teilkostendeckung auszugehen. Somit können noch zahlreiche Einflußfaktoren berücksichtigt werden, ehe die endgültigen Lehrgangsgebühren feststehen. In jedem Fall aber sollten alle Erwägungen zur Lehrgangsgebühr von einer systematischen und vollkostendeckenden Kalkulation ausgehen.

Das Ergebnis der Programmgestaltung ist jetzt ein ausgewogenes und thematisch aufeinander abgestimmtes Gesamtprogramm für einen bestimmten Zeitraum. Es enthält Lehrgänge, für die ein Dozententeam verpflichtet wurde, für die eine Themenauswahl und -zusammenstellung stattgefunden hat, für die die Zielgruppen definiert und für die alle Rahmenbedingungen seitens des Veranstalters vorgegeben wurden.

HIS Hochschul-Informationssystem GmbH, Hannover
Goseriede 9, 3000 Hannover 1

Bisher erschienene Publikationen

Sämtliche Veröffentlichungen werden seit Januar 1981 durch die HIS Hochschul-Informationssystem GmbH vertrieben und sind dort direkt oder über den Buchhandel erhältlich.

Fehlende oder mit Sternchen gekennzeichnete Bände sind inzwischen vergriffen. Alle Bände sind broschiert. Es besteht auch die Möglichkeit des Abonnements unserer Schriftenreihen.

Reihe: Hochschulplanung

- 1 Das Hochschul-Informationssystem
1973. 2. Auflage. 50 Seiten. DM 5,60. ISBN 3-923105-00-2
- 2 J. Giese: Kapazitätsnutzung im Hochschulbereich
E. Dettweiler, H.W. Frey: Kurz- und langfristige Kapazitätsanalyse im Hochschulbereich
1970. 88 Seiten. DM 7,80. ISBN 3-923105-01-0
- 3 R. Caspar: Ökonomische Konzeption einer rationalen Hochschulplanung
1970. 149 Seiten. DM 12,80. ISBN 3-923105-02-9
- 4 G. Menges, G. Elstermann, H. Rommelfanger: Kapazitätsmodelle
1971. 86 Seiten. DM 9,80. ISBN 3-923105-03-7
- 5 B. Bessai: Der Einsatz von EDV-Anlagen in den Hochschulverwaltungen der Bundesrepublik
1971. 126 Seiten. DM 14,-. ISBN 3-923105-04-5
- 6 W. Bayer, H. Oblasser: Betriebssteuerungssystem und Kapazitätsmodell für Hochschulen
1972. 253 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-923105-05-3
- 7 D.Schrammel, J. Giese: Prognose-Informationssystem und Auslastungs-Informationssystem
1971. 132 Seiten. DM 20,-. ISBN 3-923105-06-1
- 8 T. Finkenstaedt, M. Redelberger: Anglistik 1970
1972. 132 Seiten. DM 20,-. ISBN 3-923105-07-X
- 9 Globaler Test eines Berechnungsverfahrens zur Ermittlung der Ausbildungskapazität
1972. 223 Seiten. DM 33,-. ISBN 3-923105-08-8
- 10 H.W. Frey, M. Utz: Untersuchung des Personal- und Raumbedarfs im Fach Anglistik mit Hilfe eines Simulationsmodells auf EDV-Basis
1972. 182 Seiten. DM 28,-. ISBN 3-923015-09-6
- 11 A. Angermann, H.G. Bartels: Haushaltskonsolidierung und Finanzierungsrechnung
1972. 254 Seiten. DM 22,-. ISBN 3-923105-10-X

- 12 A. Angermann, U. Blechschmidt: Hochschul-Kostenrechnung
1972. 298 Seiten. DM 28,-. ISBN 3-923105-11-8
- 13 Berufsausbildung und Hochschulbereich
1973. 188 Seiten. DM 28,-. ISBN 3-923105-12-6
- 14 B. Bessai: Der Aufbau einer Informationsbank, insbesondere einer Datenbank, als Voraussetzung für die Lösung von Managementproblemen im Hochschulbereich
1973. 347 Seiten. DM 32,-. ISBN 3-923105-13-4
- 15 J. Beckmann: Gravitationstheoretischer Ansatz zur Ermittlung des regionalen Studentenaufkommens in NRW
1973. 142 Seiten. DM 22,-. ISBN 3-923105-14-7
- 16 F. Rischkowsky: Thesaurus Hochschulplanung
1973. 214 Seiten. DM 28,-. ISBN 3-923105-15-0
- 17 K.M. Hussain, H.L. Freytag: Resource, Costing and planning Models in Higher Education
1973. 152 Seiten. DM 22,-. ISBN 3-923105-16-9
- 18 E.Schrader, K.D. Schmidt, H. Gerken, F. Bunzel: Das Verfahren der Flächenbedarfsplanung für die Universität Bielefeld
1974. 310 Seiten. DM 32,-. ISBN 3-923105-17-7
- 19 H.W. Frey, W. Jüllig, R. Mauder, P. Näger: Anwendung des HIS-Simulationsmodells B an der Universität Karlsruhe
1975. 119 Seiten. DM 24,-. ISBN 3-923105-18-5
- 20 H. Bonin, W.L. Oppenheim: HISKAM. Ein computergestütztes Informationssystem zur Abwicklung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens an Hochschulen
1975. 371 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-923105-19-3
- 21 R. Foerst, H.W. Frey: Organisation der Lehre und Ausbildungskapazität in der klinischen Medizin
1975. 238 Seiten. DM 32,-. ISBN 3-923105-20-7
- 22 D. Ipsen, G. Portele: Organisation von Forschung und Lehre an westdeutschen Hochschulen
1976. 287 Seiten. DM 32,-. ISBN 3-923105-21-5
- 23 U. Kort: Akademische Bürokratie. Eine empirische Untersuchung über den Einfluß von Organisationsstrukturen auf Konflikte an westdeutschen Hochschulen
1976. 172 Seiten. DM 24,-. ISBN 3-923105-22-3
- 24 W. Albert, C. Oehler: Die Kulturausgaben der Länder, des Bundes und der Gemeinden einschließlich Strukturausgaben zum Bildungswesen
1976. 505 Seiten. DM 42,-. ISBN 3-923105-23-1
- 25 C. Oehler, L. Birk, F. Blahusch, F. Kazemzadeh, D. Kraft-Krumm: Studienplanung und Organisation der Lehre
1976. 574 Seiten. DM 42,-. ISBN 3-923105-24-X
- 26 R. Foerst, E. Korte: Organisation der Lehre und Ausbildungskapazität in der Zahnmedizin
1976. 174 Seiten. DM 24,-. ISBN 3-923105-25-8
- 28 L. Birk, H. Griesbach, K. Lewin, M. Schacher: Abiturienten zwischen Schule, Studium und Beruf - Wirklichkeit und Wünsche
1978. 115 Seiten. DM 24,-. ISBN 3-923105-26-6
- 29 C. Oehler, L. Birk, F. Blahusch, F. Kazemzadeh: Organisation und Reform des Studiums - Eine Hochschullehrerbefragung
1978. 102 Seiten. DM 22,-. ISBN 3-923105-27-4
- 30 E. Rau: Hochschulreform in Schweden - Ein Überblick
1978. 95 Seiten. DM 22,-. ISBN 3-923105-28-2
- 31 R. Foerst, E. Korte: Pharmazie in Freiburg - Studiengang und Curricularrichtwert
1978. 120 Seiten. DM 24,-. ISBN 3-923105-29-
- 32 Studenten zwischen Hochschule und Arbeitsmarkt
1980. 172 Seiten. DM 22,-. ISBN 3-923105-30-4
- 33 K. Lewin, M. Schacher: Studium oder Beruf? - Studienberechtigte 1976, zwei Jahre nach Erwerb der Hochschulreife
1979. 220 Seiten. DM 24,-. ISBN 3-923105-31-2
- 34 C. Rothe: Abiturientenberatung und weiterer Bildungslebenslauf
1981. 191 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-00-X
- 35 K. Lewin, M. Schacher: Studienberechtigte 78 - Studien- und Berufswahl im Wandel? Bestandsaufnahme und Vergleich mit Studienberechtigten 76
1981. 199 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-01-8
- 36 R.v. Lützu, H. Hopf, W. Küster, D. Peschke: Hochschulberichtssystem
1981. 200 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-02-6
- 37 J. Knop: Wirtschaftlichkeit der automatisierten Datenverarbeitung in den Hochschulverwaltungen
1981. 243 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-08-5
- 38 F. Durrer, F. Kazemzadeh: Beschäftigungsprobleme nicht eingestellter Lehrer - Auswirkungen, Einstellungen, Erwartungen am Beispiel von Lehrern in Hessen
1981. 198 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-14-X
- 39 J. Knop, H. Stichtenoth, K. Brauer, J. Hammerschick, J. Jaschke, F. Wolf: Einsatz automatisierter Verfahrenslösungen in den Hochschul- und Klinikverwaltungen der Bundesrepublik Deutschland - Eine Bestandsaufnahme
1981. 348 Seiten. DM 40,-. ISBN 3-922901-15-8
- 40 F. Kazemzadeh, K.-H. Minks: Attraktivität des Ingenieurstudiums in der Diskussion - Hintergründe, Einflüsse und Wirkungen. Zwischenergebnisse einer empirischen Untersuchung
1982. 60 Seiten. DM 20,-. ISBN 3-922901-16-6

- 41* R.Reissert, L. Birk: Studienverlauf, Studienfinanzierung und Berufseintritt von Hochschulabsolventen und Studienabbrechern des Studienjahres 1979
1982. 173. Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-17-4
- 42 K. Lewin, R. Piesch, M. Schacher: Studienberechtigte 78 - Studienaufnahme, Studienfinanzierung, Zufriedenheit. Bestandsaufnahme zwei Jahre nach Erwerb der Hochschulreife und Vergleich mit Studienberechtigten 76
1982. 204 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-18-2
- 43 K. Lewin, R. Piesch, M. Schacher: Studienberechtigte 76 - Studium und Berufsausbildung: Verläufe und Übergänge. Bestandsaufnahme vier Jahre nach der Schulzeit
1982. 80 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-19-0
- 44 F.Kazemzadeh, H. Schaeper: Fachspezifische Studentenprofile-Bedingungen der Integration in das Studium; Zwischenergebnisse einer empirischen Untersuchung
1983. 100 Seiten. DM 30,-. ISBN 3-922901-21-2
- 45 E. Frackmann: Probleme der Finanzierung, Budgetierung und Evaluation im US-amerikanischen Hochschulbereich
1983. 130 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-22-0
- 46 H. Gerken, W. Pietsch, M. Puttendörfer, H. Schwab, B. Weidner-Russell: Leitfaden zur Umnutzungsplanung
1983. 250 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-23-9
- 47 F. Kazemzadeh, K.-H. Minks: Attraktivität des Ingenieurstudiums - Ergebnisse einer empirischen Untersuchung
1983. 160 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-24-7
- 48 U. Hempel: Bemessung des Flächenbedarfs zentraler Hochschulbibliotheken
1983. 110 Seiten. DM 30,-. ISBN 3-922901-25-5
- 49 H. Heinrich: Ein System zur Koordination von Lehrveranstaltungen an Hochschulen
1983. 112 Seiten. DM 30,-. ISBN 3-922901-26-3
- 50 H.Stichtenoth, S. Grätz, J. Knop: Einsatz der automatisierten Datenverarbeitung in der Hochschulmedizin
1983. 216 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-27-1
- 51 F. Durrer-Guthof, F. Kazemzadeh: Studienberechtigte 80 - Ausbildungspläne, Motivation und Tätigkeitsstruktur. Bestandsaufnahme ein halbes Jahr nach Schulabgang und Vergleich mit Studienberechtigten 1976 und 1978
1984. 140 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-28-X
- 52* F. Kazemzadeh, H. Schaeper: Wer findet sich im Studium zurecht? Ergebnisse einer Untersuchung von Studenten in der Eingangsphase des Studiums
1984. 150 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-29-8
- 53 F. Durrer-Guthof, F. Kazemzadeh: Berufliche Ausbildung - Alternative zum Studium? Ergebnisse einer Untersuchung zum Übergangsverhalten von Studienberechtigten von der Schule zu weiterführender Ausbildung
1984. 180 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-30-1
- 54 K. Lewin, M. Leszczensky, R. Piesch, M. Schacher: Analyse der Situation der Studienanfänger im Wintersemester 1983/84 - Studienwünsche und Studienwahl, Berufserwartungen
1984. 144 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-31-X
- 55 K. Lewin, M. Leszczensky, M. Schacher: Studienanfänger im Wintersemester 1984/85 - Studien- und Berufswahl bei rückläufigen Studienanfängerzahlen
1985. 69 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-32-8
- 56 B. Weidner-Russell, D. Müller: Untersuchung zur Unterbringung des ruhenden Verkehrs an Hochschulen
1985. 141 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-33-6
- 57* F. Durrer-Guthof, R. Piesch, H. Schaeper: Studienberechtigte 83, Studienentscheidung - Einfluß von Arbeitsmarkt und Studienfinanzierung
1986. 90 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-34-4
- 58 K.Schnitzer, H.Schaeper, J. Gutmann, Ch. Breustedt: Probleme und Perspektiven des Ausländerstudiums in der Bundesrepublik Deutschland - Untersuchung über Studienverlauf, Studienbedingungen, soziale Lage und Reintegration von Studenten aus Entwicklungsländern
1986. 309 Seiten. DM 42,-. ISBN 3-922901-35-2
- 59* K. Lewin, M. Schacher: Studienanfänger im Wintersemester 1985/86 - Studium an Universität oder Fachhochschule
1986. 87 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-36-0
- 60 F. Stratmann, I. Holzkamm: Chemikalienversorgung und -entsorgung in Hochschulen - Bericht zur Beschaffung, Lagerung und Verteilung von Chemikalien und Entsorgung von chemischen Sonderabfällen in Hochschulen
1986. 138 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-37-9
- 61 R. Reissert, B. Marciszewski: Studienverlauf und Berufseintritt - Ergebnisse einer Befragung von Hochschulabsolventen und Studienabbrechern des Studienjahres 1984
1987. 130 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-38-7
- 62 K. Lewin, M. Schacher: Studienanfänger im Wintersemester 1986/87 - Immer mehr Abiturienten an Fachhochschulen
1987. 130 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-39-5
- 63 F. Kazemzadeh, K.-H. Minks, R.-R. Nigmann: "Studierfähigkeit" - Eine Untersuchung des Übergangs vom Gymnasium zur Universität
1987. 300 Seiten. DM 42,-. ISBN 3-922901-40-9
- 64 K. Schnitzer, R. Holtkamp: Studium in Berlin - Untersuchung zur Situation von Studierenden an Berliner Hochschulen
1987. 260 Seiten. DM 42,-. ISBN 3-922901-41-7
- 65 M. Kahle, F. van Dijk: Zentrale Gebäudeleittechnik in Hochschulkliniken - Untersuchung zum ZLT-G-Einsatz
1987. 138 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-43-4

- 66 H. König, C. Schnoor: Bestandserhaltung von Hochschulgebäuden - Untersuchung zu den Rechtsgrundlagen, den Einflußgrößen und dem zukünftigen Mittelbedarf
1988. 220 Seiten. DM 40,-. ISBN 3-922901-44-1
- 68 B. Weidner-Russell, K. Haase: Nachfrage an Infrastruktureinrichtungen an Hochschulen. Materialien zu den Bereichen Bibliotheken; sonstige Arbeitsplätze der Hochschulen; Fortbildung und studienbegleitende Freizeit; Erwerbstätigkeit; Verpflegungseinrichtungen; Wohnen; Verkehr
1988. 250 Seiten. DM 40,-. ISBN 3-922901-46-8
- 69 K. Lewin, M. Schacher: Studienanfänger im Wintersemester 1987/88 - Zunahme der Studienanfängerzahlen bei abnehmenden Studienberechtigtenzahlen
1988. 130. Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-47-6
- 70 Studienzeiten auf dem Prüfstand - Dokumentation des HIS-Kolloquiums am 18. u. 19. Mai im Wissenschaftszentrum Bonn - Bad Godesberg
1988. 360 Seiten. DM 40,-. ISBN 3-922901-48-4
- 71 F. Stratmann, I. Holzkamm: Sonderabfallentsorgung in Hochschulen - Eine Bestandsaufnahme der derzeitigen Hochschulpraxis.
1988. 200 Seiten. DM 38,-. ISBN 3-922901-49-2
- 72 K. Schnitzer, W. Isserstedt: Bildungskredit - Akzeptanzuntersuchung zu einem neuen Finanzierungsmodell im Bildungsbereich (für das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
1988. 69 Seiten. DM 30,-. ISBN 3-922901-50-6
- 73 M. Kahle, F. van Dijk: Zentrale Gebäudeleittechnik - Hinweise zu Planung und Betrieb von ZLT-Systemen einschließlich DDC
1989. 65 Seiten. DM 29,90. ISBN 3-922901-51-4
- 74 R.-R. Nigmann: Abiturienten an Fachhochschulen - Ursachen und Auswirkungen der Attraktivität des Fachhochschulstudiums für Abiturienten
1989. 120 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-52-2
- 75 K. Lewin, M. Schacher: Studienanfänger im Wintersemester 1988/89 - Trend zum Studium setzt sich fort
1989. 190 Seiten. DM 38,-. ISBN 3-922901-53-0
- 76 R. Holtkamp, F. Kazemzadeh: Das Engagement der Hochschulen in der Weiterbildung - Situation und Perspektiven
1989. 169 S. DM 36,-. ISBN 3-922901-54-9
- 77 R. Reissert, H. Schaeper: Pro-forma-Studium - "Studieren" ohne Studienabsicht
1989. 150. S. DM 36,-. ISBN 3-922901-55-7
- 78 H. Schaeper: Studium in Berlin - Neuere Entwicklungstendenzen
1989. 132 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922001-56-5
- 79 H. Schaeper, K. Schnitzer: Hochschulausbildung in Japan - Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem - Exposé zum Forschungsstand und Forschungsbedarf
1989. 102 Seiten. DM 32,-. ISBN 3-922901-57-3
- 80 F. Kazemzadeh: Was halten Hochschullehrer von der Weiterbildung? Ergebnisse einer empirischen Untersuchung
1989. 65 Seiten. DM 30,-. ISBN 3-922901-54-9

Reihe: HIS-Briefe

- 1 R. Caspar, E. Dettweiler, H.W. Frey u.a.
1969. 87 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-32-0
- 2 W. Krönig, H.J. Schuster, H. Schoene u.a.
1969. 40 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-33-9
- 3 G. Elstermann, H. Knupp, H.W. Frey u.a.
1969. 44 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-34-7
- 4 Informationssysteme für die Universität Erlangen-Nürnberg (Erster Bericht)
1969. 28 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-35-5
- 5 R. Nussbaum, B. Müller, S. Crosina, u.a.: EDV an Schweizer Hochschulen
1970. 55 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-36-3
- 6 G. Guth, D. Ukena, R. Vieten: Kriterien zur vergleichenden Analyse von Hochschulmodellen - Ein Versuch
1970. 31 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-37-1
- 7 Kostenplanung, Kostenrichtwerte
1970. 43 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-38-X
- 8 H. Krähe: Studienabbruch und Studienfachwechsel bei Medizinstudenten
1970. 130 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-39-8
- 9 Informationssysteme für die Universität Erlangen-Nürnberg
1970. 60 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-40-1
- 10 B. Lutz, I. Krings, J. Fleischer: Überlegungen zum Problem des "Bedarfs" an hochqualifizierten Arbeitskräften und seiner Prognose
1970. 90 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-41-X
- 11 K. Hehner, W. Sämann, D. Thöne, R. Vieten: Zwischenbericht über eine Organisationsanalyse im Fachbereich Chemie der Johann-Gutenberg-Universität Mainz
1971. 42 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-42-8
- 12 Projektgruppe Hochschulkapazität Mannheim/HIS GmbH/Planungsgruppe Universität des Saarlandes
- 13 E. Mundhenke: Hochschul-Informationssysteme in Nordamerika
1971. 73 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-44-4
- 14 Finanzplanung der Universität Hamburg für die Jahre 1971 bis 1976
1971. 91 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-45-2
- 15 K.-H. Mylius: Statistische Probleme der Messung von Ausbildungskapazitäten an Universitäten
1971. 107 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-46-0

- 16 U. Wirth, J. Pfeiffer: Struktur und Umfang der Arbeitsbelastung des Lehrkörpers an der Universität Tübingen
1971. 216 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-47-9
- 17 E. Mundhenke: Haushaltswesen der Hochschulen
1971. 105 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-48-7
- 18 B. Lutz, I. Krings: Überlegungen zur sozioökonomischen Rolle akademischer Qualifikation
1971. 124 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-49-5
- 19 E. Dettweiler, H.W. Frey: Simulationsmodell für die Hochschulplanung
1973. 2. Auflage. 58 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-50-9
- 20 Flächenbedarfsrechnung für eine neue Universität
1972. 182 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-51-7
- 21 N. Küsgen: Bibliografie Bauökonomie
1972. 270 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923015-52-5
- 22 E. Minke, M. Weichhold: Kurzbericht zum Test des FIDES-Kapazitätsmodells
1972. 43 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-53-3
- 23 Externe Stimmen
1972. 58 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-54-1
- 24 GEOFAK. Untersuchung der Geowissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg
1972. 199 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-55-X
- 25 E. Möller, H. Korte: Sozialer numerus clauses: Studentisches Wohnen
1972. 45 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-56-8
- 26 G. Boberg, K. Ebeling: Bibliografie Akademikerbedarf
1972. 69 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-57-6
- 27 T. Oppermann: Hochschul-Informationssystem (HIS) GmbH als Gemeinschaftsaufgabe nach Art. 91 b Grundgesetz?
1972. 36 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-58-4
- 28 G. Binder: Das Hochschul-Stundenplan-Programm BAM P 7 H
R. Bahr: Ein Programmsystem zur Erleichterung der Stundenplanerstellung
1972. 130 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-59-2
- 29 Hochschulforschung. Ansätze zur Entwicklung einer Forschungsprojektdatenbank
1972. 92 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-60-6
- 30 H.L. Freytag, W. Krönig: Überlegungen zur zentralen Verteilung von Studienplätzen
1972. 57 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-61-4
- 31 Ermittlung des Nutzflächenbedarfs im Rahmen der Hochschulentwicklungs- und Hochschulgesamtplanung
1973. 161. Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-62-2
- 32 K. Bergmann, H. Küsgen, C. Riepl: Netzplantechnik in der Hochschulplanung
1972. 96 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-63-0
- 33 Inventar-Verwaltungs-System (IVS)
1972. 244 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-64-9
- 34 W. Neuwirth: ERZUL-Organisationshandbuch
1973. 111 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-65-7
- 36 Organisation der Hochschule und des Studiums
1973. 135 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-66-5
- 37 Ausbildungskapazität und Approbationsordnung
1973. 140 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-67-3
- 38 Flächenbedarf für das Aufbau- und Verfügungszentrum der Gesamthochschule Kassel
1973. 173 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-68-1
- 39 Personal-Verwaltungs-System (PVS)
1973. 215 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-69-X
- 40 Hochschulforschung. Erfahrungen zur Datenerfassung im Forschungsbetrieb
1973. 169 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-70-3
- 41 H.W. Frey: VERSTAT. Veranstaltungstatistik auf EDV-Basis
1974. 142 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-71-1
- 42 J. Hempel, A. Kehler: Probleme der Kosten-Nutzen-Analyse für Informationssysteme in öffentlichen Verwaltungen
1974. 78 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-72-X
- 43 H. Cloes, E. Drolshagen, L. Leute, H. Otte, G. Sponer: Einsatzmöglichkeiten des Informations- und Verwaltungssystems HIS-LVS-I im Lehrbetrieb von Hochschulen
1974. 130 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-73-8
- 44 G. Berg, U. Meindl: Modell eines Dokumentationssystems "Hochschulplanung". Vorschlag zur Errichtung eines kooperativen Informationsverbundes
1974. 126 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-74-7
- 46 G. Boberg, K. Ebeling: Organisationsreform der Hochschulbibliothek. Eine Bibliografie
1974. 58 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-75-4
- 48 A. Keller, M. Weichhold: Beiträge zur Hochschulentwicklung
1974. 121 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-76-2
- 49 H.-P. Hansen, K.H. Mylius: Die soziale Situation der Studenten. Ergebnisse einer Befragung der Studentenschaft an der Universität Münster
1974. 217 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-77-0
- 50 A. Bischof-Peters, W. Borchers, M. Bregler, W. Dreisigacker, N. Lang: Prüfungs-Operations-System (POS). Bericht über eine Befragung bei Prüfungsämtern und Studienberatungsstellen
1974. 90 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-78-9

- 52 H. Groh, U. Lange, R. Schröder: EDV-gestützte Raumbelegung durch das Programmsystem ZUOP (Zuordnungsoptimierung)
1975. 80 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-80-0
- 53 C. Vorwerk: Stand der Datenverarbeitung in Verwaltung und Planung von Universitäten in den USA
1975. 125 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-81-9
- 54 H. Bonin, R. Wenzel: Datenschutz und Datensicherung im Rahmen des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens einer Hochschule bei Verwendung eines ADV-Systems
1975. 105 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-82-7
- 55 J. Brockstedt, R. Reissert: EDV-Einsatz in Hochschulverwaltungen. Ausstattung und Anwendungsbereiche
1975. 347 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-83-5
- 56 Projektgruppe Erlangen: Hochschulberichtssystem. Entwurf eines periodischen, standardisierten Berichtssystems für wissenschaftliche Hochschulen
1975. 110 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-84-3
- 57 J. Fischer, C. Oehler, J. Pohle: Hochschulentwicklungsplanung. Konzepte-Verfahren - Arbeitshilfen
1975. 309 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-85-1
- 58 A. Kautzmann, U. Lange, W. Pietsch, K. Schlenther: Aufbau und Verwendung eines Gebäudeatlases zur Ergänzung einer Hochschulraumdatei
1976. 81 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-86-X
- 59 H. Gieseler, J. Hempel, J. Winterhoff: Personal-Verwaltungs-System II
1976. 102 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-87-8
- 60 R. Foerst, I. Bark, H.-D. Bilsky, G. Viehoff: Verwaltung, Steuerung und Prognose des Studentendurchlaufs in der Medizin. Studien-Informationssystem - Medizin
1975. 103 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-88-6
- 61 P. Besener u.a.: Unterstützung der Lehrorganisation durch Datenverarbeitung
1976. 349 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-89-4
- 62 U. Meindl: Zur Situation der Studienreform: Eine kommentierte Dokumentation
1977. 304 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-90-8
- 63 A. Kleinfenn: Betriebskosten von Hochschulen
1977. 164 Seiten. DM 20,-. ISBN 3-923105-91-6
- 64 K. Schnitzer: Raumbezogene Nutzungsuntersuchungen
1978. 199 Seiten. DM 20,-. ISBN 3-923105-92-4

Die Reihe HIS-Briefe ist mit Band 64 abgeschlossen

Reihe: Hochschulforschung

- 1 W. Albert, C. Oehler: Materialien zur Entwicklung der Hochschulen 1950 bis 1967
1969. 452 Seiten. DM 30,-. ISBN 3-922901-04-2
- 2 G. Albrecht: Lehrereinkommen, Lehrerausbildung und Lehrermangel
1970. 280 Seiten. DM 22,-. ISBN 3-922901-05-0
- 3 S.Keller: Rationalisierung der Gebäudeplanung mittels Datenverarbeitung
1970. 225 Seiten. DM 18,-. ISBN 3-922901-06-9
- 4 Planung der langfristigen Investitionen von Hochschulen
1970. 373 Seiten. DM 33,-. ISBN 3-922901-07-7
- 5 A. Angermann, H.G. Bartels: Haushalts-Synopsen der wissenschaftlichen Hochschulen für das Haushaltsjahr 1970
1970. 212 Seiten. DM 22,-. ISBN 3-922901-03-4
- 6 M. Hermann: Analyse des akademischen Berufsspektrums
1971. 249 Seiten. DM 25,-. ISBN 3-922901-09-3
- 7 Kostenplanung, Kostenrichtwerte für den Hochschulbau
1972. 216 Seiten. DM 33,-. ISBN 3-922901-10-7
- 8 Entwicklung einer Organisationskonzeption für einen naturwissenschaftlichen Fachbereich
1972. 222 Seiten. DM 33,-. ISBN 3-922901-11-5
- 9 J.M. Eiberg, K. Gastrup-Hansen, P. Lohfert: Planung von Universitätskliniken
1972. 50 Seiten. DM 9,-. ISBN 3-922901-12-3
- 10 W. Albert, C. Oehler: Die Kulturausgaben der Länder, des Bundes und der Gemeinden 1950 bis 1967
1972. 500 Seiten. DM 40,-. ISBN 3-922901-13-1

Die Reihe Hochschulforschung ist mit Band 10 abgeschlossen

